# Niedersächsischer Landtag

## **Stenografischer Bericht**

## 118. Sitzung

Hannover, den 23. Oktober 2002

#### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:	c) Gut für N barung in Ber
Feststellung von Sitzverlusten gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahl- gesetzes - Antrag - Drs. 14/377911833	Drs. 14/3797  Möhrmann  Senff, Minis  legenheit  Wulff (Osna
Tagesordnungspunkt 2:	Golibrzuch
Wahl eines neuen Präsidiumsmitglieds11834	Tagesordnungs
Tagesordnungspunkt 3:	Einzige (abschli Vorschlag der
Aktuelle Stunde	Landtag zur Klosterkamme
a) Bildungsauftrag des Kindergartens stärken - Letztes Kindergartenjahr beitragsfrei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3792	Martha Janser rechnungshofs Niedersächsisch der Landesregie empfehlung der Wahl und der Artikel 70 Abs. Beschluss
Schünemann (CDU)         11849           Frau Bockmann (SPD)         11850, 11851	

c) Gut für Niedersachsen - Koalitionsverein	n-
barung in Berlin - Antrag der Fraktion der SPD	-
Drs. 14/3797 1	1852
Möhrmann (SPD) 11852, 11853, 1	1861
Senff, Minister für Bundes- und Europaange	e-
legenheiten11854, 11855, 1	1859
Wulff (Osnabrück) (CDU) 11855 bis 11857, 1	1860
Golibrzuch (GRÜNE)1	1857

punkt 4:

ießende) Beratung:

Landesregierung gegenüber dem Wahl der Präsidentin der er Hannover, Honorarprofessorin n, zur Vizepräsidentin des Landesgemäß Artikel 70 Abs. 2 der chen Verfassung - Wahlvorschlag ierung - Drs. 14/3765 - Beschlusss Ausschusses zur Vorbereitung der Zustimmung des Landtages nach 2 der Verfassung - Drs. 14/3781 .. 11862 .....11864

#### Tagesordnungspunkt 5:

Einzige (abschließende) Beratung:

Tagesordnungspunkt 6:

Tagesordnungspunkt 7:

Einzige (abschließende) Beratung:

Tagesordnungspunkt 8:

Einzige (abschließende) Beratung:

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen - Teil I - Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 14/3380 - Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen - Teil II - Unterrichtung durch die Landesregierung – Drs. 14/3380 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung

- Drs. 14/3783 1187	1
Tinius (SPD), Berichterstatterin	1
Frau Tinius (SPD)1187	2
McAllister (CDU)11874, 11884, 1188	5
Gabriel, Ministerpräsident11876, 11879, 1188	1
<b>Dr. Stratmann</b> (CDU)1188	0
<b>Wojahn</b> (CDU) 1188	0
Möllring (CDU)1188	1
Hagenah (GRÜNE)11882, 1188	3
Koch (CDU)1188	
Endlein (SPD)1188	5
Beschluss 1188	6
(Erste Beratung: 106. Sitzung am 15.05.2002)	

Tagesordnungspunkt 11

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über das Biosphärenreservat "Niedersächsisches Elbetal" (NElbtBRG) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drs. 14/2540 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/3780

und

Tagesordnungspunkt 12:

Zweite Beratung:

Inselmann (SPD)11889
<b>Wojahn</b> (CDU)11890
Frau Harms (GRÜNE)11892
Jüttner, Umweltminister
Beschluss
Zu TOP 11 (Erste Beratung: 79. Sitzung am 13.06.2001)
Zu TOP 12 (Erste Beratung: 27. Sitzung am 06.05.1999)
Zu 101 12 (Eiste Betatung. 27. Stezung um 00.03.1777)
Tagesordnungspunkt 13:
ragesorunungspunkt 15.
Zwaita Danatun au
Zweite Beratung:
Missbilligung des Niedersächsischen Finanzmi-
nisters: Unprofessionelle Vorbereitung und unzu-
reichende Unterrichtung des Landtages beim
Verkauf "Schloss Ringelheim" - Antrag der
Fraktion der CDU – Drs. 14/3607 - Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3714
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen - Drs. 14/378511896
<b>Eppers</b> (CDU)11896
Golibrzuch (GRÜNE)11897
Mühe (SPD)
Beschluss
(Erste Beratung: 114. Sitzung am 30.08.2002)
(Liste Belatung, 114, Sitzung am 50.00.2002)
Toggggrdnungenunkt 14.
Tagesordnungspunkt 14:
Zweite Beratung:
Sofortige Vorlage eines Nachtragshaushalts 2003
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/378611898
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/378611898 <b>Golibrzuch</b> (GRÜNE)11899, 11906, 11910
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/378611898 Golibrzuch (GRÜNE)11899, 11906, 11910 Möllring (CDU)11900, 11905
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für         Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786
14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786

Tagesordnungspunkt 16:

Einzige (abschließende) Beratung:

Tagesordnungspunkt 20:

#### Zweite Beratung:

#### Vom Präsidium:

Präsident Wernstedt (SPD) Vizepräsident Gansäuer (CDU) Vizepräsidentin Goede (SPD) Vizepräsident Jahn (CDU) Vizepräsidentin Litfin (GRÜNE) Schriftführer Biel (SPD) Schriftführerin Eckel (SPD) Schriftführerin Hansen (CDU) Schriftführer Lanclée (SPD)

Schriftführer Lücht (SPD)

Schriftführerin Saalmann (SPD) Schriftführerin Schliepack (CDU) Schlüterbusch (SPD) Schriftführer

Schriftführer Sehrt (CDU)

Vogelsang (CDU) Schriftführerin

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)

> Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium

Finanzminister Staatssekretär Dr. Lemme, Aller (SPD) Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Staatssekretär Witte,

Dr. Trauernicht (SPD) Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und

Soziales

Kultusministerin

Jürgens - Pieper (SPD)

Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Staatssekretärin Dr. Grote,

Dr. Knorre Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,

Technologie und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Staatssekretär Schulz,

Forsten

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Bartels (SPD) Landwirtschaft und Forsten

Justizminister

Dr. Pfeiffer (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur Staatssekretär Dr. Reinhardt,

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft Oppermann (SPD)

und Kultur

Umweltminister Jüttner (SPD)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff (SPD)

Beginn der Sitzung: 10.32 Uhr.

#### **Präsident Wernstedt:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 118. Sitzung im 45. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Zu Beginn möchte ich darauf hinweisen, dass in den letzten vier Wochen versucht worden ist, die Mikrofonanlage wieder in Ordnung zu bringen.

(Heiterkeit - Adam [SPD]: Mit Erfolg?)

- Die Reaktion des Plenums zeigt, dass das noch nicht vollständig gelungen ist.

(Heiterkeit)

Die Firma hat uns mitgeteilt, dass unsere Mikrofonanlage total abgängig ist.

(Busemann [CDU]: Können wir sie nicht abschalten? - Weitere Zurufe)

Ich bitte Sie, darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir zurzeit nicht in der Lage sind, dieses Problem technisch zu bewältigen. Hier ist allerdings eine mobile Ersatzanlage aufgestellt worden, sodass wir bei Ausfall unserer Mikrofonanlage entsprechend reagieren können.

Ich stelle gleich zu Beginn unserer Sitzung die Beschlussfähigkeit unseres Hauses fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Watermann. Er wird heute 45 Jahre alt.

(Beifall im ganzen Hause)

Zur Tagesordnung. Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Es liegen ferner drei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt. Sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen verbindlich sind und

darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird.

(Möllring [CDU]: Können wir nicht gleich die mobile Anlage nehmen?)

- Lassen Sie mich meine Mitteilungen zu Ende führen. Danach können wir auf die andere Anlage übergehen. Ich gehe davon aus, dass das von Ihnen so akzeptiert wird.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.05 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf zwei Ausstellungen hinweisen. In der Wandelhalle ist die vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz konzipierte Ausstellung "Das Emssperrwerk" zu sehen. In der Portikushalle sind Arbeiten von Schülerinnen und Schülern ausgestellt, die im Rahmen der Hospitation "Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete" entstanden sind.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

#### Schriftführer Sehrt:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Herr Innenminister Bartling, von der Fraktion der SPD Frau Evers-Meyer und Frau Groneberg sowie von der Fraktion der CDU Herr Heineking und Herr Krumfuß.

#### **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 1:

Feststellung von Sitzverlusten gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag - Drs. 14/3779

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, dass über diesen Tagesordnungspunkt ohne Besprechung abgestimmt werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse von daher gleich abstimmen.

Wer dem Antrag in Drucksache 3779 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist. Die Abgeordneten Frau Evers-Meyer, Herr Fischer, Frau Groneberg, Frau Pawelski, Herr Schirmbeck und Frau Stokar von Neuforn sind damit aus dem Landtag ausgeschieden. Ich danke den ausgeschiedenen Mitgliedern des Landtages für die von ihnen geleistete Arbeit und wünsche ihnen, auch wenn sie heute nicht hier sein können, alles Gute für ihre Zukunft.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen damit zu

## Tagesordnungspunkt 2:

## Wahl eines neuen Präsidiumsmitglieds

Durch das Ausscheiden von Frau Groneberg ist das Amt einer Schriftführerin oder eines Schriftführers neu zu besetzen. Die vorschlagsberechtigte Fraktion der SPD hat als neues Präsidiumsmitglied den Abgeordneten Anton Lücht vorgeschlagen. Nach § 5 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung kann das neue Präsidiumsmitglied durch Handzeichen gewählt werden, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtags widerspricht. Bei Widerspruch müssen wir mit Stimmzettel wählen.

Ich frage daher, ob es Widerspruch gegen die Wahl mit Handzeichen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Wer den Abgeordneten Lücht zum Schriftführer wählen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist Herr Lücht zum Schriftführer gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Lücht, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

> (Lücht [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Ich beglückwünsche Sie zu diesem Amt.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 3:

#### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde liegen uns drei Beratungsgegenstände vor: a) Bildungsauftrag des Kindergartens stärken - Letztes Kindergartenjahr beitragsfrei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3792 -, b) Pfeiffers Schnellgericht in Stadthagen: Schuld an Jugendgewalt und Integrationsmängeln sind immer die anderen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3796 und c) Gut für Niedersachsen - Koalitionsvereinbarung in Berlin - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3797.

Insgesamt stehen 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, dass jede Fraktion über höchstens 20 Minuten verfügen kann. Wenn, wie heute, mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten verwendet. Jeder Redebeitrag, auch von Mitgliedern der Landesregierung, darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich rufe auf:

## a) Bildungsauftrag des Kindergartens stärken - Letztes Kindergartenjahr beitragsfrei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3792

Der Antrag wird eingebracht durch den Kollegen Busemann.

## **Busemann** (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe)

- Es tut mir Leid. Ich würde viel lieber ohne Mikrofonanlage laut sprechen. Es wäre dann aber für mich als Redner nicht angenehm, so vernommen zu werden.

(Zuruf von Biel [SPD])

- Ich hoffe, dass das jetzt nicht von meiner Redezeit abgeht.

Meine Damen und Herren, wenn man wie Niedersachsen PISA-Verlierer ist, hat man trotz finanzpolitisch schwieriger Zeiten Anlass darüber nachzudenken, woran dies liegt und ob man den Dingen nicht doch auf den Grund gehen muss. Das schlechte Leistungsverhältnis hat sicherlich etwas mit mangelhafter Unterrichtsversorgung zu tun. Hannover hat das belegt. Ich bin ehrlich gesagt nicht bereit, das Thema Unterrichtsversorgung auszublenden.

(Zurufe von der CDU: Ich verstehe kein Wort! - Das geht so nicht! - Gansäuer [CDU]: Das hatten wir doch vor vier Wochen schon!)

#### Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren,

(Möllring [CDU]: Herr Präsident, Sie versteht man auch nicht!)

ich möchte die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrechen und versuchen, die mobile Anlage einzusetzen.

(Starker Beifall - Unterbrechung von 10.41 Uhr bis 10.47 Uhr)

#### Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung wieder und hoffe, dass Sie mich verstehen können. Eine bessere technische Möglichkeit gibt es nicht. Zur Entlastung der Firma möchte ich sagen, dass es sich um eine alte Anlage handelt, für die keinerlei Ersatzteile zu beschaffen waren. Die Firma hat das in ganz Europa versucht. Es hat, wie Sie sehen, nichts geholfen.

(Lindhorst [CDU]: Rufen Sie doch einmal bei der Bundeswehr an! - Frau Körtner [CDU]: Drei Wochen waren Zeit!)

Wir befinden uns in der Aktuellen Stunde. Ich hatte dem Kollegen Busemann bereits das Wort erteilt.

## Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte schon, der Zustand der Mikroanlage würde mit den Landesfinanzen korrespondieren. Wir haben schwierige Zeiten und müssen feststellen, dass wir im Lande Niedersachsen PISA-Verlierer sind. Gleichwohl besteht Anlass genug, den Dingen auf den Grund zu gehen und darüber nachzudenken, woran das denn liegt. Ich hatte das vorhin schon angedeutet. Das hat auch mit der Unterrichtsversorgung zu tun. Das soll aber heute Morgen nicht mein Thema sein. Ich lasse mir aber auch trotz der Finanzlage das Thema Unterrichtsversorgung nicht ausreden.

Weiterhin vertrete ich den Standpunkt, dass in diesen Zeiten in jedem Land geguckt werden muss, wo Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. In das Ausland zu gucken, ist dabei die eine Sache. Aber nur mit Finnlandisierung oder Bajuwarisierung kriegen wir das Thema auch nicht geregelt. Vielmehr müssen wir hier dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man im Bildungssystem dramatische Probleme hat, dann ist tunlichst bei den Wurzeln anzupacken und zu gucken, was an den Grundschulen machbar ist und was im Kindertagesstättenwesen passieren muss.

Nach meinem Eindruck ist in den vergangenen Jahren hier in Niedersachsen der Bildungsauftrag, den das Kindertagesstättengesetz auch beinhaltet, nicht wahrgenommen oder nur unzulänglich gesehen worden. Da wollen wir Abhilfe schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mit zwei Zitaten aufwarten. Die Schriftstellerin Donata Elschenbroich hat es wie folgt auf den Punkt gebracht:

"Von den 4 000 wachen Stunden, die ein Kind im Kindergarten verbringt, können viele die lebendigsten und unvergesslichsten Stunden des Lebens sein. Der Mensch will lernen, üben von Anfang an."

Das ist das eine Zitat. Vielleicht hören Sie das andere lieber. Das ist ein Zitat von der Ausländerbeauftragten der rot-grünen Bundesregierung vom 14. Juni 2002. Sie sprach in der *Frankfurter Rundschau* - man höre und staune - von einer kulturellen und intellektuellen Unterernährung unserer Kinder im Kindergarten. Wenn das so ist, dann wollen wir das Problem auch anpacken und ein Gesamtkonzept entwickeln, das sehr stark die Grundschule berücksichtigt, aber auch dafür sorgt,

dass unsere Kinder speziell im letzten Kindergartenjahrgang auf die Schule vorbereitet werden.

Ich möchte unsere Forderungen noch einmal zusammenfassen: Wir wollen den Bildungsauftrag des Kindergartens konkretisieren und verbindlich für alle Kindergartenkinder ausgestalten. Wir wollen die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule stärken. Wir wollen die Sprachförderung verbessern. Wir wollen die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher optimieren. Ferner wollen wir die notwendige Qualität im Bereich der Kitas durch entsprechende Bildungsstandards sichern.

Wir haben uns einmal angeschaut, was die Sozialdemokraten auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gemacht haben. Dass nach wie vor nur 20 % der Personalkosten vom Land getragen werden, ist ein landespolitisches Engagement, bei dem wir im Bundesvergleich die rote Laterne haben. Baden-Württemberg hat einmal einen Vergleich gemacht und dabei bemerkt, dass Niedersachsen offenbar den geringsten Versorgungsgrad an Kindertagesstättenplätzen hat.

Wir haben in der letzten Zeit vernehmen müssen - das halte ich, meine Damen und Herren von der SPD, für einen schweren politischen Fehler -, dass Sie sich in Niedersachsen offenbar aus fiskalischen Gründen von den Vorschulen verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, auch der geschätzte Landtagspräsident hat das so gesehen. Als früherer Kultusminister wäre ihm das möglicherweise nicht passiert.

Ferner verstehe ich überhaupt nicht, warum das Kindertagesstättenwesen in Niedersachsen beim Sozialministerium angesiedelt ist. Die Kindergärten sind kein Sozialfall, sondern sie haben einen Bildungsauftrag. Deshalb gehört das mit dem Kultusministerium zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Gerne hätte ich an dieser Stelle die Grünen gelobt; denn wir haben, Frau Harms, in den vergangenen Monaten eine ganz gute Debatte geführt, in die Sie Überlegungen für eine Reform des Bildungsauftrages der Kindergärten eingebracht haben. Aber ich verstehe Ihre Presseerklärung von heute überhaupt nicht. Da hat man Sie offenbar auf dem falschen Fuß erwischt, oder Sie sind sauer darüber, dass die

CDU die besseren Vorschläge hat. Wir jedenfalls meinen, dass hier einiges passieren muss.

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Das Jahr vor der Schule soll kein vorgezogenes Schuljahr sein, aber insbesondere der vorschulischen Bildung und Erziehung dienen. Damit das gelingt und möglichst viele Eltern ohne Kostenrisiko daran teilnehmen können - es wird eine 100-prozentige Bildungsbeteiligung angestrebt -, möchten wir dahin kommen, dass wir die Eltern im dritten Kita-Jahrgang von den Beiträgen freistellen. Ich glaube, das ist eine wirksame, vernünftige und bezahlbare Maßnahme.

(Beifall bei der CDU)

Wir erreichen damit dreierlei, nämlich zum einen mehr Bildung und Zukunftssicherung im Kindergarten, zum anderen eine wirksame Entlastung der Eltern sowie eine nachhaltige Unterstützung der Kommunen. Für sie soll es mindestens kostenneutral ablaufen.

Das anstehende Kostenvolumen macht etwa 0,3 % des Landesetats aus. Es kann mir niemand erzählen, dass, sofern der politische Wille vorhanden ist, ein solcher Handlungsspielraum trotz der angespannten Finanzlage dafür nicht bestünde. Das muss hinzukriegen sein.

(Zuruf von Dr. Domröse [SPD])

- Dann erzählen Sie doch, warum Sie pleite sind. Dann müssen Sie hier auch nicht weiterregieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir jedenfalls halten das für machbar. Damit es gerecht und vernünftig läuft, muss meiner Ansicht nach ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden, durch das wir insbesondere über verbesserte Personalkostenzuschüsse eine Befreiung der Eltern von den Beiträgen hinbekommen.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Herr Kollege Plaue, wenn Sie es nicht hinkriegen, dann ist das Ihre Sache. Wir haben uns das jedenfalls vorgenommen.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Ministerpräsident.

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie sehen mich ein bisschen überrascht; denn ich dachte, die Kollegen von den Grünen würden erst reden wollen.

Mir wäre es am liebsten, es ginge ohne diese Mikrofonanlage. Ich müsste ganz gut zu verstehen sein.

Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass die CDU-Fraktion einen Vorschlag der Sozialministerin Dr. Trauernicht vom 23. Mai dieses Jahres aufgegriffen hat.

(Beifall bei der SPD - Frau Vockert [CDU]: Schauen Sie einmal in die Protokolle, Herr Gabriel! Wir waren deutlich früher am Ball! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist für die CDU ein Riesenfortschritt; denn sie hat noch vor wenigen Jahren in diesem Hause ein Kindertagesstättengesetz komplett abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wahlkampfzeiten haben auch ihre guten Seiten. Den einen oder anderen führen sie in die Gegenwart. Herr Busemann, herzlich willkommen!

(Zustimmung bei der SPD – Frau Vockert [CDU]: Völlig falsch!)

Angesichts der Blockadehaltung der CDU in Niedersachsen und auf Bundesebene in der Finanzund Steuerpolitik frage ich mich allerdings, wie Herr Busemann das, was er hier vorgeschlagen hat, konkret finanzieren will.

(Zustimmung bei der SPD - Möllring [CDU]: Dummes Zeug!)

- Herr Möllring, Sie bekommen nicht einmal die Situation in Hildesheim in den Griff. Wie wollen Sie die Finanzen im Lande regeln?

(Beifall bei der SPD – Möllring [CDU]: Lesen Sie, was heute über die SPD in der Zeitung steht!)

Sie behaupten schlicht, Sie wollten umschichten. Herr Busemann, dann kommen Sie her und sagen Sie, wo. Was heißt das konkret und wo sind Ihre Anträge dazu?

(Beifall bei der SPD – Möllring [CDU]: Das können wir Ihnen vorrechnen!)

Die CDU-Fraktion hat in den letzten Monaten hier im Hause Folgendes beantragt: Am 21. Februar 2001 135 Millionen Euro Mehrausgaben für Lehrereinstellungen, am 14. März 2001 mehrere hundert Millionen Euro für den ländlichen Raum.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

am 17. September 2001 51 Millionen Euro für Bedarfszuweisungen, am 24. Oktober 2001 10 Millionen Euro für den Verfassungsschutz, am 12. Dezember 2001 85 Millionen Euro für die Rücknahme der Gewerbesteuerumlage, am 12. März 2002 270 Millionen Euro für den Niedriglohnsektor. Nicht zu vergessen die legendäre Hanstedter Erklärung der CDU, die Mehrausgaben in Höhe von 1,6 Milliarden Euro für Straßenbau, Krankenhausbau, Städtebau und den kommunalen Finanzausgleich vorsah. Das ist wirklich eine Glanzleistung, was die Latte von Mehrausgaben angeht.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion in Niedersachsen hat in dieser Legislaturperiode weit über 100 Anträge und Gesetzentwürfe mit Mehrausgaben von mehreren hundert Millionen Euro eingebracht. Allein seit Anfang des Jahres handelte es sich um Mehrausgaben in Höhe von 700 Millionen Euro. Zu keinem dieser Anträge gab es einen Deckungsvorschlag, sondern immer nur die vage Behauptung, man wolle umschichten. Von wo nach wo eigentlich? Wer soll diese Milliardenbeträge, die die Anträge der CDU-Fraktion erfordern, denn nun abgeben, wenn umgeschichtet werden soll?

Was die Behauptung der CDU angeht, sie wolle 10 000 Stellen streichen, indem sie die Bezirksregierungen auflöst, so ist erstens festzuhalten, dass es dort nur 4 900 Stellen gibt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zweitens. Selbst bei einem Wahlsieg der CDU dürfte der Schreck bei den Beamtinnen und Beamten nicht so groß sein, dass sie sofort kündigen. Das wird nicht der Fall sein. Daher stellt sich die Frage, wie das Geld zusammenkommen soll.

Nun ergänzt Schattenminister Busemann die Liste der ungedeckten Schecks im Lande mit einer weiteren wohlfeilen Forderung in Höhe von 75 Millionen Euro pro Jahr. Diese Forderung wird wiederum ohne Finanzierungsvorschlag erhoben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Busemann [CDU])

Eine so verantwortungslos handelnde Partei traut sich, anderen vor der Wahl öffentlich Wahlbetrug vorzuwerfen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Busemann, Ihr Fraktionsvorsitzender hat vorgeschlagen, den Straftatbestand des Wahlbetruges einzuführen.

(Möllring [CDU]: Dann wären Sie schon längst verhaftet!)

Passen Sie einmal schön auf, dass Sie nicht schon vor der Landtagswahl hinter Gittern landen;

(Beifall bei der SPD)

denn es gilt, Herr Jurist: Auch der Versuch ist strafbar.

Da die CDU mehr als 100 Anträge ohne finanzielle Deckung vorgelegt hat, scheint bei ihr das Motto zu herrschen: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich gänzlich ungeniert. - Das hätten die CDU-Größen Ernst Albrecht und Birgit Breuel in Niedersachsen niemals hinbekommen. Sie haben für Seriosität immer noch ein bisschen übrig gehabt.

(Zurufe von der CDU)

- Sie schimpfen jetzt schon über Ihre eigenen früheren Minister; das verstehe ich nicht.

All das hat die CDU weit hinter sich gelassen. Es gibt gute Gründe, warum sie sich nicht mehr "Kompetenzteam" nennen lässt. Ich wäre dafür, dass sie sich nicht "Zukunftsteam" nennt; "Olsen-Bande" wäre angemessener.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist völlig klar: Wir wollen ein flächendeckendes Netz an Betreuungsangeboten in Kindergärten, Verlässlichen Grundschulen, Horten und Ganztagsschulen.

(Frau Vockert [CDU]: Wie finanzieren Sie das?)

Wir wollen das und haben das im Landeshaushalt finanziert.

Ich sage Ihnen nun Folgendes: Es gibt zwei Dinge, die wir in Deutschland verändern müssen, damit wir auch Ihrer Forderung nachkommen können, die im Prinzip richtig ist. Erstens. Wir müssen das Verhältnis von direkten Zahlungen an die Familien und Bildungsausgaben endlich umdrehen. Das Verhältnis beträgt in Deutschland 60: 40.

(Beifall bei der SPD)

In Schweden entfallen 78 % auf Bildungsausgaben, und nur 22 % sind direkte Transferzahlungen.

Zweitens. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass auch in der Finanzierung Gerechtigkeit einkehrt.

(Busemann [CDU]: Das ist richtig!)

#### **Präsident Wernstedt:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Es kann nicht sein, dass die 5 bis 8 % der Menschen in Deutschland, die ein hohes Einkommen haben, ihre Kinder auf Privatschulen schicken können und der Rest mit einem immer schlechter werdenden Bildungssystem auskommen muss.

(Beifall bei der CDU - Möllring [CDU]: Wer ist dafür verantwortlich? Acht Jahre Wernstedt und fünf Jahre Jürgens-Pieper! - Weitere Zurufe von der CDU)

Deshalb sagen wir: Wer nicht den Mut hat, über Erbschaft- und Vermögensteuer zu sprechen, der sollte hier nicht wohlfeile Anträge stellen. Ihnen fehlt nicht nur der Mut, sondern Ihnen, Herr Busemann, fehlt angesichts dieser desolaten Situation bei Ihnen im Hause auch die Fähigkeit, in Niedersachsen Kultuspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Das Wort hat die Frau Kollegin Harms.

#### Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir haben uns gefragt, ob die CDU in Sachen Kita-

Gesetz und Notwendigkeit zur Entwicklung von Kindertagesstätten jetzt endlich aufgewacht ist.

(Frau Vockert [CDU]: Wann haben wir denn unseren Antrag eingebracht, Frau Harms?)

Wir haben uns schon etwas länger als diese Landesregierung und die CDU-Fraktion mit diesem Thema beschäftigt. Die erste Debatte zu einem Bildungsjahr für alle Kinder vor der Einschulung hat im Februar dieses Jahres auf Antrag unserer Fraktion stattgefunden. So viel Wahrheit muss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Vockert [CDU]: Wir haben im November unseren Antrag eingebracht!)

Wir hielten es für ausgesprochen wünschenswert, wenn alle Fraktionen dieses Hauses einig wären in der Forderung, dass in den Kitas eine Qualitätsentwicklung und mehr Bildung notwendig sind. Allerdings sind wir immer noch skeptisch, insbesondere was das Lernen, das Wachwerden bei der CDU angeht. Meine Damen und Herren, es handelt sich bei Ihnen um einen langen und stagnierenden Prozess. Sie haben 1990 Ihre Wahlniederlage, also den Verlust Ihrer Regierungsmehrheit, u. a. Ihrer Ideologie in der Familienpolitik zu verdanken gehabt. Ernst Albrecht war derjenige, der diese Politik noch lange beeinflusst hat. Für ihn gehörten Kinder zur Mutter und die Mutter nach Hause. Kindertagesstätten waren nicht notwendig. Deswegen haben Sie gegen das KiTaG sehr lange gekämpft, auch wenn Sie davon heute nichts mehr wissen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Zwölf Jahre nach Ernst Albrecht dominiert nun Edmund Stoiber die Familien- und Kinderpolitik der Union. Für ihn, meine Damen und Herren, ist doch Familie dort, wo Frauen für ihre Männer die Hemden bügeln.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Frau Vockert [CDU])

Ob es möglich ist, dass Christian Wulff mit dieser Ideologie und dem Dogma "Kinder, Küche, Kirche" bricht, werden wir sehen. Ihre vielgelobte Familienpolitikerin aus den neuen Bundesländern ist jedenfalls bei Frau Merkel nichts geworden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Interessant im Zusammenhang mit diesem Vorstoß im Rahmen der Aktuellen Stunde ist für mich das Rezept, das der Kollege Wulff - - -

(Die Mikrofonanlage fällt aus - Möllring [CDU]: Wer Obrigkeiten zustimmt, der sollte schweigen!)

- Nun gibt es offenkundig doch extreme Probleme mit der Lautsprecheranlage.

(Möllring [CDU]: Das ist nicht schlimm bei dieser Rede! – Klare [CDU]: Wenn man Unsinn redet, schaltet die ab! – Schriftführer Sehrt tauscht das Mikrofon aus)

Meine Damen und Herren von der CDU, die Technik kennt doch keine Gnade mit Ihnen. Sie müssen sich diese für Sie bitteren Wahrheiten weiter anhören.

(Frau Vockert [CDU]: Unwahrheiten!)

Mir ist Ihr Ansatz nicht glaubwürdiger vorgekommen als in der letzten Woche, als Christian Wulff einen Vorstoß gemacht und in Niedersachsen Rezepte für glückliche Kinder in Umlauf gebracht hat: Zigaretten verbieten, Haustiere verordnen, giftige Spielzeuge vom Markt nehmen und abends eine Gute-Nacht-Geschichte erzählen. Das ist zwar alles gut und schön, macht aber im Kontext Ihrer Familienpolitik keinen Sinn.

(Möllring [CDU]: Alles richtig, aber nur vom Falschen gesagt?)

Meine Damen und Herren, für jemanden wie Christian Wulff ist es nicht schwer, ein guter Vater zu sein. Aber denken Sie doch einmal an die Familien, aus denen die Problemkinder kommen, also an ausländische Familien und an Kinder von allein Erziehenden mit wenig Geld. Denken Sie einmal an Kinder, die mit Sozialhilfe groß gemacht werden müssen.

(Möllring [CDU]: Was ist das für ein Deutsch: "Kinder, die mit Sozialhilfe groß gemacht werden müssen"? Was ist das für ein Weltbild?)

Ich glaube nicht, dass man mit solchen Rezepten das verändern kann, was uns die PISA-Studie vorgeführt hat. Herr Wulff, besonders bitter fand ich die ausländerfeindliche Rhetorik Ihrer bayerischen Spezis im Wahlkampf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Bayerische Spezis?)

Ich glaube nicht, dass man ausländischen Kindern Lust auf Kita, auf Schule, auf Deutschlernen macht, wenn man gleichzeitig eine solche ausländerfeindliche Politik betreibt. Sie, Herr Wulff, sind für mich noch nicht der Modernisierer, den die CDU ganz dringend bräuchte. Sie stehen nach wie vor im Schatten von Leuten wie Ernst Albrecht und Edmund Stoiber, und das noch im Jahre 2002, also zwölf Jahre nach Ernst Albrecht.

Ferner ist aber anzumerken, dass die Entwicklung in den Kitas in Niedersachsen noch längst nicht so in Gang gesetzt worden ist, wie das notwendig wäre.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode nur Dank der Eltern und der großen Initiative in ganz Niedersachsen verhindern können, dass diese Landesregierung das KiTaG kippt. Eine qualitative Weiterentwicklung in den Kitas steht aus. Wir sind noch weit davon entfernt, dass das "Bildungsjahr" verwirklicht werden kann. Aber, Herr Wulff, das, was Sie finanzpolitisch im Moment auf Bundesebene vertreten, wird uns nicht ermöglichen, diese Vorstellungen zu verwirklichen. Sie müssen sich entscheiden: Entweder sind Sie dafür, neue Finanzierungsinstrumente zu suchen und sich darauf zu einigen, oder Sie blockieren die Finanzierung der Ideen, die Sie hier im Lande vertreten, in Berlin konsequent weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, wir haben uns darauf verständigt, nach der Behandlung des Punktes 1 a) unserer Tagesordnung die Sitzung bis nach der Mittagspause zu unterbrechen, um zu versuchen, die Anlage funktionsfähig zu machen. - Herr Mühe!

#### Mühe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können uns bei der CDU-Fraktion eigentlich nur bedanken, dass sie dieses Thema heute auf die Tagesordnung gebracht hat, weil sie uns damit erneut die Gelegenheit gibt, deutlich zu machen, welchen furchtbaren und unübersichtlichen Zickzackkurs sie in der Kindertagesstättenpolitik in den letzten zwölf Jahren gefahren hat. Sie haben heute erneut einen Haken geschlagen.

(Busemann [CDU]: Quatsch!)

Herr Busemann, Ihnen möchte ich Folgendes sagen: Sie haben wir im Ausschuss für Jugend und Sport noch nie gesehen.

(Frau Vockert [CDU]: Herrn Gabriel habe ich dort auch noch nicht gesehen!)

Sie reden hier über Kindertagesstätten und Kindergartenpolitik und waren noch nie im Fachausschuss. Auch im Kultusausschuss hat man Sie noch nie gesehen.

(Busemann [CDU]: Die Ministerin gehört noch nicht einmal dem Parlament an! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Der Ministerin haben Sie nicht einmal ein Mandat gegeben!)

Sie gehören zum Kompetenzteam, wollen über Bildungspolitik reden, haben sich in den Fachausschüssen aber nicht einmal sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute lamentieren, dass die Vorschule aufgegeben wurde, dann muss ich daran erinnern, dass es die CDU war, die in den 70er-Jahren vehement gegen die Einführung der Vorschulen gekämpft hat.

Meine Damen und Herren, Herr Gabriel hat es ja schon deutlich gemacht: Sie haben doch dieses Kindertagesstättengesetz jahrelang bekämpft.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie wollten das alles doch gar nicht. Wenn wir PISA als Stichwort nehmen, dann sage ich: Richtig, die PISA-Studie hat uns wachgerüttelt. Sie hat uns deutlich gemacht, dass wir früher anfangen müssen. Wir brauchen integrative Systeme. Wir brauchen Ganztagssysteme. Die PISA-Studie sagt jedoch nicht, dass der Bildungsauftrag in unseren Kindertagesstätten schlecht wahrgenommen wird. Herr Busemann, ich finde, es ist eine Frechheit und eine Beleidigung der 25 000 Erzieherinnen und

Erzieher in Niedersachsen, ihre Arbeit als schlecht, miserabel und mangelhaft zu bezeichnen. Ich finde das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten zur Kita-Messe gehen sollen; vielleicht waren Sie auch da.

(Lachen bei der CDU)

Dort waren 3 000 Fachleute, Fachfrauen und Fachmänner, die sich ein Bild davon gemacht haben, wie hervorragend die Bildungsarbeit in vielen Bereichen der Kindertagesstätten läuft.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch, meine Damen und Herren, muss gesagt werden: Die PISA-Studie hat uns wachgerüttelt, und die Landesregierung hat gehandelt - nicht erst seit PISA, sondern viel früher. Wir haben gerade im Bildungsbereich der Kindertagesstätten vieles auf den Weg gebracht.

(Frau Vockert [CDU]: Schönreden!)

- Frau Vockert, mit der Erarbeitung der neuen Rahmenrichtlinien für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist schon im letzten Jahr begonnen worden. Da lag PISA noch gar nicht auf dem Tisch.

Es gibt neue Ausbildungsrichtlinien für die Erzieherinnen und Erzieher, die alle Fragen, die angesprochen werden, berücksichtigen. Wir werden die Fort- und Weiterbildung so weit ausbauen, dass alle Fragen aufgenommen werden; denn es betrifft insbesondere die 20 000 bis 25 000 Frauen und Männer, denen jetzt geholfen werden muss, um künftig die Aufgaben besser als bisher zu bewältigen.

Ich will noch etwas anderes sagen: Als wir 1990 die Regierungsverantwortung übernommen haben, gab es 16 Integrationsgruppen. Heute haben wir mehrere hundert in Niedersachsen. Insbesondere im Bereich der Behinderten wurde vieles auf den Weg gebracht. Das Gleiche gilt für die Modellvorhaben. Ich nenne hier z. B. die in großer Zahl vorhandenen Waldkindergärten.

Meine Damen und Herren, wir werden zukünftig neben dem umfangreichen Konzept der Sprachförderung für den Bereich des Kindertagesstättenwesens einen Bildungsplan entwerfen, wozu die Träger, die Kommunen, alle Beteiligten an einen Tisch gerufen werden, um die wesentlichen Themen der Bildungsarbeit der Kindertagesstätten zu besprechen, um zu gemeinsamen Konzepten und Lösungen zu kommen und um die Arbeit weiter zu verbessern.

Frau Dr. Trauernicht ist kritisiert worden, dass sie die Vision hat, dass es langfristig betrachtet für alle Kinder in den niedersächsischen Kindertagesstätten gut wäre, wenn sie kostenfrei wären.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Dazu hat Herr Ministerpräsident Gabriel auch etwas gesagt. Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass wir eine Ministerin haben, die weit in die Zukunft blickt, die Perspektiven entwickelt und solche Ziele im Auge hat, wenn wir sie auch heute nicht finanzieren können. Es wäre furchtbar, wenn es nicht so wäre.

(Möllring [CDU]: Das war aber ein Salto mortale! - Unruhe bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns zu den Finanzen kommen. 2 500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer bedeuten Kosten in Höhe von 100 Millionen Euro. Dafür haben Sie keinen Finanzierungsvorschlag vorgelegt.

(Zuruf von der CDU)

Sie fordern mehr für die Polizei, mehr für die Kommunen, mehr für den Straßenbau, mehr für alle Bereiche, machen jedoch keinen Deckungsvorschlag für den Haushalt 2002/2003. In Ihrem Zukunftsprogramm schreiben Sie, dass Sie das alles machen und gleichzeitig Schulden abbauen wollen. Wie Sie das machen wollen, Herr Busemann, ist uns völlig schleierhaft.

(Möllring [CDU]: Weil Sie es auch nicht können!)

Sie müssen aufpassen, dass Sie in den Medien und in der Öffentlichkeit nicht als finanzpolitischer Scharlatan dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD-Frau Seeler [SPD]: Das ist er doch schon längst! - Zuruf von Busemann [CDU] - Glocke des Präsidenten!)

Meine Damen und Herren, die gesamte CDU-Fraktion muss sich mathematisch und finanzpolitisch betrachtet den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich immer mehr zur PISA-Fraktion entwickelt, weil sie augenscheinlich Rechnungen aufmacht, die kein Mensch nachvollziehen kann. Wenn Sie Ihr Wahlprogramm und das, was Sie hier vorgetragen haben, durchrechnen würden, dann wüssten Sie, dass das alles nicht finanzierbar ist.

Vor dem Hintergrund halte ich es für unerträglich, dass Sie den Eltern vormachen, sie würden ab einer bestimmten Zeit beitragsfrei sein. Das ist aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, eine ganz schwierige Aufgabe. Das muss genau geprüft werden.

(Zuruf von der CDU: Lassen Sie es uns doch machen! Wir machen das! Wir leisten das!)

Meine Damen und Herren, wenn wir nach PISA dazu kommen wollen, in der Bundesrepublik Deutschland die Bildungslandschaft um Ganztagsschule, um Ganztagsbetreuung, um mehr Krippen und mehr Horte zu erweitern, müssen wir auch sagen, wie wir diese zusätzlichen Ausgaben finanzieren wollen. Ich finde es richtig, dass Herr Ministerpräsident Gabriel gesagt hat: Wir müssen gemeinsam den Mut haben, dann auch über weitere Einnahmen zu reden. Immer nur ohne weitere Einnahmen draufsatteln, das werden wir nicht machen können. Den Mut dazu haben Sie nicht. Das haben Sie beim Ehegattensplitting bewiesen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat Herr Kollege Busemann.

#### **Busemann** (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch einmal ganz kurz. Ich habe eben diese drei Reden in ihrer Hilflosigkeit gehört.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Wir haben offenbar genau den richtigen Nerv getroffen. Das war wohl ein politischer Blattschuss.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Ja, ja, man merkt doch, wie weh das tut.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Mühe, Sie haben es ja mit der Historie. Da will ich Ihnen mal ganz deutlich etwas sagen. Manche wissen ja gar nicht mehr, was 1990 passiert ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Da sind Ihre Leute - Gerhard Schröder allen voran - mit dem Versprechen aufgetreten, 100 % der Personalkosten übernehmen zu wollen. Nach 12, 13 Jahren sind Sie bei 20 % angekommen und haben gleichzeitig noch die Vorschulen beseitigt. Nun sehen Sie mal, wer die Wähler betrogen hat, Sie oder andere Leute.

(Beifall bei der CDU)

Dann will ich den Herrn Ministerpräsidenten ansprechen. Sie gestehen mir an zwei Stellen zu, dass die Forderung im Prinzip inhaltlich richtig ist. Dann sind auch persönliche Diskreditierungen von Ihnen oder von anderen nicht angesagt. Dann ist die Forderung in der Sache erst einmal in Ordnung.

Frau Trauernicht, ob Sie nun im Mai mit diesen Vorstellungen und auch mit konkreten Finanzierungsvorschlägen angetreten sind, kann ich so nicht nachvollziehen. Ich lasse das letzte Jahr Revue passieren: Da war der erste Antrag, konkret in diese Richtung gelenkt, jener der CDU-Fraktion aus dem November des letzten Jahres.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen uns aber nicht über Urheberrechte bei der ganzen Geschichte streiten. Wir wissen, Bildung ist wahrscheinlich das Mega-Zukunftsthema. Da muss die Trendwende irgendwo anfangen. Man muss bereit sein, gerade im Bereich der Bildung, der Schule, des Kindertagesstättenwesens auch in schwieriger Zeit noch einmal einige Millionen Euro bereitzustellen. Das ist schwer genug; das wissen wir wohl.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist schwer genug. Da braucht er hier keine lange Rede über die Landesfinanzen zu halten, wenn er für sich beschreiben will, dass er keinen Handlungsspielraum mehr hat. Dann kann er auch abtreten. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Achten Sie deswegen auch auf die feinen Hinweise, wenn wir das hier übernehmen sollten. Wahrscheinlich werden wir es übernehmen müssen, weil Sie es nicht mehr können.

(Lachen bei und Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ja, ja, wir werden das schon übernehmen. Der erste Doppelhaushalt - das sage ich Ihnen ganz deutlich - wird sich sehr stark mit der Unterrichtsgarantie befassen. Dafür gibt es 2 500 zusätzliche Lehrer. Die Kosten sind durchfinanziert. Sie wissen das sehr genau.

(Lachen bei der SPD)

Im Haushalt der beiden Folgejahre werden dann die Kindertagesstätten Thema sein. Der dritte Jahrgang wird frei von Elternbeiträgen sein. Wenn Sie es nicht können, wir werden es machen. - Danke.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das war wieder keine Antwort, Herr Busemann!)

#### Präsident Wernstedt:

Der Herr Ministerpräsident hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

## Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, das ist eine wichtige Debatte. Herr Busemann, bei Ihrem Vergleich aus dem Jägerlatein mit dem Blattschuss sind Sie der erste Förster, der den Lauf aufs eigene Herz gerichtet hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen.

Erstens. Ich rate Ihnen, Herr Busemann: Wenn Sie über Pädagogik, über Kinder, über Schulen reden,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dann verlieren Sie nicht immer gleich die Fassung.

(Möllring [CDU]: Hat er doch gar nicht!)

- Na ja, das war doch eben wieder knapp vor dem Schulkrieg.

(Busemann [CDU]: In der Sache sind wir uns doch einig!)

- Nein, wir sind uns in der Sache nicht einig. Das will ich Ihnen auch gleich erläutern. Ich sage Ihnen: Versuchen Sie doch einmal, diese Debatten nicht immer nur mit Blick auf den von Ihnen angepeilten Wahltermin zu führen. Es ist doch nicht glaubhaft, wenn Sie jahrelang jede Diskussion in dem Bereich verweigern, dann aber auf einmal Ihr Kinderherz entdecken.

(Beifall bei der SPD – Möllring [CDU]: Der hat mehr Kinder als Sie!)

Zweitens. Nun sage ich Ihnen, wo wir uneinig sind. Es geht nicht um einen Bildungsauftrag im dritten Kindergartenjahr,

(Busemann [CDU]: Im Gesetz!)

sondern die gesamte Kindergartenzeit hat einen Bildungsauftrag. Der wird heute auch von den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kindergärten ernst genommen. Die machen eine gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD – Möllring [CDU]: Wer bestreitet das denn?)

Wir müssen den Anforderungen an diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht werden, weil sie sehen, dass die Anforderungen an sie wachsen. Das heißt, wir müssen zuerst mehr für die Ausbildung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun. Weiter müssen wir sie besser mit den Grundschulen und den sonderpädagogischen Einrichtungen vernetzen.

Ich habe den Antrag der Grünen, der auch noch behandelt wird, wohl gelesen. Sie werfen der Landesregierung manches vor. Sie werden verstehen, dass wir das zurückweisen. Aber im Kern ist doch klar, dass das, was die Grünen zu den pädagogischen Fragen sagen, wesentlich mehr mit der Alltagsrealität zu tun hat, wesentlich mehr mit unserer Position zu tun hat als die platte Forderung "Lasst uns mal in den Wahlkampf gehen und den Eltern versprechen, dass sie keine Gebühren mehr zahlen müssen". Jeder weiß doch, dass das in den nächsten Jahren nicht zu bezahlen ist, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

es sei denn, Herr Busemann, Sie verzichten auf die Qualitätsinitiative in den Kindergärten. Dann können Sie das bezahlen.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Busemann, das war immer Ihr Antritt im Landtag. Sie wollten immer von den Standards herunter. Sie wollten keine Erzieher beschäftigen. Genau das war Ihre Debatte.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Dahin zielt Ihr Antrag. Ihr Antrag zielt auf die Herabsetzung - - -

(Zurufe von Schünemann [CDU] und von weiteren Abgeordneten der CDU)

- Ich höre gerne zu. Melden Sie sich doch einfach zu Wort, Herr Schünemann. Ich führe wirklich aus vollem Herzen gerne jede pädagogische Debatte mit Ihnen. Jede! Da gibt es dann auch Unterschiede.

Ihr Antrag zielt schlicht und ergreifend auf die Reduzierung der Standards. Und dann machen Sie solche Versprechen.

Wir unterscheiden uns in einem weiteren Punkt. Herr Busemann, wir haben die Sprachausbildung im Kindergarten begonnen. Wir wollen, dass ein Kind, wenn es in die deutsche Grundschule kommt, die deutsche Sprache beherrscht. Das ist unser Ansatz. Dafür steht Geld im Haushalt. Das hat die Priorität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Busemann [CDU]: Das Geld können wir schon einmal dafür nehmen!)

Nun der letzte Punkt, Herr Busemann. Frau Harms hat völlig zu Recht gesagt: Eine Partei, die sich der Debatte verweigert,

(Zuruf von der CDU: Hat sie doch gar nicht!)

wie die zentralen Aufgaben unseres Staates in Zukunft finanziert werden sollen, die den Menschen weniger Schulden, weniger Steuern, aber mehr Ausgaben verspricht, die hat nicht den Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit ist, dass es ungerecht ist - - -

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie fordern Wahrheit! – Zurufe von Busemann [CDU] und von weiteren Abgeordneten der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Sie scheinen ja hoch nervös zu sein.

(Möllring [CDU]: Solch ein dummes Zeug zu reden! – Busemann [CDU]: Der lenkt doch nur ab!)

#### Präsident Wernstedt:

Bitte, lassen Sie doch den Herrn Ministerpräsidenten reden.

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Die Wahrheit ist, dass ein Geselle im Elektrohandwerk mit 1 000 bis 1 200 Euro Nettoeinkommen, der zwei Kinder hat, die in den Kindergarten gehen, fast 10 % seines Einkommens dafür bezahlen muss. Ein Arzt mit zwei Kindern und einem deutlich höheren Einkommen muss nicht einmal 5 % bezahlen.

(Möllring [CDU): Wer ist denn dafür verantwortlich? Dafür sind Sie doch verantwortlich! – Busemann [CDU]: Der lenkt ab!)

Das ist die Ungerechtigkeit in Deutschland. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in der Bildungsfinanzierung. Da wollen Sie nicht mitmachen, versprechen aber den Leuten das Blaue vom Himmel. Damit kommen Sie nicht durch, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Frau Kollegin Vockert.

## Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, die Wahrheit ist, dass Sie die Tatsachen verdrehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit ist, dass Sie Legendenbildung betreiben. Die Wahrheit zu den Forderungen, die Sie hier eben genannt haben - Zusammenarbeit mit der Grundschule, Stärkung des Bildungsauftrages, Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen -, ist, dass Sie den Antrag, den wir im November vergangenen Jahres mit diesen Forderungen hier eingebracht haben, im letzten Monat abgelehnt haben.

(Beifall bei der CDU – Mühe [SPD]: Weil wir das längst machen!)

Das wollen Sie überhaupt nicht. Sie waren es - das ist die Wahrheit -, die die Vorschulen abgeschafft haben. Diese Landesregierung ist es, die im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern die geringsten Personalkostenzuschüsse zahlt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit. Da sind Sie gefordert, zu handeln, anstatt sich hier nur hinzustellen und zu reden. Dazu fordern wir Sie auf.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Wernstedt:**

Das Wort hat Frau Kollegin Harms.

## Frau Harms (GRÜNE):

Zu der aufgeregten Debatte um die Wahrheitsfindung von unserer Seite noch ein kleiner Hinweis: Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie haben sich zum KiTaG, zum Kindertagesstättengesetz, erst bekannt, als diese Landesregierung in der letzten Legislaturperiode das Kindertagesstättengesetz aus rot-grüner Zeit kippen wollte.

(Zustimmung bei den GRÜNEN – Möllring [CDU]: Dummes Zeug! Wir haben selber eines eingebracht!)

Sie haben zur Korrektur Ihrer alten Position dieses Volksbegehren gebraucht, genauso wie diese Landesregierung am Ende per Gericht gezwungen werden musste, das Kindertagesstättengesetz aufrechtzuerhalten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das nur noch einmal zu der Grundlage, auf der wir jetzt die politische Debatte darüber führen müssen, wie diese Kindertagesstätten besser werden können. Wenn wir uns darüber einig sind, ist das tatsächlich ein großer Schritt.

Aber ich glaube Ihnen Ihre Überzeugungen nicht, weil sie tatsächlich immer nur unter Druck zustan-

de kommen bzw. mit Wahlterminen zu tun haben. Ich kann nur ausdrücklich unterstreichen: Ihr Verhalten - allerdings auch das der SPD-Fraktion - in der Auseinandersetzung um mehr Gerechtigkeit beim Ehegattensplitting, gerade um Kinderbetreuung sicherstellen zu können, war grundfalsch.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Und es ist natürlich nicht besser, wenn man im Anschluss daran auch gegen Erbschaftsteuer und Vermögensteuer auf die Barrikaden geht. Wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihre Rezepte für eine bessere Kindheit finanzieren wollen, ist für mich wirklich immer wieder ein großes Rätsel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Präsident Wernstedt:

Jetzt hat der Kollege Mühe das Wort.

## Mühe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten uns an die Entwicklung in den Jahren von 1990 bis 1998 erinnern und dann zunächst sagen, dass es Herr Albrecht und auch Herr Horrmann waren, die sagten: Kindertagesstätten sind eine originär kommunale Aufgabe. Das geht uns als Land nichts an. Da machen wir nicht mit. Das wollen wir nicht. - Dann haben Sie unser Kindertagesstättengesetz mit allen Möglichkeiten bekämpft

(Möllring [CDU]: Darin standen 100 % Personalkosten!)

und in der Öffentlichkeit immer wieder lamentiert: zu viel Regelungsdichte, zu hohe Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher, das wollen wir alles nicht.

(Busemann [CDU]: Für Ihre Reden können sich die Kinder von heute nichts kaufen!)

Das Ganze gipfelte damals, Herr Wulff, in Ihrer Aufforderung an Herrn Ministerpräsident Glogowski: Geben Sie uns 23 Mann aus Ihrer Fraktion,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben das zum Kürzen genutzt!)

dann können wir dieses Kindertagesstättengesetz sofort kippen. Sie haben den Ministerpräsidenten damals aufgefordert, dazu beizutragen, dass Niedersachsen kein Kindertagesstättengesetz mehr haben sollte.

#### **Präsident Wernstedt:**

Herr Kollege Mühe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring?

#### Mühe (SPD):

Nein, danke schön. - Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit, und an der Stelle wird auch deutlich: Sie sind in dem ganzen Themenbereich überhaupt nicht glaubwürdig. Die Öffentlichkeit nimmt Sie nicht ernst, weil Sie immer wieder deutlich gemacht haben, dass Sie einen Zick-Zack-Kurs fahren und dass Sie diese Aufgabe überhaupt nicht wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zweites: 90 % aller Kinder im letzten Kindergartenjahr in Niedersachsen gehen in den Kindergarten,

(Zuruf von der SPD: Mindestens!)

weitere ein, zwei oder drei Prozent sind in anderen Einrichtungen, und andere Eltern entscheiden sich aus prinzipiellen Gründen, ihre Kinder nicht in Kindergärten zu schicken. Warum müssen wir eigentlich an dieser Stelle ein Angebot machen, wo die Eltern ohne Probleme ihre Kinder zu 90 % bereits schicken und das alles finanzieren?

(Möllring [CDU]: Aha! Wo die Eltern alles finanzieren!)

Wir müssen doch auch deutlich sagen, dass wir das im Moment nicht finanzieren können. Das ist eine ehrliche Haltung.

(Möllring [CDU]: Natürlich können wir das besser als Sie! Sie haben ja vom Geld keine Ahnung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich will auch noch einmal fragen, meine Damen und Herren: Ist es nicht auch eine Überlegung wert,

(Zurufe von der CDU)

wenn man finanzielle Ressourcen zusätzlich zur Verfügung hat, sie in das Gesamtsystem der Bildung im Kindertagesstättenbereich und im Grundschulbereich zu packen, weil sie dorthin gehören?

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt 3 a liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir, wie vorhin vereinbart, die Sitzung unterbrechen, noch folgende Mittelung: Der Unterausschuss Verbraucherschutz tagt unmittelbar im Anschluss an die bevorstehende Unterbrechung.

Dann möchte ich, bevor wir versuchen, die etwas ärgerliche Situation zu beseitigen, noch etwas Erfreuliches mitteilen. Wir haben neue Mitglieder des Landtages zu begrüßen. Ich werde sie jetzt in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Bitte stehen Sie auf, damit wir die neuen Kolleginnen und Kollegen sehen.

Frau Margot Albrecht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nicht neu ist der Kollege Minister Uwe Bartels.

(Beifall bei der SPD)

Frau Georgia Langhans.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Frank Oesterhelweg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Peter Raske.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Joachim Stünkel.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich begrüße Sie sehr herzlich in diesem Hause und hoffe, dass Sie die restlichen Monate dieser Legislaturperiode an Ihrer Arbeit und an uns viel Freude haben.

Wir sehen uns wieder um 14.30 Uhr.

Unterbrechung: 11.33 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

#### Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren! Wie Sie hören, können wir auch akustisch unsere Sitzung effektiv fortsetzen.

Ich rufe auf:

b) Pfeiffers Schnellgericht in Stadthagen: Schuld an Jugendgewalt und Integrationsmängeln sind immer die anderen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3796

Ich erteile dem Abgeordneten Schröder das Wort.

## Schröder (GRÜNE):

Das ist jetzt richtig spannend. Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall - Frau Harms [GRÜNE]: Es geht!)

- Ich nehme an, der Applaus ist der Technik geschuldet und nicht der Tiefe meiner Ausführungen.

(Unruhe - Zurufe)

Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, dass unser jetziger Justizminister Mitte der 90er-Jahre beinahe eine neue Bürgerrevolution zwischen Erzgebirge und Ostsee ausgelöst hätte. Auslöser war damals die so genannte Töpfchen-Theorie. Gemeint war damit der Versuch, den ostdeutschen Charakter mit der frühkindlichen Erziehung zur Sauberkeit in den damaligen Kinderhorten der DDR zu erklären. Genau an diese Ereignisse fühlt man sich erinnert, wenn man die Reaktionen auf den Auftritt des Ministers in Stadthagen verfolgt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einer nahezu einstimmig gefassten Resolution erklärt der Rat der Stadt, er nehme Verlauf und Ergebnis des Ministerbesuches mit tiefer Enttäuschung zur Kenntnis. Der Kollege Reckmann hat sich gegenüber der Presse geäußert, er empfinde sowohl den Realitätsbezug zu Stadthagen als auch die Ursachenforschung des Ministers als traurig bis peinlich.

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

Die stellvertretende Bürgermeisterin dieser Stadt, ebenfalls SPD-Mitglied, hat erklärt, ihr Parteifreund und Minister diffamiere eine Stadt.

Was war eigentlich los? Wie ich finde, hatte der Minister ganz zu Recht die Prügelrituale an einer Schule in Stadthagen aufgegriffen, die Schuld dann aber recht vorschnell der Schule zugewiesen und sich nach heftigen Protesten von Eltern, Lehrern und Schülern entschuldigt. Diese Entschuldigung hat aber nicht sehr lange vorgehalten. Denn bei der jüngsten Diskussion in der Schule am Schlosspark erfolgte eine neue Ursachenforschung, und es wurden neue Schuldige benannt. Herr Pfeiffer hat ausgeführt, er habe bei seinen vielen Untersuchungen nirgends eine derartige Benachteiligung im örtlichen Bildungssystem festgestellt wie in Stadthagen.

Das mag ja sein, Herr Pfeiffer. Es gibt erhebliche Probleme mit der Integration von Zuwanderern in Stadthagen. Wenn die Landesregierung die von ihr ständig propagierte Kultur des Hinsehens - ich mag dieses Wort eigentlich gar nicht mehr hören-wirklich ernst nimmt, dann wird man sehen, dass Stadthagen mit seinen Problemen der Integration in Niedersachsen gar nicht alleine steht und vielleicht eine ganze Reihe von anderen Städten gleichermaßen betroffen ist.

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

Herr Minister, eines geht gar nicht: Es geht nicht, dass immer die anderen schuld sind:

(Beifall bei den GRÜNEN)

die Lehrer, die bei Prügeleien auf dem Schulhof wegsehen, oder die Stadt, die türkische Kinder angeblich in Nachmittagsgruppen verweist und es duldet, dass es bereits im Kindergartenbereich gravierende Sprachdefizite gibt, oder auch die türkischen Eltern mit ihrer "Macho-Kultur".

Derartig vorschnelle Schuldzuweisungen sind nicht nur ungerecht und verletzend, sie lenken auch von der erheblichen Mitverantwortung des Landes ab. Es wird ausgeblendet, dass das Land für die Förderung in Kindergärten verantwortlich ist. Es ist für Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen in den Schulen, für eine Sprachförderung der Migrantinnen und Migranten und für eine gelungene Integrationspolitik verantwortlich, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verantwortlichen vor Ort, die sich um Integration bemühen, brauchen keine ministerielle Schelte, sondern die Hilfestellung des Landes. Herr Pfeiffer, es geht nicht, dass Sie als Wissenschaftler mit aufklärerischem Impetus eine ganz scharfe Analyse liefern, die ich in weiten Bereichen auch teile, aber dann, wenn es um die konkrete Politik geht, Herr Bartling gefragt ist bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die weit unter dem Niveau anderer Bundesländer liegen, bei einer Politik, bei der junge Menschen, die straffällig geworden sind, in das Land ihrer Vorfahren, ihrer Großeltern ausgewiesen werden, und bei einer Politik, die bei den Sprachkursen keinen Cent, keinen Euro zusätzlich ausgeben will.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will mit einem Zitat aus den *Schaumburger Nachrichten* von heute schließen:

> "Pfeiffer wiederholte sein Angebot, Hilfestellungen zu leisten. Besonders wichtig sei ihm, dass sein Vortrag in türkischer Sprache an alle türkischen Eltern verteilt werde. "Ich glaube schon, dass er dazu beitragen kann, erwünschte Wirkungen zu erzielen. Diese Eltern sollten mehr für die Bildung ihrer Kinder tun.""

Das mag sein, Herr Pfeiffer. Aber diese Landesregierung sollte mehr für die Bildung ihrer Landeskinder tun,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

für Deutsche und für Zugewanderte gleichermaßen. Das ist die Erwartung, die die Menschen haben. Das Verteilen von sicherlich sehr fundierten und lesenswerten Vorträgen kann und wird dafür kein Ersatz sein. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister Pfeiffer!

#### Dr. Pfeiffer, Justizminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser zweite Abend in Stadthagen hat nicht stattgefunden, um primär die Stadt anzugreifen, sondern das war mein Angebot zum Dialog mit etwa 100 türkischen Eltern, die diese Einladung tatsächlich auch angenommen haben.

(Schünemann [CDU]: Das ist aber fehlgeschlagen!)

Das, was ich vorgetragen habe, wurde in türkischer Sprache übersetzt. Danach folgte eine Veranstaltung, die insgesamt drei Stunden dauerte und sich nur zu einem kleinen Teil auf die Punkte konzentrierte, die nachher in den Medien vorne angestanden haben.

Freilich habe ich aus dieser Debatte etwas gelernt, Herr Schröder; das will ich hier gerne zugestehen. Ich habe gesagt, nach den Feststellungen aus vielen Untersuchungen gilt: Je höher in einer Stadt der Anteil junger Türken oder anderer junger Ausländer im Gymnasium oder in der Gesamtschule ist, umso niedriger ist die Kriminalitätsrate der Ausländer in dieser Altersgruppe insgesamt. Außerdem habe ich festgestellt, dass in Stadthagen 1,5 % der männlichen jungen Türken ins Gymnasium gehen. Im Bundesdurchschnitt sind es 8,5 %. Demgegenüber stehen 55 % der gleichaltrigen Deutschen. Damit hätte ich es bewenden lassen können. Denn allein diese Fakten sind schon aufrüttelnd genug. Die ergänzende Bemerkung - Stadthagen stehe damit schlechter da als alle anderen Städte, zu denen uns Daten vorliegen - war überflüssig und hat sehr viel Widerstand erwirkt. Ich gebe gerne und selbstkritisch zu, es war der Kriminologe in mir, der diese ergänzende Bemerkung gemacht hat. Als Politiker wäre es klüger gewesen, auf diese ergänzende Information völlig zu verzichten. Die Fakten sprechen für sich, wenn 40 % der Grundschulkinder, die einen türkischen Hintergrund haben, nach Einschätzung der Grundschullehrer kein Deutsch können und die Mehrheit nicht drei Jahre im Kindergarten gewesen ist.

Herr Schröder, ich muss Ihnen in einem Punkt widersprechen. Da war ich nicht nur Wissenschaftler. Ich habe acht Vorschläge unterbreitet, was zu tun ist, angefangen bei der halben Richterstelle, die es neuerdings zusätzlich in Stadthagen gibt, über das Angebot vorgezogener Jugendgerichtsverfahren, damit die Signale an die Jugendlichen deutlich und schnell kommen. Ein Faltblatt in türkischer Sprache wirbt um den Besuch in Kin-

dergärten. Es ist an alle Eltern in Stadthagen gegangen. Ich habe vorgeschlagen, den Sport an den Schulen als Integrationshilfe zu intensivieren. Da nutze ich etwas, was MFAS in einem Programm für Toleranz, Gewalt und zur Stärkung interkultureller Kompetenz anbietet. Man kann die Anträge bei den Bezirksregierungen stellen.

Ich selbst habe angeboten, 80 % der Kosten für die Ausbildung von Konfliktlotsen an der Schule und an anderen Schulen in Stadthagen zu übernehmen. Ferner habe ich angeboten, dass die Schule nachträglich in das Schulschwänzerprogramm einbezogen wird. Und ich habe darauf verwiesen, dass sich die Landesregierung sehr wohl ihrer Mitverantwortung für die Ausbildung, die Sprachförderung der Kinder bewusst ist. Am 1. August nächsten Jahres wird dieses Programm zur Sprachförderung in Kindergärten, das 5 Millionen Euro schwer ist, anlaufen.

Von daher bestand mein Angebot aus Vielfältigem, was konkret geschehen muss. Das Angebot ist auch angenommen worden. Ich werde mich morgen mit dem Bürgermeister von Stadthagen treffen. Wir werden in einem direkten ausführlichen Gespräch erörtern, was wir in Stadthagen im Detail zusätzlich an Hilfestellung leisten können. Von daher meine ich, dass die Kritik, ich sei hier nur der Wissenschaftler gewesen, falsch ist. Ich war sehr wohl der Sprecher der Landesregierung, der deutlich macht, dass wir auf Defizite reagieren und konkret helfen wollen, auf dass sich die Situation in Stadthagen ändert. Wir fordern vor allem aber auch die türkischen Mitbürger auf, die Botschaft ernst zu nehmen, dass sich auch bei ihnen etwas ändern muss und dass sie nicht länger dazu beitragen dürfen, dass aus ihren Familien junge Machos herauskommen, und dass sie mit dem Verwöhnen der Jungen aufhören müssen. Die Mädchen haben ja ganz anständige Gymnasial- und sonstige Schulquoten. Es ist ein Jungenproblem, das sich dort deutlich artikuliert hat.

Also: Es war ein Angebot in mehrere Richtungen. Ich kann nur hoffen, dass das alles am Ende dazu beiträgt, die Probleme in Stadthagen zu reduzieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Litfin:

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Schünemann.

#### Schünemann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung war hervorragend aufgestellt; leider ist sie jäh unterbrochen worden. Aber den Bildungsauftrag in den Kindergärten zu stärken und das letzte Kindergartenjahr freizustellen, das ist unsere Antwort auf die Probleme in den Familien und in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Plumper Populismus ist das!)

- Lieber Herr Mühe, hören Sie noch einmal zu!

(Mühe [SPD]: Ja, ja, wir kennen das ja seit Jahren!)

Aber die Kindergärtnerinnen und Kommunalpolitikerinnen und die Kommunalpolitiker zu diffamieren, das ist leider Gottes die Antwort, die der Justizminister gegeben hat.

(Beifall bei der CDU - Busemann [CDU]: Voll erwischt! - Pörtner [CDU]: Und die Lehrer zu diffamieren!)

Herr Professor Pfeiffer, einiges von dem, was Sie dort ausgeführt haben, war durchaus bemerkenswert. Sie haben nämlich erstmals anerkannt, dass sich nach zwölf Jahren SPD-Landesregierung Parallelgesellschaften in unserem Lande gebildet haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch eine Erkenntnis, die Sie so bisher nicht anerkannt haben. Und Sie haben auch erstmals anerkannt, dass Kriminalität von Ausländern, insbesondere was die Gewaltkriminalität angeht, besonders in Niedersachsen an der Tagesordnung ist. Auch das haben Sie bisher so deutlich nicht gesagt.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Aber das stimmt doch gar nicht!)

Nur das Fazit Ihrer Analyse haben Sie völlig falsch gezogen. Denn Sie können doch nicht die Kommunalpolitik dafür verantwortlich machen, dass die Integrationspolitik der Landesregierung in diesem Lande gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Schauen Sie sich doch einmal an, wie es in anderen Bundesländern aussieht.

(Frau Merk [SPD]: Genau so!)

Schauen Sie sich doch einmal Bayern und Baden-Württemberg an! Gehen Sie doch einmal dort in die Schulen!

(Frau Merk [SPD]: Genau da!)

Da können die ausländischen Kinder zum Teil sehr viel besser deutsch sprechen als die deutschen Kinder hier. Das hat PISA gezeigt. Dafür können Sie etwas tun.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Problem ist, dass hier immer andere verantwortlich gemacht werden. Wir haben im Landtag unsere Verantwortung übernommen. Erinnern Sie sich daran! Im Mai 2002 haben wir von dieser Stelle aus einen Antrag zur Integration eingebracht, in dem wir klar gesagt haben, nach welcher Methode hier vorgegangen werden sollte, nämlich nach der Methode: Fordern und Fördern, so wie es in anderen europäischen Ländern erfolgreich gemacht wird. Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

(Lindhorst [CDU]: Hört, hört!)

Leider haben Sie die Probleme mit der Zustimmung im Bundesrat zum Zuwanderungsgesetz weiter verschärft, sofern das Gesetz denn Gesetzeskraft erlangt. Das werden wir ja heute nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe sehen.

(Mühe [SPD]: Eine Verdrehung der Realitäten!)

Denn dadurch werden die Probleme vor Ort natürlich noch verschärft, weil die Zuwanderung in die Kommunen noch zunehmen wird und die Kommunen dann noch mehr alleine gelassen werden. Wenn Sie behaupten, dass die Aufbaukurse tatsächlich vom Land und nicht von den Kommunen gezahlt werden, dann machen Sie schon wieder eine Mogelpackung auf. Wir haben diese Angelegenheit doch im Innenausschuss erörtert. Da wurde uns gesagt, dass das Ganze über das Erwachsenenbildungsgesetz finanziert wird. Aber schauen Sie sich doch einmal Ihre mittelfristige Finanzplanung an. In der mittelfristigen Finanzplanung, gerade in den letzten Tagen verteilt, ist zu lesen: Kein müder

Cent mehr wird zur Verfügung gestellt. - Das heißt, dass dieser Kostenaufwand den Kommunen aufgedrückt wird, ohne dass Sie einen Cent dazubezahlen. Und vor dem Hintergrund sagen Sie, dass hier etwas getan wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann den Kollegen Schröder nur unterstützen. Es wäre wichtig, wenn Sie sich in Ihrer Rolle endlich einmal zurechtfinden würden. Sie sind Minister dieses Landes. Sie sind eben nicht mehr der Professor, der Theorien aufstellen und vor Ort überall wissenschaftliche Abhandlungen vortragen kann. Sie müssen sich die Praxis anschauen. Sie müssen vor Ort helfen. Das ist doch Ihre Aufgabe. Konzentrieren Sie sich doch erst einmal auf Ihren Bereich. Da gibt es so viele Bereiche, die noch nicht vernünftig angepackt sind. Ich glaube, dass es gut wäre, wenn Sie sich aus diesen Bereichen heraushalten würden und wenn diese Fraktion einmal etwas für die Integration vor Ort täte und die Kommunen nicht im Stich ließe.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Bockmann!

#### Frau Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schünemann, wohin gehört die Kirche? - Ins Dorf, und da sollten wir sie erst einmal lassen.

(Beifall bei der SPD - Schröder [GRÜNE]: Auch die Moscheen!)

Die Sprachfördermittel sind Bundesmittel. Das war im so genannten Zuwanderungsgesetz gesetzlich fixiert. Genau das hat die CDU-Fraktion auf Bundesebene abgelehnt.

(Beifall bei der SPD - Biallas [CDU]: Aber die Kurse doch nicht!)

Integration ist in Bayern in der Tat ein Fremdwort.

(Widerspruch bei der CDU - Schünemann [CDU]: Lächerlich! Sie sollten sich einmal erkundigen, bevor Sie hier solch einen Blödsinn erzählen!)

Aber durch Ihre jüngsten politischen Handlungen ist doch klar zum Ausdruck gekommen, dass Ihre Hilfestellungen gar nichts bewirkt haben.

Im September-Plenum ist der Justizminister von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch über den grünen Klee gelobt worden, weil er vor Ort Engagement gezeigt hat. Das ist noch nicht häufig vorgekommen. Er ist sofort hingefahren. Nun würzen die Grünen ihren Antrag zur Aktuellen Stunde mit "Pfeiffers Schnellgericht Stadthagen". In gewissem Maße stimmt das ja auch; denn durch die personelle Verstärkung kann u. a. ein vorgezogenes Jugendgerichtsverfahren stattfinden. Das ist zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgericht vereinbart worden, sodass schnell gehandelt werden konnte. Es ist wichtig, dass hier ein Gewaltstopp-Signal gesetzt wird, damit die Jugendlichen merken, dass die Hilfe, die sie von Erwachsenen fordern, zu Ergebnissen führt: Ergebnisse ohne Angst, Ergebnisse ohne Gewalt, Ergebnisse ohne Hilflosigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die anderen haben immer Schuld, schreiben die Grünen. - Die anderen haben nicht immer Schuld.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Bei Herrn Pfeiffer schon!)

Vielleicht ist es so, dass andere nicht sensibel genug gewesen sind und auf die Antennen nicht gehört haben. Die Opfer-Schüler haben doch Angst gehabt. Darauf ist bestimmt sowohl im Elternhaus als auch in der Schule nicht sensibel genug reagiert worden. Frustriert gewesen sind vielleicht auch die Kindergärtnerinnen, die sich um eine Balance bemüht haben, dass die Kindergartengruppen nachmittags nicht türkisch und morgens nur deutsch besetzt sind. Sie sind auf taube Ohren gestoßen.

(Reckmann [SPD]: Das haben die versucht, Frau Kollegin! - Frau Harms [GRÜNE]: Die sind so schlecht ausgestattet, dass sie das nicht umsetzen konnten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass die Suche nach den Schuldigen hier überhaupt nichts bringt. Wir müssen umschwenken und uns auf die Suche nach den Ursachen machen. Das wird langfristig Gerechtigkeit schaffen. Das genau ist die entscheidende Aussage des Justizministers gewesen: Ursachen aufzeigen, um den Istzustand zu verbessern - schließlich ist unser Justizminister einer mit wissenschaftlichem Background.

(Möllring [CDU]: Er hat aber schon häufig daneben gelegen! - Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

- Kollegin Harms, mich macht hier nur die Anlage tot, aber nicht Sie. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Oh! bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bürgermeister von Stadthagen hat zu Recht in der Presse geäußert: "Integration ist eine Bringschuld der Eltern." Seine Stellvertreterin, Frau Stratmann, hat hinzugefügt: "Wir schieben niemanden in den Nachmittag ab."

## Vizepräsidentin Litfin:

Frau Kollegin Bockmann, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Möllring?

#### Frau Bockmann (SPD):

Nein, ich habe zu wenig Zeit. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies zeigt, dass das Problem nicht nur in Stadthagen, sondern auch anderswo in der Bundesrepublik besteht, aber dass es Elternwille pur ist, der zu diesen unterschiedlichen Gruppen geführt hat.

Wir haben diese Themen auch in anderen Bereichen. Zum Beispiel sagte mir in jüngster Zeit ein Oldenburger Jugendlicher: "Ich haben keine Lust mehr, weiter im Fußballverein zu spielen, weil die Mannschaft zu 80 % aus russischen Jugendlichen, aus Zuwanderern etc. besteht. Hier wird nur noch Russisch gesprochen."

Dieses Separieren von Jugendlichen und Kindern führt zu Neid und Aggressionen. Auch da sollten wir eingreifen.

(Möllring [CDU]: Wer ist denn verantwortlich?)

Meine Damen und Herren, wenn wir aber diese Probleme erkennen, dann sind wir auch verpflichtet - und genau das hat der Justizminister getan -, diese unangenehmen Sachverhalte aufzuzeigen, damit langfristig eine Besserung eintreten kann. Wir sprechen hier über ein sensibles Stück Niedersachsen, und ohne Frage haben wir soziale Integrationsprobleme. Aber morgen bei der Dringlichen Anfrage wird die Landesregierung noch Möglichkeiten haben, ihre Erfolge darzustellen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Anlässlich von Stadthagen kann man doch nicht mehr von "Erfolg" sprechen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns bitte bei diesem sensiblen Thema die Zukunft gestalten und nicht die Vergangenheit mit einem kurzfristigen Wahlkampfdonner bewältigen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Schröder hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

## Schröder (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor Beifall von der falschen Seite ist man ja nie geschützt. Deshalb will ich daran erinnern: Welche Partei war es eigentlich, die jahrzehntelang jeder alltäglichen Lebenserfahrung zum Trotz behauptet hat, Deutschland sei kein Einwanderungsland?

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Versäumnisse in der Integration, die wir heute haben, sind die Ergebnisse von zehn Jahren Lebenslüge und verfehlten Anstrengungen auf diesem Gebiet.

Es war die rot-grüne Bundesregierung mit dem von Ihnen bekämpften Zuwanderungsgesetz, Herr Kollege Schünemann, die 300 Stunden Aufbaukurs in der Sprachförderung und 30 Stunden Integration vorsah. Und dann gab es noch einmal 300 Stunden Aufbaukurs durch das Land. Allerdings verfährt das Land - das ist unsere Kritik - hier nach der Methode Fielmann: keinen Cent, keinen Euro dazubezahlt. Wir nehmen es einfach den anderen weg. - Das ist ein wunderbares Angebot an Integration und wird sehr viel zum sozialen Frieden in Niedersachsen beitragen.

Ich will noch einen Satz ergänzen. Die Integration erfordert auch die Bereitschaft mitzuwirken. Von daher sind natürlich auch die Appelle an die Eltern wichtig. Aber entscheidend ist die Botschaft - und die muss von uns, die muss von der Landesregierung kommen -, dass unsere Zuwanderer nicht nur geduldet, sondern willkommen sind. Hier allerdings ließe sich mehr, als es meine Redezeit zulässt, über die Politik dieser Landesregierung und insbesondere des Innenministeriums sagen. - Vielen Dank.

## Vizepräsidentin Litfin:

Wir kommen nun zu

c) Gut für Niedersachsen - Koalitionsvereinbarung in Berlin - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3797

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Möhrmann. Ich erteile es ihm.

#### Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich erst einmal ganz herzlich bei der Landtagsverwaltung bedanken, dass sie es über die Mittagspause innerhalb von zwei Stunden geschafft hat, uns eine Sprechmöglichkeit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt zum Thema: Meine Damen und Herren, seit gestern gibt es einen neuen Bundeskanzler, und der heißt wieder Gerhard Schröder. Das ist gut für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Gerhard Schröder übernimmt die Regierung in einer schwierigen Zeit. Wir alle haben die Analysen der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Kenntnis genommen. Aber dabei, meine Damen und Herren, wird häufig eine auch von den Wirtschaftswissenschaftlern angesprochene Tatsache ausgeblendet. Diese haben nämlich darauf hingewiesen, dass die zukünftige Entwicklung sehr stark davon abhängig ist, wie sich die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellen wird. Genau auf diesen Punkt, meine Damen und Herren, haben wir im Wahlkampf immer hingewiesen. Von daher ist das eine Bestätigung dessen, was die Bundesregierung und die SPD im Wahlkampf immer gesagt haben, und deshalb ist es auch gut, dass für die Außenpolitik in unserem Land nach wie vor die rot-grüne Koalition zuständig ist und Gerhard Schröder und Außenminister Fischer dafür verantwortlich sind.

Meine Damen und Herren, es ist auch für Niedersachsen gut, dass es diese rot-grüne Koalition im Bund gibt. Ich weiß, man kann sich immer noch Besseres vorstellen - z. B. was finanzielle Wirkungen angeht - - -

#### (Lachen bei der CDU)

- Sie haben gerade Grund zu lachen! Wenn ich es richtig weiß, waren es in Niedersachsen gerade einmal 34,5 % der Wähler, die Ihren Standpunkt unterstützt haben. Da wäre ich jetzt nicht so vorlaut.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, warum haben die Menschen der rot-grünen Koalition die Regierungsverantwortung übertragen? - Weil sie auf der einen Seite ganz genau wussten, dass es eine schwierige Zeit ist. Auf der anderen Seite wussten sie aber auch, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei Sozialdemokraten am Besten aufgehoben ist. Das zeigt sich auch, wenn wir die aktuelle Steuerdiskussion betrachten.

Die Opposition stellt sich nun hin, sagt, das alles sei falsch, und fühlt sich durch so manchen Kommentar bestätigt. Ich will an dieser Stelle nur sagen: Wenn Herr Stoiber sein "3 mal 40" hätte einlösen sollen - also 40 % Einkommensteuersatz, 40 % Summe der Sozialversicherungsbeiträge und 40 % Staatsquote -, dann hätte es bei den Menschen in unserem Land ein Heulen und Zähneklappern gegeben, und dies insbesondere in Niedersachsen als finanzschwachem Land. Von daher, meine Damen und Herren, ist es positiv für dieses Land, dass Gerhard Schröder weiterregieren kann.

Meine Damen und Herren, die *Dresdner Neuesten Nachrichten* haben sich heute zum Verhalten der Union geäußert. Ich will nur einen Satz daraus zitieren:

"Die Union sollte mit dem Vorwurf des Wählerbetruges vorsichtig sein. Personell und finanziell hat sie nicht aufrichtig geplant."

Das ist genau die Position, die auch die Menschen in diesem Land zu Ihrem Verhalten haben.

Meine Damen und Herren, für das Land Niedersachsen ist der Koalitionsvertrag deshalb positiv, weil das Programm JUMP weiterhin dafür sorgen wird, dass junge Menschen nicht weiter arbeitslos werden. Dieses Programm der Koalition ist des-

halb positiv für Niedersachsen, weil wir in Sachen Familienpolitik seit 1998 nicht nur mehr als 13 Milliarden Euro mehr einsetzen, als Kohl das noch getan hat, sondern weil wir auch in der Lage sein werden, das Thema Ganztagsschulen mit Hilfe von bundespolitischen Zahlungen endlich umzusetzen.

Sie werden sich noch wundern, wie die Menschen auch in unseren Landkreisen danach verlangen werden, dass Ganztagsschulen eingerichtet werden. Und wenn sich daraus ergibt, dass wir in der Lage sind, mit Hilfe des Bundesprogramms pro Standort in etwa 200 000 Euro für Investitionen zur Verfügung zu stellen, dann ist das für uns ein Riesenfortschritt. Das ist nur möglich, weil die Regierung Schröder das vorgesehen hat.

#### (Beifall bei der SPD)

Eben ist über das Thema Kindergartenförderung diskutiert worden. Auch hier hat sich die neue Koalition etwas auf die Fahnen geschrieben. Man will nämlich versuchen, auch bei den Kindern unter drei Jahren weitere Betreuungsangebote bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, was uns an diesem Tage besonders wichtig ist zu betonen, sind die Leistungen des Bundes für die Verkehrsinvestitionen. Sie werden insbesondere unserem Land zugute kommen. Sie wissen, wie einseitig in den Jahren unter Kohl die süddeutschen Bundesländer bevorzugt worden sind. Dies wird weiterhin abgestellt werden.

Wenn man sich die Hochschulpolitik anguckt, dann stellt man fest, dass die Bundesforschungsministerin schon in den vergangenen vier Jahren ihren Etat um 30 % steigern konnte. In diesem Rahmen wird das weiterlaufen. Darüber hinaus wird das Ganze sehr viel ausgewogener stattfinden, als es noch unter der Regierung Kohl stattgefunden hat. Auch das ist ein Vorzug für das Land Niedersachsen.

Und, meine Damen und Herren - - -

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

#### **Möhrmann** (SPD):

Ich werde gleich zum Schluss kommen, Frau Präsidentin.

Wir müssen uns natürlich auch über die Frage unterhalten, wie das alles finanziert werden soll. Wenn wir allgemein über Subventionen reden, dann sagt doch diese Seite immer, die müssen weg. Aber wenn es dann konkret wird, wird immer gesagt, das geht nicht.

Wenn wir dann noch berücksichtigen, dass der Bund im Jahre 2001 direkte Finanzhilfen von 29,6 Milliarden Euro und Steuersubventionen von 39,8 Milliarden Euro gezahlt hat, dann wissen wir alle, dass man ohne das Einschneiden in Steuersubventionen nicht zurechtkommt. Von daher verstehe ich Ihr Geschrei nicht. Sie sollten hier einmal darlegen, wie Sie die "3 mal 40" in Kenntnis der Zahlen, die auch schon vor dem 22. September vorgelegen haben, finanziert hätten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Diese Rede habe ich nicht verstanden!)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Staatsminister Senff!

**Senff,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat - Herr Abgeordneter Möhrmann hat das angesprochen - ist der gestrige Tag ein guter Tag für die Bundesrepublik Deutschland gewesen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch und Lachen bei der CDU)

- Ich habe ja Verständnis dafür, dass die rechte Seite dieses Hauses das nicht so gerne hört. Aber anständige Verlierer sollten Sie wenigstens sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Das war im Übrigen nicht nur ein guter Tag für Deutschland, sondern auch ein guter Tag für Niedersachsen.

Die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung ist die Basis für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die, wie wir alle wissen, das zentrale Problem in unserem Lande ist. Herzstück - das ist der erste Punkt, den ich erwähnen will - ist die Arbeit der Hartz-Kommission und deren Umsetzung. Im Kern geht es darum, die 1,5 Millionen freien Arbeitsplätze - so versichert die deutsche Wirtschaft - mit Arbeit Suchenden zu besetzen. Das soll und muss gelingen. Ich bin ziemlich sicher, dass das gelingen wird.

Niedersachsen will und wird bei dieser Operation in der vordersten Front mitkämpfen. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, Modellregion in der Bundesrepublik Deutschland für die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission zu werden.

(Möllring [CDU]: Jetzt mal die Spruchblasen beiseite und die Fakten auf den Tisch! - Busemann [CDU]: Fakten!)

- Herr Möllring, in Spruchblasen sind Sie mir überlegen. Aber an Ihrer Stelle würde ich nun in der Tat keine Zwischenrufe mehr machen. Sie haben so viel zu Hause zu tun, dass Sie hier den Mund halten sollten.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeit der Hartz-Kommission in Bezug auf den Bereich der Jugendarbeitslosigkeit ist von Herrn Möhrmann angesprochen worden. Was uns freut, ist, dass die positive Arbeit der Niedersächsischen Landesregierung und der sie tragenden Fraktion bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit JUMP Plus fortgesetzt werden kann. Wir sind das Land mit den größten Erfolgen, auch wenn das der Herr Oppositionsführer nicht so gerne wahrnehmen will. Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit herabgedrückt und schaffen das selbst gesetzte Ziel bis zum Ende dieses Jahres.

Was ich nicht verstehe, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ist, dass Sie auf der einen Seite behaupten, dass wir bzw. die Hartz-Kommission alle Ihre Vorschläge abgeschrieben hätten, aber auf der anderen Seite gleichzeitig die Vorschläge der Hartz-Kommission ablehnen. Das passt meiner Meinung nach nicht zusammen und ist für mich der Hinweis darauf, dass Ihr Vorsitzender im Grunde nicht trittsicher ist, dass Sie keinen inneren Kompass haben, Herr Wulff, der Ihnen sagt, wohin die Reise in diesem Land zu gehen hat. Sie wissen nicht und wollen nicht wissen und sagen das auch nicht - jedenfalls nicht konsequent -, welche Linie Sie verfolgen.

Wir haben heute Morgen ein wunderschönes Beispiel erlebt. Da haben Sie Ihre Leute, nämlich Herrn Busemann, hier im Sturm stehen lassen.

Herr Busemann ist hier mit seinem Beitrag förmlich abgesoffen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch und Lachen bei der CDU - Möllring [CDU]: Sie haben ja vielleicht Wahrnehmungsschwierigkeiten!)

Warten Sie morgen die Berichte derjenigen ab, die dieses Geschehen unabhängig verfolgen. Herr Busemann ist abgesoffen. Sie, Herr Wulff, haben keinen Finger gerührt, um ihm zu helfen, und Sie, Herr Möllring, auch nicht - außer in Zwischenrufen, für die Sie gut sind. Sie haben ihn im Regen stehen lassen. Juristisch sind Sie mir sicherlich überlegen.

(Schünemann [CDU]: Nicht nur juristisch!)

Trotzdem werden Sie mir zugeben, dass das juristisch nichts anderes als unterlassene Hilfeleistung ist.

(Lachen bei der CDU)

Politisch würde ich das unter den Tatbestand der Untreue einordnen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - McAllister [CDU]: Sie sind ja ein großartiger Jurist!)

- Herr McAllister, an Ihrer Stelle würde ich keine Zwischenrufe machen. Sonst unterhalten wir beide uns mal über Ihre Kneipengespräche. Einverstanden?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Mühe [SPD]: Was wahr ist, ist wahr!)

Nächster Punkt: 16 Jahre lang saß der Norden Deutschlands am Katzentisch, solange die CDU-Regierung in Bonn tätig war. Wir wurden benachteiligt. Bei Bundesautobahnen, bei Ortsumgehungen, bei der Bundesbahn, bei Bundeswehrstandorten, bei der Auftragsvergabe ging alles in den Süden. Es ging nicht nur in den Süden, sondern es ging mit Ihrer tatkräftigen Mithilfe in den Süden. Sie haben das nicht nur zugelassen, sondern Sie haben mit dafür gesorgt, dass unser teuer erarbeitetes Geld in Niedersachsen als Schwarzgeld in Bayern landete.

(Zustimmung von Mühe [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das mag ja aus politischen Gründen noch gehen. Aber dass Sie sich, nachdem Sie das Geld da heruntergebracht haben, gleichzeitig hier hinstellen, Herr Wulff, und beklagen, dass hier kein Geld vorhanden ist, um etwas zu tun, ist nun nicht mehr korrekt. Das lassen wir uns von Ihnen auch nicht mehr gefallen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

## Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Senff,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin, ich werde das sofort tun. - Wir haben seit 1998 und jetzt mit der neuen Koalitionsvereinbarung in der ersten Reihe Platz genommen. Ich sage Ihnen ganz offen: Jetzt sind wir dran.

Abschließend möchte ich Ihnen gerne noch den Punkt 3 nennen. Die Veränderung in der Steuergesetzgebung hilft dem Land Niedersachsen und hilft den niedersächsischen Kommunen. Das Land wird zwischen 2003 und 2006 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen haben. Die Kommunen werden ebenfalls zusammen mit der Umstellung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen haben.

(Schünemann [CDU]: Das glauben Sie aber alleine!)

Sie, Herr Wulff, müssen nun in Wilhelmshaven, in Osnabrück, in Göttingen, in Braunschweig, im ganzen Lande, in allen Kommunen erklären, warum Sie dagegen sind, dass der finanzielle Spielraum unserer Gemeinden durch die Koalitionsvereinbarung verbessert wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Schünemann [CDU]: Das ist doch lächerlich! Das geht doch gar nicht!)

## Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Wulff!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hier eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Rot-Grüne Koalitionsver-

einbarung gut für Niedersachsen" anmeldet, der hat entweder nicht alle Tassen im Schrank oder aber Wahrnehmungsverluste. Das ist die Alternative, für die Sie sich entscheiden können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Rüge!)

Ich war in der letzten Woche beim Niedersächsischen Einzelhandelsverband. Gestern war ich mit den Präsidenten der niedersächsischen Handwerkskammern, den Vizepräsidenten, den Arbeitnehmervertretern und den Hauptgeschäftsführern zusammen. Dort waren Zorn, Unverständnis und Niedergeschlagenheit über das, was in Berlin in den letzten Tagen beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Erste, was wir brauchen, damit die Wirtschaft überhaupt wieder Tritt fassen kann, sind Vertrauen in die politischen Rahmenbedingungen und Glaubwürdigkeit. Sie, Herr Senff, Herr Gabriel und die Sozialdemokraten, haben vor vier Wochen erklärt: Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur. "Die Sozialbeiträge bleiben stabil" lautete die Anzeige der Sozialdemokraten vor wenigen Monaten im Bundestagswahlkampf. "CDU/CSU: Rentenbeiträge werden erhöht. SPD: Rentenbeiträge bleiben stabil." Nein, die Rentenbeiträge steigen jetzt. Die Ökosteuer steigt. Die Steuern steigen. Die Schulden steigen. Bei Ihnen steigt alles. Das haben Sie als SPD/Grüne-Bundesregierung hingekriegt.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Minister Eichel hat bestritten, dass es überhaupt Giftlisten im Ministerium gebe. "Das 3-%-Kriterium ist überhaupt kein Problem", "Ein ausgeglichener Haushalt 2004" waren die Aussagen Ihrer Bundesregierung. Jetzt, zwei, drei Wochen, später heißt: 3,7 % werden es. Ausgeglichener Haushalt frühestens 2006. - Auf einmal fehlen 20 Milliarden Euro. 20 Milliarden Euro sind 20 000 Millionen Euro! Die fehlen. Herr Eichel hat davon gewusst. Er hat das aber wahrheitswidrig verschwiegen. Sie haben die Leute beschissen, wie es nur geht in diesem Land.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Unruhe)

- Sie machen die Menschen nicht nur arm, sondern Sie machen - - -

(Adam [SPD]: Schaum vor dem Mund! Ganz unglaublich! Das ist ein Niveau! Ganz unglaublich!)

#### **Vizepräsidentin Litfin:**

Herr Kollege Wulff, ich möchte Sie bitten, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Vertrauen in die Politik hat auch damit zu tun, dass wir versuchen, das Niveau unserer Auseinandersetzung nicht zu tief absinken zu lassen.

## Wulff (Osnabrück) (CDU):

Ich bin darüber empört, dass das Niveau des heutigen Tages nicht mehr unterboten werden kann, weil zur Sache, nämlich zur Arbeitslosigkeit und zu den Wirtschaftsproblemen, überhaupt noch nichts gesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wir empören uns darüber - das werden Sie in den nächsten Monaten erleben -, dass der Niedersächsische Ministerpräsident dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat, indem er vier Tage nach der Bundestagswahl vor der Bundespressekonferenz auf die Frage, warum er die Wahrheit nicht vor der Wahl gesagt habe, geantwortet hat: Die Wahrheit vor der Wahl hätten Sie wohl gern gehabt. - So verhöhnt Gabriel die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Sie haben die Menschen belogen, und zwar systematisch, vorsätzlich und fortgesetzt. Das ist die Wahrheit in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu unserem Anliegen, zu dem, wofür wir zuständig sind. Wir sind verantwortlich für die Wirtschaftslage in unserem Land. Wir müssen die Koalitionsvereinbarungen daran messen, ob sie unserem Lande dienen oder schaden. Sie legen die Axt an die energieintensive Wirtschaft, an die Papierindustrie in Dörpen, an die Energiewirtschaft, an die chemische Industrie in Hannover, an die Leichtmetallindustrie, an die Aluminium-, Kupfer- und Stahlindustrie in Salzgitter und Georgsmarienhütte. Der Niedersächsische Ministerpräsident begrüßt die Ausdehnung der Ökosteuer auf diese energieintensiven Betrie-

be. Damit treiben Sie sie aus dem Land ins Ausland und vernichten Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Sie schaden systematisch auch der Automobilwirtschaft in unserem Land. Nicht nur die Produktion wird verteuert. 41 % aller Dienstwagen in Deutschland werden von VW und Audi produziert. Wenn Sie die Dienstwagenbesteuerung um 50 % anheben, wird die Fahrzeugproduktion einen Rückgang um mindestens 60 000 Fahrzeuge erfahren, wie die Gutachter in den letzten Tagen festgestellt haben. Damit vernichten Sie Arbeitsplätze in Emden, wo der Passat gebaut wird, und anderswo in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Sie machen billigste Propaganda gegen Familie, Ehe, Eigentum und Erbrecht. Sie wecken Neidgefühle.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Sie wecken Neidgefühle gegen diejenigen, die helfen können und helfen wollen.

(Adam [SPD]: Ganz schlimm, was hier passiert!)

- Wissen Sie, Herr Adam, wir hatten das Jahr der Ehrenamtlichkeit. Nach Ihrer rot-grünen Koalitionsvereinbarung sollen Spenden der Wirtschaft an gemeinnützige und kulturelle Einrichtungen und an Sportvereine nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Damit zerstören Sie die Landschaft in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Irgendwann ist immer Schluss, wenn man Politik betreibt, wie Sie es tun. Ihr ehemaliger Bundestagsabgeordneter Wiesehügel, der jetzt aus dem Bundestag ausgeschieden ist und der IG Bau vorsitzt, hat erklärt, dass die Streichung der Eigenheimzulage unsozial, familienfeindlich und eine Katastrophe für die Arbeitsplätze ist. 250 000 Bauarbeiter gehen in die Arbeitslosigkeit, weil Sie den Menschen die Chance nehmen, sich ein Eigenheim zu bauen. Das ist die Wahrheit in diesem Land. Es ist empörend, wenn in den letzten Tagen Familien mit zwei Kindern - - -

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Herr Gabriel hat heute Morgen die gesamte Redezeit der Landesregierung verbraucht, Frau Präsidentin. Irgendwann muss es hier doch möglich sein, Waffengleichheit herzustellen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie nehmen den Menschen die Chance, Wohneigentum zu begründen. Sie machen die Mietnebenkosten mit der Erdgasbesteuerung zu einer zweiten Miete. Sie nehmen den Menschen mehr, als sie leisten und tragen können. Sie machen die Menschen arm. Der Einzelhandel hatte sein schlimmstes Jahr hinter sich, und Sie vermasseln jetzt auch noch das Weihnachtsgeschäft. Das ist die Wirklichkeit in Niedersachsen im Jahr 2002.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde gleich noch einmal das Wort ergreifen.

(Starker Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Wulff, ich habe darauf verzichtet, Ihnen für Ihre sprachlichen Entgleisungen einen Ordnungsruf zu erteilen. Für die Missachtung des Präsidiums aber bekommen Sie einen. - Kollege Golibrzuch, bitte!

#### Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie groß muss eigentlich die Not in der niedersächsischen CDU sein, wenn Sie hier ein solches Horrorszenario an die Wand malen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist die heimliche Hoffnung auf bundespolitischen Rückenwind für jemanden, der aus eigener Kraft nicht in der Lage wäre, eine Landtagswahl zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Da Sie sich hier über den rot-grünen Koalitionsvertrag ausgelassen haben, will ich Ihnen Folgen-

des sagen: Natürlich wird man auf die konkreten Gesetzesvorlagen warten müssen. - Ich will Ihnen auch sagen: Selbstverständlich - Stichwort "Mindestbesteuerung" - werden Ausnahmeregelungen, nämlich Wertgrenzen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen eingezogen. Die Besteuerung von Kursgewinnen wird selbstverständlich erst für Neugeschäfte gelten. Es wird Sonderregelungen und Ausnahmetatbestände geben. Vielleicht orientiert man sich hier im Interesse der Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses am Vorbild der USA, die Wertpapieranlagen für die Altersvorsorge schon jetzt steuerlich freistellen. Dort sinkt der Steuersatz sogar mit der Dauer der Anlage.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass Rot-Grün bei der konkreten Ausformulierung der Gesetze zu sehr vernünftigen Regelungen kommen wird. Selbst die in dieser Hinsicht unverdächtige Tageszeitung *Die Welt* überschreibt das Geschrei der Union, der FDP und der Wirtschaftsverbände mit der Überschrift: Taktische Kritik. - Ich lese Ihnen aus dem Kommentar von vorgestern Folgendes vor:

"Sicherlich werden auch in den kommenden Monaten deutsche Unternehmen kräftig im Ausland investieren und Teile der Produktion an neue Standorte verlagern. Aber sie tun dies in erster Linie, um neue Absatzmärkte zu erschließen, und weniger aus Kostengründen."

Dafür lehnen wir eine politische Verantwortung ab.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der CDU müssen an dieser Stelle einmal deutlich machen, wie Sie Ihre Wünsche und Forderungen, die Sie hier im Landtag und andernorts immer wieder vorbringen, eigentlich bezahlen wollen. Sie haben in der Öffentlichkeit immer wieder deutlich gemacht, dass Sie sich auch einer Neuregelung der Erbschaftssteuer und möglicherweise auch der Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer verschließen wollen. In der Sache ist das überhaupt nicht begründbar; denn es ist schlicht so: Es gibt eine Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes. Das Ganze liegt zur Prüfung dem Bundesverfassungsgericht vor. Wir brauchen diese Neuregelung der Erbschaftssteuer, weil wir sonst Gefahr laufen, dass diese Steuerart ersatzlos weg-

fällt. Seit Dezember letzten Jahres werden alle Steuerbescheide von den Finanzämtern nur noch unter Vorbehalt verschickt. Wir müssen also eine zeitnahe Bewertung von Immobilienvermögen durchsetzen. Statt in der Sache eine absolut richtige Forderung zu verteidigen und damit für Mehreinnahmen in den Länderhaushalten zu sorgen, unterliegen Sie dem Lockruf der Denunziation und versuchen, die rot-grüne Bundesregierung sowie die Länder anzugreifen und uns laufend die Beine wegzuschlagen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ferner möchte ich sagen, dass es kein Ruhmesblatt war, wie sich die Landesregierung und ganz speziell der Ministerpräsident an dieser Stelle verhalten haben. Wir haben die Erbschaftssteuer hier im Plenum in der Vergangenheit immer wieder thematisiert. Wir haben dazu Entschließungsanträge gestellt, und Sie wissen genau wie wir, dass Niedersachsen in der Finanzministerkonferenz einen Vorstoß dahin gehend unternommen hat, die absolut sinnvolle Neuregelung der Erbschaftssteuer durchzusetzen. Wenn diese Initiative zurückgepfiffen und bestritten worden ist, dann ist das in der Sache nicht richtig. Es ist auch nicht besonders pfiffig und auch nicht besonders witzig, wenn der Ministerpräsident vier Tage nach der Wahl sagt: Sie hätten es wohl gern gehabt, dass ich solche Pläne vor der Wahl veröffentliche. - Nicht pfiffig, nicht witzig, sondern es ist zutiefst unredlich, wenn man sich an dieser Stelle so aufführt und so argumentiert.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben große Sympathie auch für viele andere Vorschläge des Koalitionsvertrages. Ich räume offen ein: Natürlich gibt es im Koalitionsvertrag einzelne Punkte, die wir anders regeln möchten und die die rot-grüne Koalition sicherlich noch korrigieren wird. Ein Beispiel haben Sie genannt, nämlich die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden von Körperschaften an gemeinnützige Unternehmen. Dieser Punkt muss aus unserer Sicht korrigiert werden.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Auch jeden einzelnen anderen Vorschlag aus diesem Koalitionsvertrag werden wir auf seine wirtschaftliche Vernunft hin prüfen. Das Ganze wird voraussichtlich erst im März in den Bundesrat kommen. Ich garantiere Ihnen: Die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens wird im März im

Bundesrat nur wirtschaftspolitisch vernünftigen Vorschlägen zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister Senff!

(Busemann [CDU]: Sagen Sie etwas zur Eigenheimzulage!)

**Senff,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Golibrzuch, die Lockrufe vernehmen wir schon seit einiger Zeit. Wir nehmen sie amüsiert und natürlich auch interessiert zur Kenntnis, aber zu dem von Ihnen gewünschten Ergebnis wird es im Lande Niedersachsen aller Voraussicht nach nicht kommen. Die Sozialdemokraten verteidigen ihre absolute Mehrheit.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich sage Ihnen jetzt, was wir dann machen werden: Natürlich sehen auch wir hinsichtlich der Koalitionsvereinbarung Nachbesserungsbedarf. Das ist völlig klar.

(Zurufe von der CDU)

Von diesem Nachbesserungsbedarf haben wir ja auch schon laut gesprochen. Ich will das für diejenigen, die nicht zuhören oder die nicht lesen wollen oder können, noch einmal benennen. Selbstverständlich wird es eine Veränderung hinsichtlich der Eigenheimzulage geben. Das wird nicht 1:1 so beschlossen werden, wie das jetzt geplant ist.

(Busemann [CDU]: Wollen Sie den Koalitionsvertrag brechen?)

Wir werden dafür sorgen, dass Familien mit Kindern auf geeignete Art und Weise ihre - - -

(Möllring [CDU]: Wie denn?)

Herr Möllring, eigentlich habe ich mir vorgenommen, auf Ihre Zwischenrufe nicht zu antworten. Aber da Sie jetzt einen fachlichen Zwischenruf gemacht haben, will ich diesen auch fachlich beantworten.

Stichwort Baukindergeld. Damit Sie befriedigt sind und auch etwas dazulernen, lassen Sie mich bitte weitermachen.

(Möllring [CDU]: Nein! Da lerne ich nichts dazu! Das bringt nämlich gar nichts!)

Wir werden bei der Eigenheimzulage selbstverständlich dafür sorgen, dass Familien mit Kindern nicht in die Situation geraten, in die sie jetzt geraten können.

(Möllring [CDU]: Sondern?)

Außerdem werden wir in der weiteren Ausgestaltung, insbesondere was die Energiebesteuerung betrifft, darauf achten, dass die einzelnen Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit und bei der Sicherung von Arbeitsplätzen nicht behindert werden.

(Möllring [CDU]: Das ist eine Eierei! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, machen wir aber nicht allein, sondern das machen wir mit der niedersächsischen Wirtschaft. Die Niedersächsische Landesregierung hat mit der Wirtschaft einen Arbeitskreis gegründet. Dieser Arbeitskreis wird die Umsetzung - - -

(Ah! bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wer nicht weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis! - Möllring [CDU]: Peinlich!)

- Ich finde es interessant, wie Sie mit den Interessen der niedersächsischen Wirtschaft hier in diesem Landtag umgehen.

(Möllring [CDU]: Sie!)

Da wollen Frauen und Männer, die in der Tat Sorge um ihren Geschäftsbetrieb haben, zusammen mit der Landesregierung dafür sorgen, dass bei der Ausgestaltung der Koalitionsvereinbarung vernünftige Gesetze geschaffen werden, und Sie machen sich darüber lustig!

(Möllring [CDU]: Peinlich!)

Ich und - davon gehe ich aus - auch die Vertreter der Wirtschaft nehmen das mit Interesse zur Kenntnis.

(Zuruf von der CDU: Das ist beschämend!)

Lassen Sie mit bitte noch Folgendes sagen.

(Möllring [CDU]: Nein!)

- Dann lassen Sie es bleiben! Ich sage es trotzdem.
- Wer im Wahlkampf mit dem Vorwurf der Lüge operiert

(Möllring [CDU]: Lüge und Betrug! - Gegenruf von der SPD: Glashaus!)

- nein, ich will jetzt gar nicht die Nummer "Was habt ihr alles gemacht?" bringen; da könnte ich eine Latte aufzählen -, der sollte ganz vorsichtig damit umgehen. Nicht nur das Bild vom Glashaus, das eben angesprochen wurde, gilt, sondern es gilt selbstverständlich auch, dass mit solchen Vorwürfen Politik insgesamt diskreditiert wird. Ich sage Ihnen nochmals das, was ich Ihnen zu Anfang gesagt habe: Sie sind schlechte Verlierer, und weil Sie schlechte Verlierer sind, greifen Sie in einer komplizierten Situation zu Knüppel und Axt, wo eigentlich das geschliffene Wort angebracht wäre.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Und Sie sind der Meister des geschliffenen Wortes?)

Ein letzter Punkt. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass sich der Oppositionsführer wieder einmal hier zu Wort gemeldet hat. Ich stelle fest: Er hat die Prügel, die er in den letzten Sitzungen vom Ministerpräsidenten bekommen hat, mindestens teilweise verarbeitet. Heute Morgen hatte ich den Eindruck, er saß hier noch kreidebleich, war immer noch im Schockzustand und hat seine Leute absaufen lassen.

(Zurufe von der CDU)

Ich stelle fest: Nun ist er wieder munter geworden. - Herr Wulff, herzlich willkommen im Niedersächsischen Landtag!

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Peinlich! Der Senff ist eine Blamage für die ganze Politik! - Weitere Zurufe von der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Die CDU-Fraktion hat zusätzliche Redezeit beantragt. Drei Minuten, Herr Wulff!

#### Wulff (Osnabrück) (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das Bild des Europaministers unseres Landes vom Absaufen aufgreifen.

(Zuruf von der SPD: Erst einmal entschuldigen!)

Mein Eindruck ist, dass sich die Bundesrepublik Deutschland, vor allem Niedersachsen, im Zustand der "Titanic" befindet:

(Mühe [SPD]: Die herbeigeredete Katastrophe!)

Der Eisberg ist längst gerammt, mit steigenden Sozialbeiträgen, steigenden Steuern, steigenden Belastungen und steigenden Schulden. Sie halten oben Reden, die völlig an der Seelenlage der Menschen vorbeigehen,

(Beifall bei der CDU)

und unten laufen die Decks voll und die öffentlichen Haushalte leer. Manche haben sich längst in die Rettungsboote abgesetzt, sich in Sicherheit gebracht, aber die kleinen Leute in unserem Land können sich nicht in Sicherheit bringen.

(Mühe [SPD]: Und Sie sind der Anwalt der kleinen Leute?)

Sie sind angewiesen auf gute, günstige politische Rahmenbedingungen, die Sie ihnen verweigern.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorgang, über den wir hier reden: In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es das noch nie gegeben, dass sämtliche Wirtschaftsforschungsinstitute nach Vorlage einer Koalitionsvereinbarung ihre Konjunkturerwartungen für das kommende Jahr nach unten korrigieren und sagen: Allein diese Vereinbarung kostet 0,5 Prozentpunkte Wachstum.

(Beifall bei der CDU)

Dazu hat Herr Clement heute gesagt, sie wüssten gar nicht, wovon sie sprächen. Mit solchen Ministern, die sich mit allen Wirtschaftsweisen überwerfen, haben wir es inzwischen zu tun. Und Herr Golibrzuch sagt hier: Wir werden das im Einzelnen auf die wirtschaftliche Vernunft hin prüfen. In der Lage, in der sich Deutschland befindet, haben wir ein Anrecht darauf, dass das getan wird, was getan werden muss, und dass es nicht heißt: Wenn ich

nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Das ist, wie wir auch heute wieder gehört haben, Ihre Methode, und die hilft unserem Lande überhaupt nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie betreiben Politik mit der Abrissbirne. Sie haben jetzt die Eigenheimzulage gestrichen, und zwar für Familien mit zwei Kindern um 13 520 Euro, also um rund 30 000 DM. Deshalb ist es in Niedersachsen in bestimmten Baugebieten bereits zu Stornierungen gekommen, weil die Familien sagen: Ohne diese 30 000 DM können wir nicht bauen. Und in dieser Phase der Verunsicherung für die Bauwirtschaft sagen Sie: Vielleicht haben wir es gar nicht so gemeint, wie wir es beschlossen haben; vielleicht machen wir es auch ganz anders. - Wie Sie Politik machen und mit den Menschen umgehen, ist doch unredlich bis dort hinaus!

(Starker Beifall bei der CDU - Mientus [SPD]: Was Sie versprechen, ist auch unhaltbar!)

Wir haben die Sorge, dass Sie Strukturen zerstören. In diesem Jahr sind 44 000 Unternehmen in die Pleite gegangen. Diese Unternehmen, deren Arbeitsplätze, deren Ausbildungsplätze sind weg. Das kommt so schnell nicht wieder. Diese Firmen bestanden zum Teil über drei oder vier Generationen. Jeder Tag, an dem Sie weitere Unternehmen zerstören, ist ein Tag zu viel. Deswegen sind wir empört, und deswegen werden wir Sie weiter politisch bekämpfen, wenn Sie falsche Akzente setzen.

(Starker Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Litfin:

Auch die SPD-Fraktion hat zusätzliche Redezeit beantragt. Drei Minuten für den Kollegen Möhrmann!

## Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wulff, ich habe den Eindruck, dass die Opposition

(Zuruf von der CDU: Gut drauf ist!)

noch immer im Bundestagswahlkampf ist

(Biestmann [CDU]: Noch nicht!)

und mit ihren Behauptungen, bezogen auf die Bundesregierung, einfach weitermacht.

Wir haben heute Morgen die Debatte zum Thema Kindergärten geführt.

(Möllring [CDU]: Da haben Sie völlig versagt!)

Herr Wulff, Sie haben mit keinem Wort erklärt, wie das, was Sie zusagen, bezahlt werden soll.

(Möllring [CDU]: Doch! Herr Busemann hat es gesagt! - Busemann [CDU]: Herr Senff hat 9 Milliarden in Aussicht gestellt!)

Herr Möllring wird nachher zum Thema Nachtragshaushalt auftreten und uns erklären, was nach der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung nicht gedeckt ist.

(Möllring [CDU]: Das habe ich gar nicht vor!)

Herr Busemann hat in seiner Nominierungspressekonferenz gesagt, er werde dafür sorgen, dass in Niedersachsen 2 500 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden. Wer so etwas behauptet, der hat nicht das Recht, über das zu reden, was in der Vergangenheit passiert ist. Auch Herr Stoiber hat den Mund sehr voll genommen. Ich will nur eine Zahl nennen: Die letzte Stufe der Ökosteuer sollte ausgesetzt werden. Das wären 5,7 Milliarden Euro.

(Zurufe von der CDU)

Wie wollten Sie das in der gegenwärtigen Situation bezahlen? Wie hätten sich denn dann die Sozialversicherungsbeiträge entwickelt?

Herr Wulff, wenn Sie ernst genommen werden wollen, dann müssen Sie zu dem zurückkommen, was Herr Wallbaum heute in der *Hannoverschen Allgemeinen* geschrieben hat. Sie dürfen nicht nur auf die anderen zeigen, sondern müssen bei sich anfangen. Sie aber machen genau so weiter – deswegen werden Sie keine Chance haben -, während wir den Menschen sagen: Es wird nicht gehen, ohne dass wir euch weitere Belastungen zumuten. - Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Deshalb werden wir am 2. Februar erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, ich schließe den Tagesordnungspunkt "Aktuelle Stunde".

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

Einzige (abschließende) Beratung:

Vorschlag der Landesregierung gegenüber dem Landtag zur Wahl der Präsidentin der Klosterkammer Hannover, Honorarprofessorin Martha Jansen, zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung - Wahlvorschlag der Landesregierung - Drs. 14/3765 - Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl und der Zustimmung des Landtages nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung - Drs. 14/3781

Mit dem Ihnen vorliegenden Wahlvorschlag schlägt die Landesregierung vor, Frau Honorarprofessorin Martha Jansen zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs zu wählen. Gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung in Verbindung mit § 4 Abs. 1 des Gesetzes über den Niedersächsischen Landesrechnungshof wählt der Landtag auf Vorschlag des Landesministeriums die Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages, mindestens jedoch mit der Mehrheit seiner Mitglieder auf die Dauer von zwölf Jahren.

Gemäß § 56 Abs. 3 Satz 3 unserer Geschäftsordnung stimmt der Landtag ohne Aussprache ab. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und der Zustimmung des Landtages nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung hat die Wahl vorbereitet und empfiehlt Ihnen die Wahl von Frau Martha Jansen.

Gewählt wird gemäß § 86 in Verbindung mit § 84 unserer Geschäftsordnung in diesem Fall mit Stimmzetteln, die Sie alle in Ihren Schubladen finden. Wer Frau Professor Jansen zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs wählen möchte, gibt einen Zettel mit dem Aufdruck "Ja" ab, wer sie nicht wählen möchte, einen Zettel mit dem Aufdruck "Nein". Sie können sich natürlich auch der Stimme enthalten. Entsprechende Zettel finden Sie ebenfalls in Ihren Schubladen.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Sehrt, an die Wahlurne, die sich hier vorne auf dem Stenografentisch befindet. Herr Sehrt, bitte überzeugen Sie sich davon, dass die Urne leer ist.

(Schriftführer Sehrt: Sie ist leer!)

- Herr Sehrt bestätigt, dass die Urne leer ist.

Die Mitglieder des Landtages werden nach dem Alphabet durch die Schriftführerin aufgerufen und gebeten, nach vorne zu kommen und ihre Stimmzettel abzugeben. Ich bitte um Ruhe, damit jeder im Saal den Namensaufruf hören kann.

Wir beginnen jetzt mit dem Namensaufruf. Das Präsidium wird am Schluss abstimmen. Bitte, Frau Schliepack!

(Schriftführerin Schliepack verliest die Namen der Abgeordneten)

Adam

Frau Albrecht

Aller

Althusmann

Frau Dr. Andretta

Bachmann

**Bartels** 

**Bartling** 

Beckmann

Behr

**Biallas** 

Biel

Dr. Biester

Biestmann

Frau Bockmann

Bontjer

Bookmeyer

**Brauns** 

Buchheister

Frau Bührmann

Busemann

Buß

Coenen

Collmann

Frau Conrady

Decker

Dehde

Dinkla

Dr. Domröse

Ehlen

Frau Elsner-Solar

Endlein

**Eppers** 

Frau Ernst

Fasold

Dr. Fischer

Gabriel

Gansäuer

Glogowski Frau Goede Golibrzuch Frau Großkurt

Grote Groth

Frau Grundmann

Haase
Hagenah
Frau Hansen
Harden
Frau Harms
Haselbacher
von der Heide
Heineking
Heinemann
Helberg
Frau Hemme
Hepke
Hogrefe
Hoppenbrock
Horrmann

Frau Janssen-Kucz

Jüttner
Kethorn
Klare
Klein
Koch
Frau Körtner

Inselmann

Frau Jahns

Jahn

Frau Krämer Krumfuß Lanclée Frau Langhans Lestin

Frau Leuschner Lindhorst Lücht McAllister Meinhold Frau Merk

Frau Meyn-Horeis

Mientus Möhrmann Möllring Mühe Frau Müller Frau Mundlos Nolting Oesterhelweg Oestmann Ontijd Oppermann Frau Ortgies Peters

Frau Philipps Pickel Plaue Pörtner Frau Pothmer

Frau Pruin
Rabe
Räke
Raske
Reckmann
Robbert
Rolfes
Frau Rühl
Frau Saalmann

Schack Schlüterbusch Frau Schröder Schröder Schünemann Dr. Schultze Schumacher Schurreit

Frau Schuster-Barkau

Frau Schwarz Schwarz Schwarzenholz Frau Seeler Senff

Frau Somfleth Frau Steiner Frau Stief-Kreihe

Stolze

Dr. Stratmann
Stratmann
Stünkel
Dr. Stumpf
Frau Tinius
Frau Trost
Viereck
Frau Vockert
Frau Vogelsang
Voigtländer
Watermann
Wegner
Wendhausen
Wenzel

Prof. Wernstedt Frau Wiegel Wiesensee Will Dr. Winn Frau Wörmer-Zimmermann Wojahn Wolf Wolfkühler Wulf (Oldenburg) Wulff (Osnabrück) Frau Zachow

#### **Vizepräsidentin Litfin:**

Ich bitte den Herrn Schriftführer Sehrt, mit der Urne zum Präsidium zu kommen, damit auch er und die amtierenden Präsidiumsmitglieder abstimmen können.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Befindet sich noch ein Abgeordneter, eine Abgeordnete im Saal, der oder die noch nicht abgestimmt hat? - Der Kollege Klare hat noch nicht abgestimmt. Gibt es noch einen weiteren Kollegen oder eine weitere Kollegin, der oder die nicht abgestimmt hat? - Herr Oppermann. Meine Damen und Herren, haben jetzt alle Kollegen und Kolleginnen abgestimmt? - Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Wahl. Wir beginnen jetzt mit der Auszählung. Ich bitte Sie, sich einen Moment zu gedulden.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die Wahl ausgezählt und gibt Ihnen das Ergebnis bekannt: Abgegeben wurden 146 Stimmen; davon waren 146 Stimmen gültig. 143 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und drei mit Nein gestimmt.

(Beifall im ganzen Hause)

Stimmenthaltungen gab es nicht.

Die Mehrheit der gesetzlich vorgegebenen Zahl von 157 Abgeordneten beträgt 79; die Zweidrittelmehrheit von 146 Abgeordneten, die an der Wahl teilgenommen haben, beträgt 98. Mit Ja haben 143 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist nach Artikel 70 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung die erforderliche Mehrheit erfüllt. Entsprechend des Wahlvorschlages ist Frau Jansen zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes gewählt worden.

Frau Jansen, nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Jansen: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Dann beglückwünsche ich Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken in Ihrem Amt.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5:

Einzige (abschließende) Beratung:

Ernennung des Ministerialrats Dipl.-Volkswirt Fritz Müller, Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, zurzeit Zuweisung einer Tätigkeit bei der NORD/LB, zum Ministerialdirigenten (BesGr. B 6) und Mitglied des Landesrechnungshofs - Antrag der Landesregierung - Drs. 14/3766 - Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl und der Zustimmung des Landtages nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung - Drs. 14/3782

Gemäß § 56 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung wird ein Bericht über die Ausschussberatungen nicht erstattet, und es wird ohne Aussprache offen abgestimmt.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 14/3782 und damit der Ernennung des Ministerialrats Dipl.-Volkswirt Fritz Müller zum Mitglied des Landesrechnungshofes zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

(Beifall im ganzen Hause - Groth [SPD]: Frau Präsidentin, ich habe mich enthalten!)

- Eine Stimmenthaltung ist nachträglich gemeldet worden, die ich wahrscheinlich übersehen hatte.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6:

**47.** Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs. 14/3760 – Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 14/3804

Die in der 47. Eingabenübersicht unter c) aufgeführte Eingabe 5067 wird gestrichen, da sie vom Petenten zurückgezogen wurde.

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 25. Oktober 2002, zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir jetzt, wie immer, nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe also zunächst die Eingaben aus der 47. Eingabenübersicht in der Drucksache 14/3760 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wortmeldungen dazu sehe ich nicht; mir liegen auch keine vor.

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung zu den Eingaben in der Drucksache 3760 abstimmen, zu denen keine Änderungsvorschläge vorliegen. Wer insoweit den Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Dann haben Sie mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers und der Elbmündung und zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der ordentlichen Gerichte - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/3659 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/3732

Dieser Gesetzentwurf wurde am 9. September 2002 an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Ontijd, dem ich das Wort erteile. - Der Kollege Ontijd gibt den Bericht zu Protokoll.

#### (Zu Protokoll:)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt Ihnen in der Drucksache 3659, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen und damit zugleich dem bereits unterzeichneten Staatsvertrag zuzustimmen. Diese Empfehlung ist einstimmig ergangen. Da der Gesetzentwurf direkt überwiesen wurde, möchte ich kurz etwas zu den Regelungsinhalten sagen:

Der Gesetzentwurf hat im Wesentlichen die Aktualisierung der Zuständigkeiten der ordentlichen Gerichte zum Gegenstand. Artikel 1 enthält die gemäß Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmung zum Staatsvertrag. Dieser betrifft die Regelung der Zuständigkeiten der Amtsgerichte Cuxhaven und Wilhelmshaven für die Gebiete des Küstenmeeres der Nordsee und der Elbmündung. Die geltenden Bestimmungen über diese Gerichtsbezirke im Küstengewässer treffen teilweise nicht mehr zu, da das deutsche Küstenmeer 1994 durch Beschluss der Bundesregierung ausgeweitet worden ist. Durch die Änderung des bislang geltenden Staatsvertrages werden die genannten Gebiete den beiden Amtsgerichten neu zugeordnet. Dabei werden die Zuständigkeiten der Gerichte an die in einem anderen Staatsvertrag bereits geregelten Zuständigkeiten der Wasserschutzpolizei angeglichen.

Artikel 2 des Gesetzentwurfes setzt die Neubestimmung der Gerichtsbezirke durch die Änderung des Gesetzes über die Organisation der ordentlichen Gerichte in das niedersächsische Landesrecht um. Des Weiteren werden die Vorschriften über die Gerichtszuständigkeiten an inzwischen erfolgte Umbenennungen oder Neubildungen von Gemeinden sowie die Bildung der Region Hannover angepasst. Schließlich wird die Gerichtszuständigkeit für die beiden gemeindefreien Gebiete der Inseln Knechtsand und Medemsand geregelt.

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen bittet daher darum, dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, dass dieses Gesetz ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Wir können dann gleich zur Einzelberatung kommen.

Artikel 1 mit Staatsvertrag. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Artikel 3. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetz zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Kollegen, die umhergelaufen sind, haben sich schnell hingesetzt. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann hat das Haus einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 8: Einzige (abschließende) Beratung:

# Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Berufsakademiegesetzes

- Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 14/3630 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/3735

Dieser Gesetzentwurf wurde in der 112. Sitzung am 28. August 2002 an den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Domröse, dem ich das Wort erteile.

## **Dr. Domröse** (SPD), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Drucksache 3735 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Diese Empfehlung ist sowohl im federführenden Ausschuss als auch im mitberatenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergangen.

Ich gebe den Bericht im Übrigen zu Protokoll und bitte Sie namens des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, entsprechend der Empfehlung der Drucksache 3735 zu beschließen.

#### (Zu Protokoll:)

Hauptziel des Gesetzentwurfs ist es, die Attraktivität der niedersächsischen Berufsakademien zu erhöhen, indem diesen die Möglichkeit eingeräumt wird, für mindestens dreijährige Ausbildungsgänge die Abschlussbezeichnung "Bachelor" mit einem die Fachrichtung bezeichnenden Zusatz zu verleihen. Dies soll mit der Einfügung eines neuen § 6 a in das Berufsakademiegesetz erreicht werden, der

die einzelnen Voraussetzungen für die Einführung der Bachelor-Ausbildungsgänge regelt.

Daneben enthält der Gesetzentwurf vor allem gesetzestechnische Anpassungen an das Niedersächsische Hochschulgesetz in der Fassung vom 24. Juni 2002.

Intensiv diskutiert worden ist in den Ausschüssen. ob die Regelung des § 6 a mit dem Hochschulrahmengesetz vereinbar ist. Nach dem Gesetzentwurf ist es den Berufsakademien erlaubt, die Abschlussbezeichnung "Bachelor" ohne Hinweis auf die ausstellende Stelle zu verleihen. Der GBD hatte dies als nicht mit den rahmenrechtlichen Bestimmungen des HRG vereinbar angesehen, da es das HRG abschließend nur den staatlichen und den nach § 70 HRG staatlich anerkannten Hochschulen gestatte, Hochschulgrade wie den "Bachelor" zu verleihen. Entgegen der in den Ausschussberatungen geäußerten Auffassung des MWK könne der Ausbildungsgang "Bachelor" auch nicht als nach § 70 HRG staatlich anerkannter Teilbereich einer privaten Einrichtung angesehen werden, da die staatliche Anerkennung von einzelnen Studiengängen eine nicht zulässige Weiterung des Rahmenrechts darstelle.

Sowohl die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion als auch die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion machten deutlich, dass die Verleihung des "Bachelor" durch die Berufsakademien der richtige Weg sei, um die Attraktivität der Berufsakademien zu erhöhen. Sie sprachen sich entgegen der vorgetragenen Bedenken für die Neuregelung aus. Insbesondere entscheidend war hierbei auch der Umstand, dass andere Bundesländer bereits entsprechende Regelungen getroffen haben.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im federführenden Ausschuss war aufgrund der rechtlichen Bedenken des GBD nicht bereit, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Lassen Sie mich der Vollständigkeit halber noch kurz auf eine inhaltliche Änderung des neuen § 6 a eingehen. Dort wurde in Absatz 2 Nr. 2 ergänzend aufgenommen, dass die Lehrkräfte an den Berufsakademien nunmehr neben dem geforderten Hochschulabschluss auch eine mindestens fünfjährige einschlägige Berufserfahrung besitzen müssen. Ohne diesen Zusatz würden die Anforderungen in Bachelor-Ausbildungsgängen in Ausnahmefällen unter den Anforderungen für andere Ausbildungs-

gänge an Berufsakademien liegen, was gerade nicht beabsichtigt ist.

§ 6 a Abs. 2 Nr. 3 wurde inhaltlich präzisiert, um deutlich zu machen, dass 60 % der Lehrenden die Qualifikation für das Professorenamt an einer Fachhochschule besitzen müssen. Von diesen 60 % sollen nach Buchstabe a mindestens ein Drittel, d. h. 20 % der Lehrenden insgesamt, hauptberuflich bei der Berufsakademie beschäftigt sein und nach Buchstabe b die als Differenz zu 60 % jeweils verbleibenden Personen, d. h. "die übrigen Personen", hauptberuflich an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule lehren.

§ 6 a Abs. 2 Satz 2 wurde gestrichen, da sich das nach der Prüfungsordnung notwendige Lehrangebot mit der fachlich erforderlichen Mindestausstattung deckt und die Regelung daher überflüssig ist.

Die Ergänzung in § 6 a Abs. 4 und die Streichung von § 6 a Abs. 5 stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Absatz 4 erklärt nunmehr auch § 7 Abs. 2 NHG für entsprechend anwendbar und macht dadurch deutlich, dass die Regelungen über das Leistungspunktsystem an staatlichen Hochschulen auch für Bachelor-Ausbildungsgänge an Berufsakademien gelten. Eine eigene Regelung im Berufsakademiegesetz, wie sie in Absatz 5 vorgesehen war, wird durch diese Bezugnahme entbehrlich.

Die Änderungen in Artikel 2 (Übergangsvorschriften) dienen der inhaltlichen Klarstellung.

## **Dr. Domröse** (SPD):

Frau Präsidentin, ich halte Sie damit einverstanden, dass ich gleich für die SPD-Fraktion reden darf. Ich will das, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so kurz wie irgend möglich tun, weil wir heute doch eine dramatische Verspätung haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der heutigen Änderung des Niedersächsischen Berufsakademiegesetzes geben wir diesen Einrichtungen eine neue Chance, sich in der Zukunft weiter zu entwickeln, und stabilisieren sie damit auch im Bildungsmarkt im tertiären Bereich.

Was ist neu? - Neu ist, dass die Berufsakademien zusätzliche oder neue Studiengänge anbieten können, die dann auch einen Bachelor-Abschluss für die Studierenden bereithalten können. Um endlich den alten Streit, den wir über Jahre miteinander geführt haben, ob wir denn den bestehenden Abschlüssen das Diplom geben oder nicht, zu beenden, ist nun klargestellt, wie die Qualitätskriterien zu setzen sind, damit ein solcher Abschluss erreicht werden kann, nämlich - das ist die Folge unseres neuen Hochschulgesetzes - genau so, wie wir das bei den Hochschulen auch machen.

Wir genehmigen nicht mehr Studiengänge durch die Ministerialbürokratie, sondern Studiengänge müssen von einer unabhängigen wissenschaftsnahen Einrichtung akkreditiert werden. Wenn diese Akkreditierung feststeht, wenn also ein Bachelor-Studiengang an einer Berufsakademie einem solchen an einer Fachhochschule gleichwertig ist, dann kann dort selbstverständlich auch dieses Baccalaureat verliehen werden.

Das, meine Damen und Herren, war der Kern des Streites. Wir konnten das Diplom für die bestehenden dualen Studiengänge nicht vergeben, weil wir natürlich die Qualität an den Ausbildungsstätten sichern und den Studierenden garantieren müssen, dass sie mit ihrem Abschluss auch etwas anfangen können.

Ich will noch einmal sagen: Es geht um neue Studiengänge und neue Abschlüsse. Natürlich können auch bestehende umgewandelt werden. Deswegen will ich nur noch eines zu den Übergangsbestimmungen sagen. Für diejenigen, die bereits eine solche duale Ausbildung an einer Berufsakademie gemacht haben, gilt, dass sie entweder dort einen Aufbaustudiengang absolvieren können - wenn ihn die Berufsakademie denn einrichtet -, der spezifisch darauf ausgelegt ist, sozusagen nachzuarbeiten, was noch für den Bachelor fehlt. In sicherlich seltenen Fällen wird es auch möglich sein, dass ein Studiengang auch im Nachhinein noch als Bachelor-würdig akkreditiert werden kann.

# (Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Dann können diese Absolventinnen und Absolventen auch im Nachhinein noch das Baccalaureat verliehen bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kürzer konnte ich es nicht machen. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Domröse. - Als Nächste hat sich Frau Kollegin Mundlos gemeldet. Bitte schön, Frau Mundlos!

## Frau Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will mich um Kürze bemühen, möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass es sich bei den Berufsakademien um einen sehr interessanten, aussichtsreichen Ausbildungsweg gerade für Abiturienten handelt, die nicht an einer Hochschule studieren wollen, vor allen Dingen weil es hier um einen besonderen Praxisbezug geht. Es ist eine Kombination von Theorie und Praxis. Man arbeitet und lernt an zwei Lernorten, im Betrieb und in der Akademie, und erhält so auch die Möglichkeit, Zusatzqualifikationen zu erwerben wie Kooperationsfähigkeit, aber auch eine besondere Belastbarkeit.

Das Studium ist gestrafft und führt auch dazu, dass die meisten, weit bevor sie die Berufsakademie verlassen, einen Anschluss in einem Betrieb haben und wissen, dass sie berufstätig sein können und werden. So wundert es uns nicht, wenn Ehemalige ein Loblied auf die Berufsakademien singen.

Diese Berufsakademien haben jahrelang um eine besondere staatliche, um eine verbesserte staatliche Anerkennung gerungen. Ich sage ausdrücklich "staatliche Anerkennung" und nicht "Würdigung". Denn die geleistete Arbeit wurde stets parteiübergreifend gewürdigt. Was fehlte, war eine hinreichend dokumentierte Anerkennung, sodass sich mit einem derartigen Abschluss berufliche Wege in ganz Deutschland öffnen konnten.

Weil wir so lange darauf warten mussten, sind einige Berufsakademien eigene Wege gegangen. So haben sie sich z. B. mit Fachhochschulen zusammengetan. Aber das hat dazu geführt, dass die Ausbildung um ein Jahr verlängert wurde, weil man dann noch den Fachhochschulabschluss, einen etablierten Grad, dazu erwerben wollte.

Fakt ist jedenfalls, dass wir, auch wenn es hier und da Bedenken geben mag, diesem Gesetz zustimmen werden, weil auch wir der Meinung sind, dass bei allen Bedenken hier doch wirklich eine Chance für die Berufsakademien eröffnet wird, sich im nationalen Wettbewerb weiter behaupten zu können.

Gern kann man fordern, dass nach fünf Jahren eine Evaluierung zu erfolgen hat, um dann zu sehen, wie weit sich das bewährt hat und ob sich die Hoffnungen, die damit verbunden waren, verwirklicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass solch eine Änderung von einem breiten Konsens getragen wird. Ich kann deshalb mit dem Satz schließen: Mögen die Berufsakademien diese Chance erfolgreich nutzen! Viel Glück!

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Golibrzuch.

## Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Mundlos hat bereits die Bedenken, die es ja auch im Ausschuss gab, übrigens ganz massiv beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, angesprochen. Für die Meinungsbildung in unserer Fraktion sind diese Bedenken maßgeblich. Ich will sie kurz in drei Punkten vorstellen.

Punkt 1 ist die Qualität der Einrichtung. Die Qualität des Lehrangebots in niedersächsischen Berufsakademien lässt es heute schlicht unmöglich erscheinen, gegenwärtige Bildungsangebote in einer Weise evaluieren oder akkreditieren zu lassen, dass ein Bachelor-Abschluss möglich ist. Das ist eingestandenermaßen so. Deswegen muss hier etwas völlig Neues entwickelt werden. Wir haben allerdings die Erwartung, dass die größte Zahl von Berufsakademien dazu aufgrund des Lehrpersonals nicht in der Lage ist. Es sind in den meisten Fällen bessere Berufsfachschulen, an denen mit Nebentätigkeitsgenehmigungen nur Berufsschullehrer, im Einzelfall Professoren und meistens freie Kräfte und Honorarbeauftragte tätig sind. Das ist nicht die Qualität für einen Bildungsabschluss, den wir uns in Niedersachsen vorstellen.

Ich glaube auch, dass es in den meisten dieser Einrichtungen eine falsche Erwartung an die Wirksamkeit dieses Gesetzes gibt. Herr Domröse hat es angesprochen: Eine Nachgraduierung ist wirklich nur im Einzelfall möglich, und zwar nach den gleichen Bedingungen, die auch heute gelten, nämlich durch ein zweisemestriges Aufbaustudium an einer Fachhochschule. In Hameln hat man das ganz anders interpretiert. Dort hat man, jedenfalls

ausweislich der Presseveröffentlichung, die Erwartung, es könne eine flächendeckende Nachgraduierung unter ehemaligen Absolventen erfolgen.

Punkt 2 ist die Anerkennung des Abschlusses in anderen Bundesländern. Es ist leider so, dass ein Absolvent eines solchen Bachelor-Studiums, wenn es denn irgendwo in Niedersachsen akkreditiert werden sollte, nicht sicher sein kann, dass dieser Bachelor-Abschluss auch anerkannt wird, wenn er sich an einer anderen Hochschule in einem anderen Bundesland bewirbt. Dafür gibt es keine Gewähr. Insofern haben wir auch wenig Zutrauen in die Reichweite dieses Gesetzentwurfes.

Punkt 3 - damit will ich abschließen - sind die sehr grundsätzlichen Einwände des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, dass durch diese Verankerung von Hochschulgraden für eine private Einrichtung, nämlich für diese Akademien, letztlich die Verleihung von Hochschulgraden an Einrichtungen delegiert wird, die sich aber nicht im gleichen Umfang wie staatliche Hochschulen unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaftsfreiheit und der daraus folgenden organisationsrechtlichen Mäntel bewegen.

In der Summe sind das für uns sehr gewichtige Einwände. Im Übrigen hat der GBD nur noch den Straf- und Sanktionskatalog für Ordnungswidrigkeiten vorgelesen, damit auch den Volksvertreterinnen und -vertretern deutlich vor Augen geführt wird, was sie hier beschließen. Es gibt ja in mehreren Punkten auch Verstöße gegen das Hochschulrahmengesetz, und wir sagen: Es ist nicht überzeugend, dass Baden-Württemberg das genauso macht. Es bleibt in der Summe falsch. Es bleibt in der Summe rechtswidrig. Deswegen werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Domröse hat noch einmal um das Wort gebeten.

#### **Dr. Domröse** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss das leider tun, weil Herr Golibrzuch hier im Raum hat stehen lassen, das Parlament würde hier heute etwas Gesetzwidriges oder Rahmengesetzwidriges verabschieden und damit möglicherweise den Studierenden einen Bärendienst erweisen. Er hat dargestellt, dass sie mit ihren Abschlüssen in

anderen Bundesländern nichts anfangen können. Diese beiden Punkte hängen natürlich irgendwo ursächlich zusammen. Ich will das in der gebotenen Kürze auf den Punkt bringen.

Es mag sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir mit diesem Berufsakademiegesetz, wie wir es heute verabschieden werden, das Hochschulrahmengesetz des Bundes fortschrittlich auslegen. Es mag sogar sein, dass wir an der einen oder anderen Stelle bei genauer Interpretation der Buchstaben dieses Hochschulrahmengesetzes dagegen verstoßen. Wir verstoßen aber nicht gegen den Geist des Hochschulrahmengesetzes.

Meine Damen und Herren, wir waren uns noch nie zu schade, in Niedersachsen so fortschrittlich wie möglich auch über Hochschulpolitik zu denken und zu entscheiden. Wenn wir hier wieder einmal Vorreiter in Deutschland sind, wie schon so häufig, dann wollen wir das auch gern sein. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass die Berufsakademien einen ausgezeichneten Abschluss anbieten. Diejenigen, die diesen Abschluss dort erwerben, haben zwar keinen Rechtsanspruch darauf, dass der Abschluss in anderen Bundesländern anerkannt wird - das haben sie heute auch nicht -, aber es wird sich sehr schnell durchsetzen, weil sich Qualität einfach durchsetzt.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Mundlos, Sie haben auch noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön!

## Frau Mundlos (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es ist für mich etwas ungewöhnlich, in der Sache Seite an Seite mit Dr. Domröse zu stehen,

(Groth [SPD]: Das tut Ihnen aber gut! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Gewinn!)

aber das kann ja auch einmal vorkommen. Herr Golibrzuch, ich glaube in der Tat, dass es Qualitätsunterschiede zwischen den Berufsakademien gibt. Das muss man sicherlich realisieren, und das war in der Vergangenheit ein gewisses Problem. Der Weg, der jetzt beschritten wird, ist aber auch schon in anderen Bundesländern erfolgreich beschritten worden. Es hat auch einen neuen Elan im Wettbewerb untereinander gegeben. Für mich war

das beeindruckend. Sie werden es sicherlich auch nachgelesen haben und werden es wissen.

Die Anhörung hat ja ergeben, dass die Betroffenen um diese Schwierigkeiten durchaus selber wissen, aber dieses Gesetz insgesamt auch als einen gewissen Ansporn sehen, um zu Verbesserungen zu kommen und um Chancen zu nutzen, um im Wettbewerb national einfach besser werden und den Absolventen bessere Chancen eröffnen zu können. Ich glaube, das sollten wir zugestehen, und wir sollten später gucken, wie weit das erfolgreich war.

(Beifall bei der CDU - Dr. Domröse [SPD]: Und jetzt singen wir: "Wenn wir schreiten Seit' an Seit"!)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Meine Damen und Herren, mir liegen weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache nicht vor. Darum beende ich die Aussprache, und wir kommen zur Einzelberatung.

Ich rufe Artikel 1 auf. Wenn Sie der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Keine Stimmenthaltung. Ich stelle fest: Die erste Abstimmung war die Mehrheit.

Ich rufe Artikel 2 auf. Wenn Sie auch hier der Änderungsempfehlung des Ausschusses Ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich ebenfalls um Ihr Handzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Ich stelle auch hier fest, dass die erste Abstimmung die Mehrheit war.

Ich rufe auf Artikel 3. – Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich zu erheben, wenn Sie in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung geben wollen. - Wenn Sie dagegen stimmen möchten, bitte ich Sie, sich jetzt zu erheben. - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass diesem Gesetzentwurf mit Mehrheit die Zustimmung gegeben worden ist.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Niedersachsen über die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin - Hannover - Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 14/3431 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3754

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 14/3431 wurde am 31. Mai 2002 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatterin ist Frau Kollegin Stief-Kreihe. Dazu erteile ich ihr das Wort.

## Stief-Kreihe (SPD), Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen schlägt Ihnen in der Drucksache 14/3754 vor, dem Gesetzentwurf und damit auch dem Staatsvertrag zuzustimmen. Diese Empfehlung war im federführenden Ausschuss wie auch in den vier mitberatenden Ausschüssen unstreitig. Deshalb gebe ich, auch in Anbetracht der Zeit, den Rest des Berichtes zu Protokoll.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

#### (Zu Protokoll):

Der vorliegende Entwurf eines Zustimmungsgesetzes ist Teil eines größeren Pakets von vier Gesetzesvorhaben, mit denen Bedenken der Europäischen Union gegen das deutsche Bank- und Sparkassenrecht ausgeräumt werden sollen. Den beiden Staatsverträgen, die die NORD/LB und die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg betreffen, haben Sie bereits in der letzten Plenarsitzung zugestimmt. Das vierte Vorhaben wird die Änderung des Niedersächsischen Sparkassengesetzes sein, die zurzeit noch in den Ausschüssen beraten wird

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft sieht bekanntlich seit längerem in der Gewährträgerhaftung öffentlicher Stellen für Banken und Sparkassen eine unzulässige Beihilfegewährung. Die Gespräche zwischen der Kommission und deutschen Vertretern haben zu einer Verständigung geführt, die aus kompetenzrechtlichen Gründen von den Bundesländern umzusetzen ist.

Kernstück der gesetzlichen Änderungen ist die vollständige Abschaffung der Gewährträgerhaftung mit einer Übergangsfrist bis zum 18. Juli 2005 und damit zugleich der vollständige Wegfall der Anstaltslast. Die öffentlichen Träger werden damit nicht mehr für die Verbindlichkeiten ihrer Banken und Sparkassen eintreten müssen und auch sonst für deren Finanzausstattung keine rechtliche Verantwortung mehr haben.

Ein Vertreter des Finanzministeriums teilte während der Ausschussberatungen mit, dass die EG-Kommission nachträglich Bedenken gegen § 6 Abs. 5 des Ihnen vorliegenden Staatsvertrages so wie gegen Seite 10 der Begründung in der Drucksache 3431 geäußert habe. Auch zu diesen Bedenken zeichne sich inzwischen eine Lösung ab.

Der Ausschuss schlägt Ihnen zu Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes noch eine Ergänzung vor, mit der das Gesetz über die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse aufgehoben wird. Nach dieser Rechtsbereinigung werden alle Vorschriften für diese Bausparkasse in dem Ihnen vorliegenden Staatsvertrag zusammengefasst sein.

Namens des Ausschusses für Haushalt und Finanzen bitte ich Sie, der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung und damit auch dem Staatsvertrag zuzustimmen.

#### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Kollegin Stief-Kreihe. - Meine Damen und Herren, im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, dass dieses Gesetz ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. Ich höre keinen Widerspruch. Darum kommen wir gleich zur Einzelberatung.

Artikel 1. - Unverändert.

Zu Artikel 2 gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wenn Sie dieser Änderungsempfehlung zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Gesetzesüberschrift. – Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wenn Sie in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf Ihre

Zustimmung geben wollen, bitte ich Sie, aufzustehen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist auch nicht der Fall. Damit haben Sie dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung gegeben, meine Damen und Herren.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen - Teil I - Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 14/3380 - Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen - Teil II - Unterrichtung durch die Landesregierung – Drs. 14/3380 - Beschlussempfehlung des Aus-

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in der 106. Sitzung am 15. Mai 2002 an den Ausschuss für innere Verwaltung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Frau Kollegin Tinius ist die Berichterstatterin. Ich erteile ihr das Wort. Bitte schön, Frau Tinius!

schusses für innere Verwaltung - Drs. 14/3783

#### **Tinius** (SPD), Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der federführende Innenausschuss schlägt Ihnen in der Drucksache 14/3783 vor, dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit einigen Änderungen zuzustimmen. Diese Empfehlung wird von den Ausschussmitgliedern der SPD-Fraktion getragen. Die übrigen Ausschussmitglieder haben dagegen gestimmt. Diesem Ergebnis entsprachen auch die Abstimmungen in den mitberatenden Ausschüssen. Wegen der Einzelheiten der Ausschussberatungen und der Stellungnahme zur geplanten Verordnung darf ich auf den bereits vorliegenden schriftlichen Bericht verweisen.

Namens des Innenausschusses bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung.

Den restlichen Inhalt des mündlichen Berichts gebe ich zu Protokoll.

(Beifall bei der SPD)

#### (Zu Protokoll:)

Der Gesetzentwurf hat zwei Regelungsschwerpunkte. Der erste besteht darin, dass die Städte Wolfsburg und Salzgitter zu Oberzentren bestimmt werden und dass ein oberzentraler Verbund der Städte Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter gebildet wird. Nähere Bestimmungen zu diesem oberzentralen Verbund enthalten zwei zusätzliche Sätze, die der Innenausschuss auf einen Änderungsantrag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion einzufügen empfiehlt.

Der zweite Regelungsschwerpunkt des Gesetzentwurfs besteht darin, den Trägern der Regionalplanung die Ausweisung von Vorranggebieten für Tierhaltungsanlagen zu ermöglichen. Während die Vertreterin der Landesregierung darauf hinwies, dass diese Änderung auf dem Wunsch von besonders durch Tierhaltungsanlagen betroffenen Kommunen beruhe, bewerteten die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion die Änderung als Einschränkung der kommunalen Planungshoheit und befürchteten nachteilige Folgen derartiger Gebietsfestlegungen sowohl für die Marktstruktur bei den Tierhaltungsbetrieben als auch bezüglich der Konzentration der Umweltauswirkungen auf kleinere Gebiete.

Auf einen Antrag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion empfiehlt der Innenausschuss zusätzlich, auch die Festlegung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz vorzusehen. Nach Auffassung der Ausschussmehrheit hat das jüngste Hochwasser an der Elbe gezeigt, dass dieses zusätzliche planungsrechtliche Instrument notwendig ist. Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion hielten insoweit eine Festlegung von Überschwemmungsgebieten durch Verordnung, wie sie bisher schon nach Wasserrecht möglich ist, für wirksamer. Die Vertreterinnen der Landesregierung verwiesen demgegenüber auf den erheblichen Aufwand für derartige Festsetzungsverfahren und erläuterten die planungsrechtliche Bedeutung der Vorranggebiete. Das Ausschussmitglied der Grünen setzte sich dafür ein, planungsrechtliche Vorgaben für den Hochwasserschutz auf Landesebene festzulegen.

#### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Wir kommen zur Beratung. Frau Kollegin Tinius, ich erteile Ihnen das Wort.

#### Frau Tinius (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms in seiner Gesamtheit schafft die Voraussetzung für eine zukunftsweisende Landesentwicklung. Mit der Gesetzesnovellierung werden auch Regelungen geschaffen, die bei Nutzungskonflikten und Standortkonkurrenzen greifen, um frühzeitig und sachgerecht einen Ausgleich zwischen den verschiedenen privaten und öffentlichen Interessen herzustellen. An dieser Stelle geht mein Dank an die Abteilung in der Staatskanzlei, die sich unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände mit viel Engagement und Verhandlungsgeschick für die Konfliktentzerrung zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen im Vorfeld der Gesetzesberatung eingesetzt hat. Ergebnis dieser Bemühung ist, dass das Landes-Raumordnungsprogramm kein am grünen Tisch entstandenes Gesetz ist. Vielmehr ist es ein aus einem umfangreichen Abstimmungsprozess entstandener Konsens.

Meine Damen und Herren, bei den intensiven Beratungen im Innenausschuss nahmen die Ausweisung der Städte Salzgitter und Wolfsburg als Oberzentren und der mit der Stadt Braunschweig zu bildende oberzentrale Verbund breiten Raum ein. Ich begrüße es für meine Fraktion ausdrücklich, dass in der Region Übereinstimmung darüber erzielt werden konnte, den oberzentralen Verbund mit den drei Städten zu bilden.

#### (Zuruf von McAllister [CDU])

Der im Rahmen der Anhörung von den Städten und dem Großraumverband vorgetragene Vorschlag zur Gesetzesergänzung wurde von uns aufgegriffen und als Änderungsantrag in das Beratungsverfahren eingebracht. Damit wird gesetzlich festgeschrieben, dass landes- und regionalplanerische Entscheidungen, die den oberzentralen Verbund betreffen, von den unterschiedlichen Entwicklungspotenzialen der Städte auszugehen und den gegebenen Bestand oberzentraler Einrichtungen zu sichern und zu entwickeln haben. Die regionalen Ziele für den oberzentralen Verbund sowie die regionalen Prüf- und Abstimmungserfordernisse sind im Rahmen der Regionalplanung festzulegen.

Ich habe bewusst die Änderung im Gesetzestext zitiert. Dadurch wird noch einmal deutlich, dass Verantwortung in die Region gegeben wird. Unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der gesamten Region Braunschweig liegt in dem oberzentralen Verbund der drei Städte auch die Chance, die große Wirtschafts- und Innovationskraft dieser Region weiterzuentwickeln.

(Zuruf von McAllister [CDU])

Kirchturmdenken, meine Damen und Herren von der Opposition, ist schädlich für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Region.

(McAllister [CDU]: Ach du meine Güte!)

Die verheerenden Überschwemmungen an der Elbe in diesem Jahr zeigten, dass es notwendig ist, Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in das Landes-Raumordnungsprogramm aufzunehmen, um auch planerisch die Möglichkeiten zum vorbeugenden Hochwasserschutz zu verbessern. Auch dazu haben wir als SPD-Fraktion einen Änderungsantrag in das Beratungsverfahren eingebracht. Damit ist die gesetzliche Ermächtigung zur Anwendung eines neuen Planungsinstruments zum Hochwasserschutz gegeben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Mir ist es unverständlich, dass die CDU-Fraktion angesichts der Überschwemmungskatastrophe ein solches Planungsinstrument nicht für erforderlich hält.

(Zustimmung von Frau Wörmer-Zimmermann [SPD])

Das Gegenteil ist der Fall. Die planerische und rechtliche Ausfüllung muss durch die Fortschreibung der Verordnung in der kommenden Legislaturperiode schnellstmöglich unter Beteiligung der örtlichen Ebene erfolgen.

Aber auch die Grünen haben in dieser Diskussion eine seltsame Rolle gespielt. Nachdem sie die Gelegenheit verpasst hatten, sich selbst aktiv um die Verbesserung des Hochwasserschutzes im laufenden Verfahren zu bemühen, haben sie mit einem Entschließungsantrag versucht, den Eindruck zu erwecken,

(Hagenah [GRÜNE]): Unerhört!)

dass sich die konkrete Festlegung der entsprechenden Vorranggebiete jetzt handstreichartig durchführen ließe. Die planerische und rechtliche Ausfüllung dieses neu geschaffenen raumplanerischen Instruments muss aber im Wege des geregelten Verfahrens in der bewährten Form der vielseitigen Interessenabstimmung erfolgen. Wir sind uns doch wohl alle einig, dass das Ziel ein Hochwassermanagement für alle potenziell betroffenen Teile des gesamten Flusseinzugsbereichs sein muss.

Meine Damen und Herren, auch die Aufnahme von Vorranggebieten für Tierhaltungsanlagen ist zu begrüßen. Sie bedeuten in keiner Weise eine Einschränkung der Planungshoheit, wie das immer wieder von der CDU-Fraktion behauptet wird. Ob das Instrument der Festlegung von Vorrang- und Eignungsgebieten zum Einsatz kommt, liegt in der Entscheidung des jeweiligen Trägers der Regionalplanung. Damit wurde eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen.

Die Überprüfung des Landes-Raumordnungsprogramms im Bereich Rohstoffgewinnung hat im Ergebnis zu einer erheblichen Reduzierung bei der Festlegung der Vorranggebiete geführt. Diese Tatsache haben offenbar insbesondere die Grünen vergessen. Im Ergebnis wird ein großer Teil der bisherigen Vorranggebiete für Rohstoffgewinnung verkleinert. Wären Sie in der Regierungsverantwortung, meine Damen und Herren von den Grünen, dann würden Sie diese Reduzierung als großen Erfolg Ihrer politischen Tätigkeit feiern. Nun sind Sie aber in der Opposition und müssen mir abnehmen, dass ich Ihnen Ihre Kritik am Landes-Raumordnungsprogramm nicht abnehmen kann.

(Zustimmung von Frau Wörmer-Zimmermann [SPD])

Wir können im Interesse der niedersächsischen Wirtschaft nicht vollständig auf Vorranggebiete für Rohstoffgewinnung verzichten.

Zu den Fragen des großflächigen Einzelhandels möchte ich auf die langjährige Diskussion über den Bau von Einkaufszentren auf der grünen Wiese und über Factory Outlet verweisen. Würde man dem raumplanerisch nachgeben, würde das zulasten der Innenstädte als Einkaufs-, Kultur- und Erlebnismittelpunkte der städtischen und ländlichen Bevölkerung gehen. Darum macht es Sinn, durch eine Verordnung lenkend einzugreifen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, es reicht nicht aus, immer nur Negativentwicklungen zu beklagen, wenn sie längst eingetreten sind. Prävention ist das Zauberwort.

(McAllister [CDU]: Das ist ja eine tolle Aussage!)

Wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist und die Städte leer stehen, dann kommen Sie und behaupten, die SPD-geführte Landesregierung würde den ländlichen Raum generell und den Mittelstand insbesondere vernachlässigen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt ja auch!)

Dass Sie mit Ihrer Blockadepolitik ein frühzeitiges Gegensteuern verhindert haben, verschweigen Sie regelmäßig.

(McAllister [CDU]: Machen Sie ein gutes Gesetz!)

- Herr McAllister, Sie haben im Mai an dieser Stelle eine haarsträubende Rede gehalten, in der Sie behauptet haben, dass die landesplanerischen Regelungen zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der kommunalen Planungshoheit führen und eine Schwächung des ländlichen Raumes befürchten lassen.

(McAllister [CDU]: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Aber ich bin mir sicher, dass Sie, Herr McAllister, eifrig wie Sie sind, zwischenzeitlich die Gelegenheit genutzt haben, sich während der Beratung im Innenausschuss davon zu überzeugen, dass das Gegenteil richtig ist.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, es kann doch nicht ernsthaft in Ihrem Interesse liegen, dass vor allem älteren Menschen die Möglichkeit genommen wird, die Einkäufe des täglichen Bedarfs zu Fuß zu erledigen. Es ist doch deshalb nur vernünftig, dass das Landes-Raumordnungsprogramm vorsieht, dass vor der Ansiedlung derartiger großflächiger Angebote geprüft werden muss, dass keine negativen Auswirkungen auf die Nachbargemeinden ausgehen. Es handelt sich also de facto um eine Öffnung der Standortfestlegung für großflächigen Einzelhandel als Einzelfallentscheidung.

Der raumordnerische Begriff "Einzelhandelsgroßprojekt" ist aber identisch mit dem der Baunutzungsverordnung, also mit dem Bundesrecht. Deshalb ist es sinnvoll, in der Landesraumordnung auch die Kriterien der Baunutzungsverordnung hinsichtlich des Merkmals "Großflächigkeit" aufzugreifen. Eine solche inhaltliche Übereinstimmung mit dem Bundesrecht wird im Übrigen in

allen anderen Bundesländern praktiziert. Hier kann man also nicht von einer Einschränkung der Planungshoheit sprechen, da großflächige Vorhaben weiterhin zulässig sind. Eine noch weitergehendere Öffnung der Zulässigkeit von großflächigem Einzelhandel mit innenstadtrelevantem Sortiment stünde jedoch im Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung und verbietet sich aus diesem Grund.

(Jahn [CDU]: Wer will das denn?)

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass Ihnen die Bedeutung der Raumordnung für den ländlichen Raum sehr wohl bewusst ist.

(Frau Vockert [CDU]: Vielleicht gerade deswegen!)

Oder warum wollen Sie, wie man im Entwurf Ihres Wahlprogramms nachlesen kann, die Abteilung "Raumordnung" in ein Ministerium für den ländlichen Raum holen?

(McAllister [CDU]: So ist es!)

Also, meine Damen und Herren von der CDU: Tun Sie etwas für den ländlichen Raum! Geben Sie dem Landes-Raumordungsprogramm Ihre Zustimmung! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Goede:

Jetzt hat Herr Kollege McAllister das Wort. Bitte schön!

(Behr [CDU]: Attacke! Jetzt kommt der General!)

## **McAllister** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Tinius, vorab: Sie haben so Recht. Dieser Gesetzentwurf bedeutet in der Tat eine unzumutbare Beeinträchtigung der kommunalen Planungshoheit und eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes, die wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat dieser Gesetzentwurf eine Vorgeschichte. Der Ministerpräsident ist im Jahre 2001 durch das Land gezogen mit dem ursprünglichen Entwurf, der bei den kommunalen Spitzenverbänden und im ganzen Land auf ganz massiven Protest gestoßen ist. Er hat dann den geordneten ungeordneten Rückzug angetreten. Das Allerschlimmste konnten die Kommunen verhindern. Aber nichtsdestotrotz ist auch der vorliegende Gesetzentwurf für uns nicht zustimmungsfähig.

## (Beifall bei der CDU)

Im Übrigen weise ich darauf hin, Herr Ministerpräsident, dass Sie damals, im Jahre 2001, Ihre wahren Absichten hinsichtlich des ländlichen Raumes offenbart haben.

Unsere Kritik an dem heute zu beschließenden Gesetzentwurf wird von den kommunalen Spitzenverbänden und den anderen Fachverbänden geteilt; das hat die Anhörung im Innenausschuss deutlich gemacht.

(Frau Tinius [SPD]: Da waren wir aber auf zwei verschiedenen Veranstaltungen!)

Ich will grundsätzlich für die Union sagen: Raumordnung muss sich auf überörtliche Notwendigkeiten beschränken.

#### (Beifall bei der CDU)

Das Instrument der Bauleitplanung ist besser als die Landesraumordung geeignet, über Nutzungsansprüche vor Ort zu entscheiden. Wir wollen keine weiteren Einschränkungen der kommunalen Bauleitplanung durch die Raumordnung.

# (Beifall bei der CDU)

Das ist der Unterschied zwischen der rechten Seite des Hauses und Ihnen, meine Damen und Herren. Wir setzen auf die innovative Kraft der Kommunen. Wir setzen auf die Freiheit der kommunalen Mandatsträger. Sie wollen zentralistisch von Hannover und über die Bezirksregierungen in die Kommunen eingreifen. Das ist der kardinale Unterschied unserer politischen Vorstellungen.

## (Beifall bei der CDU)

Zu Einzelfragen: Wir als Union begrüßen, dass die Städte Wolfsburg und Salzgitter von Mittelzentren zu Oberzentren aufgestuft werden.

#### (Beifall bei der CDU)

Das haben wir gemeinsam in der Region und auch hier im Landtag deutlich gemacht. Allerdings gibt es schon Fragen zu der Art und Weise, wie das zustande gekommen ist. Das ursprüngliche Verfahren insbesondere gegenüber der Stadt Braunschweig war nicht in Ordnung. Es bedurfte hier vieler klärender Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister und dem Ministerpräsidenten.

Aber es gibt eine ganze Reihe von offenen Fragen, die geklärt werden müssen. Sie schaffen heute ein kommunalrechtliches Novum, den so genannten oberzentralen Verbund. Den gibt es bisher in Deutschland nicht. Es handelt sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Ich schließe mich insoweit der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände an, die gesagt haben, dass dieser Begriff im Ergebnis mehr Verwirrung als Klarheit schafft und für viele offene Fragen in der praktischen Umsetzung sorgen wird.

#### (Beifall bei der CDU)

Es musste ja auch erst eine Initiative der CDU-Fraktion im Großraumverband Braunschweig zusammen mit den Sozialdemokraten geben, damit Sie bereit waren, den Bestand oberzentraler Einrichtungen in der Region zu sichern, was insbesondere für die Stadt Braunschweig wichtig war.

Wir wissen nicht, welche Auswirkungen dieser oberzentrale Verbund auf die benachbarten Landkreise haben wird: auf Helmstedt, auf Peine, auf Gifhorn und auf Wolfenbüttel. Aber eines ist für uns als CDU klar: Dieser oberzentrale Verbund darf keinen Modellcharakter für weitere Regionen im Lande Niedersachsen haben.

#### (Beifall bei der CDU)

Unsere Ablehnungsgründe sind im Wesentlichen die Regelungen zum großflächigen Einzelhandel sowie zu den Vorranggebieten und Eignungsgebieten für Tierhaltungsanlagen. Der Niedersächsische Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund haben es zu Recht kritisiert: Die vorgesehenen Regelungen stellen einen tiefen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar. Wir halten die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände für richtig. Der mit diesem Gesetzentwurf verfolgte Grundsatz der Zentrenverträglichkeit muss aus Sicht des ländlichen Raumes wesentlich flexibler gestaltet werden. Ebenso müssen endlich Lockerungen im Sinne von Einzelfallregelungen vor Ort ermöglicht werden. Es ist bedauerlich, dass Sie dazu nicht in der Lage waren.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die Fragen der Landwirtschaft. Die vorgesehenen Regelungen von Vorrang- oder Eignungsgebieten für Tierhaltungsanlagen sind für die Lenkung der Massentierhaltungsanlagen in Niedersachsen nicht erforderlich. Hierauf hat insbesondere die Landwirtschaftskammer Weser-Ems zutreffend hingewiesen. Die Landwirtschaft hat, wie in vielen anderen Fragen auch, uns an ihrer Seite.

#### (Beifall bei der CDU)

Die Kommunen haben ausreichend zur Konfliktlösung vor Ort die Möglichkeiten der Bauleitplanung und der regionalen Raumordnung in den Landkreisen. Zudem hätten wir abwarten können, ob mit der angekündigten Reform des § 35 des Baugesetzbuches auf Bundesebene eine Regelung für Massentierhaltungsanlagen geschaffen wird.

Schließlich ist die im Verordnungsentwurf enthaltene Regelung zu Standortentscheidungen von öffentlichen Einrichtungen unzureichend. Wir wollen endlich, dass die eklatante Benachteiligung des ländlichen Raumes aufhört. Ministerpräsident Gabriel hatte den kommunalen Spitzenverbänden im letzten Jahr eine Regelung zugesagt, wonach bei Standortentscheidungen über Behörden der ländliche und strukturschwache Raum vorrangig zu berücksichtigen ist. Wir stellen fest: Die nun getroffene Regelung sieht lediglich vor, dass bei künftigen Standortentscheidungen dem regionalen Ausgleich zugunsten der ländlichen Räume Rechnung getragen werden soll. Diese Formulierung deckt sich halt nicht mit der ursprünglichen Forderung, und sie ist gerade keine klare Vorrangentscheidung für Standorte im ländlichen Raum. Das müssen wir an dieser Stelle noch einmal deutlich machen. Aber viel entscheidender ist, Herr Ministerpräsident: Handeln Sie endlich in dieser Frage zugunsten des ländlichen Raumes! - Unsere Erfahrungen, die Erfahrungen der Kommunen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Landesregierung überhaupt nicht gewillt ist, Behörden, Gerichte und landeseigene Betriebe im ländlichen Raum einzurichten. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, während wir heute dieses Gesetz vermutlich beschließen werden, dass Sie gleichzeitig bei der zweiten Stufe des automatisierten Mahnverfahrens eine weitere Zentralisierung des Verfahrens zulasten des ländlichen Raumes vornehmen. So viel zum Thema Anspruch und Wirklichkeit Ihrer Politik für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich eine Deregulierung der Landesplanung und eine Erweiterung der kommunalen Spielräume vorzunehmen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben Sie diese Chance leider verpasst. Es handelt sich vielmehr um einen weiteren Schritt zur Überregulierung und Bürokratisierung in der Landespolitik. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Ministerpräsident Gabriel um das Wort gebeten.

# Gabriel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich staune manchmal darüber, mit wie wenig Wissen über Raumordnung man darüber so viel erzählen kann.

(Möllring [CDU]: Das finden wir auch, wenn wir Ihnen zuhören! - Weitere Zurufe)

- Was halten Sie denn davon, wenn Sie sich einmal zu dem Thema zu Wort melden würden? - Ich möchte einmal auf ein paar Argumente des geschätzten Kollegen McAllister eingehen.

(Zuruf von Möllring [CDU])

- Herr Möllring, wir wissen doch alle, dass Sie große Probleme zu Hause haben. Lösen Sie die, und rufen Sie hier nicht ständig dazwischen!

(Zurufe von der CDU)

- Wie nervös müssen Sie als Opposition eigentlich sein, wenn Sie sich nicht einmal eine Rede anhören können? Ich höre doch Herrn McAllister auch ganz ruhig zu. Versuchen Sie doch, das normale Verhalten, nämlich zuhören, zu leben. Vorhin haben Sie über Bildung geredet: Das gehört auch dazu.

Also, Herr McAllister, nehmen Sie bitte erstens zur Kenntnis: Alle Formulierungen im Landes-Raumordnungsprogramm sind in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen worden.

(Möllring [CDU]: Und warum kritisieren die das?)

- Es gibt keine Kritik daran,

(Zurufe von der CDU)

sondern - Herr Endlein war als Präsident des Landkreistages anwesend; der wird Ihnen das bestätigen können - alle Punkte dieses Teils des Landes-Raumordnungsprogramms sind einvernehmlich verabschiedet worden.

Bereits im September des letzten Jahres ist beschlossen worden, dass wir die hoch komplizierte Frage, wie wir im Zentrale-Orte-Konzept mit den Bedingungen und Wünschen der Grundzentren, der Mittelzentren und der Oberzentren umgehen, abtrennen, weil wir ausreichend Zeit brauchen, das neu zu ordnen, da sich das Land nun einmal verändert hat.

Das heißt, akzeptieren Sie doch bitte - ich kann verstehen, dass Ihnen das Leid tut, weil da einige zugestimmt haben, von denen Sie es nicht erwartet haben -: im April 2002 einvernehmlicher Abschluss der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden.

(Jahn [CDU]: Die Anhörung hat etwas ganz anderes ergeben!)

- Ich kann Ihnen gern das Protokoll zuschicken; da steht das alles drin.

(McAllister [CDU]: Das sollten Sie mal lesen! Sie lesen doch keine Protokolle!)

- Ach, Herr McAllister! Ich wiederhole: Ich habe Ihnen ganz in Ruhe zugehört.

Zweiter Punkt. Sie sind ebenfalls schlecht informiert über die Situation im oberzentralen Verbund in Braunschweig. Ich habe übrigens nicht mit Herrn Hoffmann gesprochen. Von daher können Sie hier nicht behaupten, es habe mehrere Klärungsgespräche geben müssen. Ich habe mit dem Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig nicht darüber reden müssen, weil es in Braunschweig, aber auch in Wolfsburg und in Salzgitter weit über die Grenzen einzelner Parteien hinweg die Überzeugung gibt, dass man zusammenarbeiten muss.

Gestern waren über 20 Unternehmer, die Chefs der wichtigsten Industrieunternehmen der Region, im Gästehaus der Landesregierung und haben mit mir über die Frage geredet, wie wir in der Region zwischen Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter eine gemeinsame Initiative zur wirtschaftlichen

Entwicklung der Region - und zwar nicht isoliert auf einzelne Städte, sondern in allen drei Städten gemeinsam - starten können. Die Wirtschaft, Herr McAllister, ist deutlich weiter als Ihre Debattenbeiträge.

(Beifall bei der SPD)

Die wissen, wir brauchen die Synergieeffekte in der Region. Es ist Unsinn, ständig den Kirchturm als einzigen Blickwinkel zu haben,

(Eppers [CDU]: Das bezweifelt doch auch niemand!)

sondern es geht darum, dass alle drei Städte und die Region zusammenarbeiten. Wir bekommen das nicht hin, wenn wir nicht in der Lage sind, uns dort planerisch aufeinander abzustimmen. Es ist doch Unsinn, zu glauben, dass das dazu führen würde, dass bisherige Einrichtungen im Oberzentrum Braunschweig abgezogen würden. Dafür bräuchten wir nicht einmal eine Klarstellung; denn das ist schon rechtlich und tatsächlich nicht machbar.

Sie versuchen, mit einem Thema, das - dies gebe ich zu - für den Außenstehenden gelegentlich ein bisschen technokratisch wirkt, Angst zu erzeugen. Ich wiederhole: In Braunschweig sind Wirtschaft und Gewerkschaften deutlich weiter als die CDU im Niedersächsischen Landtag, aber das überrascht möglicherweise auch niemanden.

(Wendhausen [SPD]: Mich wundert das auch nicht!)

Nächster Punkt. Ich erinnere mich gut an die Redebeiträge zur Hochwasserkatastrophe an der Elbe. Ich erinnere mich gut daran, dass alle Fraktionen dieses Landtages gesagt haben, wir müssen dort, wo die Gemeinden in Überschwemmungsgebieten bauen wollen, deren planerische Hoheit einschränken, damit wir nicht jedes Mal die Menschen gefährden. Denn wir wissen, dass die Gemeinden eher bereit sind, den Baubedürfnissen zu folgen, als auf die Sicherheit im Fall von Hochwasser Rücksicht zu nehmen. Das war die Konzeption.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie hier machen, Herr McAllister, ist die Rolle rückwärts.

(McAllister [CDU]: Ich habe doch zu dem Thema gar nichts gesagt!)

Das alles kennen Sie nicht mehr, sondern Sie reden davon, dass die Freiheit eingeschränkt wird.

(McAllister [CDU]: Natürlich! - Möllring [CDU]: Da hat er auch Recht!)

Meine Damen und Herren, ja, es gibt keine unbegrenzte Freiheit, sondern die Freiheit endet immer bei der Freiheit des Nachbarn. Dazu muss man nicht einmal Rosa Luxemburg zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr McAllister, man wird sich wohl darum kümmern müssen, dass Menschen gefährdet werden, dass Eigentum gefährdet wird, wenn für den Hochwasserschutz notwendige Retentionsflächen überbaut werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Damit gefährden wir die Menschen an der Elbe. Herr McAllister, Sie wohnen doch selber in einer solchen Region.

(McAllister [CDU]: Ich habe doch gar nichts dazu gesagt!)

Wie können Sie hier eigentlich den Zugriff auf solche Planungsfragen diskreditieren? Mit welchem Verantwortungsbewusstsein gehen Sie da eigentlich ran?

(Beifall bei der SPD - McAllister [CDU]: Ich habe nichts dazu gesagt! Nehmen Sie mal Ihr Ohropax raus!)

- Das tut alles weh, ich weiß.

(Möllring [CDU]: Nein, Sie sagen schlicht die Unwahrheit!)

Nächster Punkt. Wir wollen, dass die Menschen in den ländlichen Regionen, die sagen, es muss eine Abwägung geben zwischen den Interessen der Massentierhaltung, der intensiven Landwirtschaft und den Interessen der Menschen, die in den Dörfern, Gemeinden und Städten leben, die Möglichkeit haben, diesen Abwägungsprozess auch herbeizuführen. Deshalb brauchen wir im Landes-Raumordnungsprogramm für solche Fälle auch Hilfen für die Bauleitplanung.

Um was geht es denn bei der Bauleitplanung? - Denjenigen, die noch vor ein paar Jahren Wildwuchs befürchtet haben - z. B. beim Thema Windenergieanlagen -, haben wir schon mit den alten Verordnungsentwürfen zum Landes-Raumordnungsprogramm geholfen, dass sie das in bestimmten Bereichen konzentrieren können und sie

nicht überall querbeet aufgestellt werden. Da, wo sich die Gemeinden dem verweigert haben, haben wir heute die Proteste der Bürger gegen die Nutzung von Windenergie.

Um nichts anderes geht es auch bei anderen Nutzungskonflikten. Es gibt Nutzungskonflikte zwischen Massentierhaltung und dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger, zwischen Hochwasserschutz und den Bebauungsplänen für die Retentionsflächen.

Und es gibt auch Nutzungskonflikte im Handel. Aber da würde ich vorschlagen, dass Sie sich einmal mit den Einzelhandelsverbänden Niedersachsens unterhalten und die mal fragen, warum sie uns z. B. mit Preisen dafür auszeichnen, dass wir, anders als beispielsweise die Bayern, Factory Outlet Center nicht zulassen, dass wir nicht zulassen, dass der Mittelstand in den Innenstädten zerstört wird. Fragen Sie die mal! Da müssen wir die gemeindliche Planungshoheit begrenzen. Sonst zerstören wir den Handel in den Innenstädten. Deshalb brauchen wir ein solches Gesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie hier machen, ist wirklich ein abenteuerlicher Umgang mit der Debatte um die Landesraumordnung. Gott sei Dank sind die kommunalen Spitzenverbände in dieser Frage relativ einheitlich.

(Zuruf von der CDU: Relativ!)

- Na ja, ich habe nicht die Hoffnung, dass Sie 100 und ein paar Tage vor der Landtagswahl ernsthaft debattieren wollen.

(Möllring [CDU]: 102!)

Aber ich sage Ihnen zum Thema Benachteiligung der ländlichen Räume einmal Folgendes - das ist ja eine Debatte, die Sie hier immer herbeiführen -: Im Zeitraum von 1998 bis 2001 hat die Landesregierung über die Bezirksregierungen 7,1 Milliarden Euro an Fördermitteln bewilligt. Allein in den Regierungsbezirk Weser-Ems sind pro Jahr rund 500 Millionen Euro geflossen.

Zum Vergleich, meine Damen und Herren - weil die Union ja immer behauptet, mit der Expo sei alles nach Hannover gegangen; Stadt und Land werden von der Union gegeneinander ausgespielt -: Wir haben in den zehn Jahren zur Weltausstellung insgesamt 454 Millionen Euro Landesmittel für die Entwicklung der Expo ausgegeben. Das ist etwa

der gleiche Betrag, den wir pro Jahr an Fördermitteln in nur eine einzige Region des Landes Niedersachsen geben. Es ist also völliger Unsinn zu behaupten, die Stadt Hannover und die städtischen Bereiche würden ständig bevorzugt.

Von den 7,1 Milliarden Euro sind 5,5 Milliarden Euro, also rund vier Fünftel, in die Fläche und mit 1,5 Milliarden Euro nur ein Fünftel in die acht niedersächsischen Oberzentren gegangen.

Meine Damen und Herren, diese Zahlenreihe ließe sich beliebig fortsetzen. Ich will Sie damit nicht überstrapazieren. Nur eines ist klar: Was wir bei der Union erleben, ist der Versuch, unser Land zu spalten:

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

in Städte und ländliche Regionen. Dabei ist doch iedem klar, dass die Städte das Umland und das Umland die Städte braucht. Wir brauchen auch starke Oberzentren und Leuchttürme wie Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Osnabrück. Das ist so wie in allen anderen Ländern. Wer an Bayern denkt, denkt ganz schnell an München, wer an Nordrhein-Westfalen denkt, denkt schnell an Köln und Düsseldorf. Diese Städte sind imageprägend auch für die Wirtschaftskraft eines ganzen Landes. Wenn Sie permanent über die Landeshauptstadt Hannover herziehen, wenn Sie permanent vorwerfen, wir würden das Geld nur in die Oberzentren geben, dann ist das erstens falsch und schadet es zweitens der Gesamtentwicklung des Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann die Menschen nicht gegeneinander in Stellung bringen - auch nicht im Wahlkampf - nach dem Motto: die in den ländlichen Regionen und die in den Städten. Das tun Sie seit Monaten und Jahren hier in Niedersachsen. Seit Ende der Weltausstellung ist das Ihre Politik hier in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Gott sei Dank hat das Landes-Raumordnungsprogramm, hat aber auch die Förderpolitik des Landes dazu geführt, dass die Entwicklung zugunsten der ländlichen Regionen vorangegangen ist.

(Biestmann [CDU]: Aber nicht in den letzten Jahren!)

- Dann lesen Sie doch einmal, was das Pestel-Institut dazu sagt, was das Institut für Bauforschung und Raumordnung dazu sagt. Das Gegenteil ist richtig.

(Biestmann [CDU]: Die Daten und Fakten sind eindeutig!)

Wissen Sie, was ich nicht verstehe? - Sie kommen aus einer wirklich schönen und prosperierenden Region. Warum reden Sie eigentlich Ihre eigene Region schlecht? Das ist eine ganz starke Entwicklung, gerade im Bereich Emsland, Cloppenburg, Vechta, aber auch - das wissen Sie doch -, weil wir Werfthilfen in Papenburg gezahlt haben, weil wir und nicht Sie die A 31 mit der Bundesregierung durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Schünemann [CDU]: Das ist ja der Hammer! Das ist ja wohl der Gipfel!)

Sie haben viele Jahre den Staatssekretär im Verkehrsministerium, Herrn Carstens, gestellt. Dieser CDU-Staatssekretär hat nichts, aber auch gar nichts zur Durchsetzung der A 31 auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich nenne auch die A 39. Das gleiche Thema gibt es in Salzgitter und Braunschweig. Da war zu Ihrer Zeit keine Bewegung. Diejenigen, denen Sie sonst vorwerfen, sie würden nichts für den Straßenbau tun, nämlich SPD und Grüne, sind diejenigen, die das in Berlin durchgesetzt haben. Sie haben in 16 Jahren nichts für die Verkehrsentwicklung zustande gekriegt.

(Eppers [CDU]: A 395, Goslar! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

#### Vizepräsidentin Goede:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Stratmann?

Gabriel, Ministerpräsident:

Sehr gerne sogar.

#### Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön, Herr Stratmann!

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

## **Dr. Stratmann** (CDU):

Herr Ministerpräsident, können Sie sich daran erinnern, dass die SPD/Grüne-Regierung sogar alle Bundesverkehrsstraßen herausgenommen hat, dass sie darauf stolz war und es in der Wahlbroschüre noch als Erfolg verkauft hat?

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Wissen Sie, woran ich mich erinnern kann? - Dass in den letzten vier Jahren gebaut und angefangen wurde: A 39, A 26, A 31, Bundesstraßen, Ortsumgehungen.

(McAllister [CDU]: Sie haben doch den Baustopp zu verantworten!)

Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Wissmann 80 Milliarden DM Unterfinanzierung im Bundesverkehrswegeplan hinterlassen hat. Daran kann ich mich erinnern.

(Beifall bei der SPD - McAllister [CDU]: So ein Unsinn!)

Ich halte nichts davon, so zu tun, als gäbe es keine Nutzungskonflikte.

(Zurufe von der CDU)

- Sie sind ja unglaublich nervös. Ich kann das ja verstehen.

(Eppers [CDU]: Nein, leidenschaftlich! - Gegenruf von Wendhausen [SPD]: Leidenschaftlich nervös! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin - Biestmann [CDU]: Die Präsidentin kann Ihnen nicht helfen; das müssen Sie alleine machen!)

- Nein, die Präsidentin klingelt deshalb - falls man das Klingelzeichen überhaupt versteht -, weil ansonsten der Eindruck entsteht, wir könnten uns gegenseitig nicht ausreden lassen. Das ist das Problem.

(Eppers [CDU]: Es darf doch ein bisschen lebendig sein!)

Ich sage Ihnen: Ich höre Ihnen immer gerne zu, wenn Sie über das Land reden. Ich verstehe aber nicht, dass Sie Menschen nicht für das loben, was sie tun. Wenn Menschen in den ländlichen Regionen mit ihrer eigenen Kraft, mit ihren eigenen Möglichkeiten, aber auch mit der Unterstützung des Landes ihre Region gut voranbringen, wenn Arbeitsplätze entstehen, wenn die Bevölkerung zunimmt und nicht abnimmt, wenn wir Verkehrswege dort entwickeln, wenn wir Forschung und Entwicklung dorthin bringen, dann reden Sie hier doch nicht diese Erfolge schlecht! Damit können Sie doch auch keine Wahlen gewinnen. Das geht doch nicht!

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Herr Ministerpräsident, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Herr Kollege Wojahn möchte Ihnen auch eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Sehr gerne.

#### Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön, Herr Wojahn!

#### Wojahn (CDU):

Herr Ministerpräsident, wissen Sie eigentlich nicht, dass sich Ministerpräsident Schröder und Herr Trittin in der rot-grünen Regierung nach 1990 damit gebrüstet haben, keine Verkehrsvorhaben in Niedersachsen anzumelden, und damit den Nordosten Niedersachsens 20 Jahre zurückgeschmissen haben, weil sie die A 39 und A 14 nicht wollten, dass dann sogar der Regierungspräsident Imgart von Ihrer Partei, der öffentlich dagegen angegangen ist, gehen musste? Wissen Sie das nicht? Haben Sie vergessen, dass Sie den Nordosten Niedersachsens betrogen haben?

(Beifall bei der CDU)

#### Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Wojahn, alle von Ihnen aufgezählten - - -

(Zurufe von der CDU)

- Ich will ja nur auf ihn antworten. Wollen Sie die Antwort hören?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

- Ich habe nicht Sie, sondern Herrn Wojahn gefragt.

Herr Wojahn, es ist ganz einfach: Sie wissen ganz genau, dass in den letzten 16 Jahren Ihrer Regierung - - -

(Widerspruch bei der CDU)

- Dann sage ich es den anderen: Sie haben den Norden Deutschlands in allen zentralen Verkehrsfragen vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es gut, welche Kraft Sie dem damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Wolfgang Jüttner unterstellen.

(Rolfes [CDU]: Man kann doch mal darauf hinweisen!)

Aber glauben Sie nicht auch, dass dann, wenn es in diesen 16 Jahren Ihrer Regierungszeit ein Interesse gegeben hätte, in Norddeutschland Autobahnen und Bundesstraßen zu bauen, Sie das auch getan hätten, meine Damen und Herren? - Niemand hat das damals getan.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Goede:

Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Möllring möchte Ihnen auch noch eine Frage stellen.

(Widerspruch bei der SPD - Buß [SPD]: Erst Hildesheim, Herr Ministerpräsident! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich möchte Sie erst darauf hinweisen, dass wir unsere Redezeit eigentlich genau einhalten wollen. Aber Sie fragen den Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren, und dann gehen wir auch davon aus, dass er antwortet. Jetzt frage ich den Herrn Ministerpräsidenten, ob er noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Möllring zulässt.

## Gabriel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, die Achtung vor dem Parlament gebietet es mir, sie natürlich zuzulassen.

## Vizepräsidentin Goede:

Er lässt die Frage also zu. Dann bitte ich Sie, Herr Kollege Möllring, Ihre Frage an den Herrn Ministerpräsidenten zu richten. Dann bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten, zum Schluss zu kommen. Bitte schön!

## Möllring (CDU):

Es ist ja relativ einfach, das zuzulassen, wenn die Redezeit schon abgelaufen ist.

(Zurufe von der SPD: Fragen! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

Herr Ministerpräsident, ist Ihnen die im Vergleich zu den Broschüren, die die Landesregierung heute herausgibt, relativ klein geratene Broschüre von 1994 entfallen, in der sich die rot-grüne Regierung dafür lobt, dass sie alle Projekte vom Bundesverkehrswegeplan abgemeldet hat und neue nicht angemeldet hat und dass es deshalb keinen weiteren Straßenbau in Niedersachsen gibt?

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

## Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Möllring, ich wiederhole: Wir können nur dann Straßen anmelden, wenn die, die bereits angemeldet und genehmigt sind, auch von der Regierung finanziert werden. Das haben Sie nicht getan. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur feststellen: Seit dem Regierungswechsel gab es die A 26, die A 31, die A 39, Bundesstraßen, Verkehrswege im Schienenbereich. Das ist die Veränderung für Norddeutschland, seit Sie in Berlin nicht mehr regieren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Erstens. Die Landesregierung hat ein Gesetz entworfen und hier zur Abstimmung gestellt, bei dem wir natürlich die Nutzungskonflikte erkennen müssen und mit dem wir Handhabungen für die kommunale Bauleitplanung geben müssen, damit die Nutzungskonflikte gelöst werden können: Tierschutz, Handel, Verkehrsfragen, Gesteinsabbau.

Zweitens. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden bei allen angesprochenen Themen Einigkeit erzielt. Wir haben bis auf das Komma die Formulierungen übernommen, die die kommunalen Spitzenverbände vorgeschlagen haben.

Drittens. Die Punkte, die nicht geklärt sind, müssen in das Landes-Raumordnungsprogramm im zweiten Teil. Da geht es um die Frage des Zentrale-Orte-Konzeptes.

Viertens. Wir haben eine ausgesprochen starke Förderung der ländlichen Regionen vorgenommen. Vier Fünftel der Fördermittel sind in die ländlichen Regionen geflossen. Nur ein Fünftel ist in die Zentren geflossen.

Fünftens. Es macht keinen Sinn, in Niedersachsen Städte, Oberzentren und ländliche Räume gegeneinander auszuspielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Kollege Hagenah das Wort. Bitte schön!

# Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das Landes-Raumordnungsprogramm wenigstens ansatzweise den Dingen entsprechen würde, die der Ministerpräsident gerade in seiner Rede aufgezählt hat, dann würden ja selbst wir diesem Raumordnungsprogramm zustimmen, Herr Gabriel.

## (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber: In Ihrem Raumordnungsprogramm bleiben Sie leider die Antworten auf all diese Anforderungen weitestgehend schuldig. Obwohl Sie im Januar dieses Jahres bei der Tagung in Loccum noch selbst die Nachhaltigkeit als Ziel und wesentlichen Inhalt des neuen Raumordnungsprogramms herausgehoben hatten, ist jetzt in den Regionen des Landes über dieses Raumordnungsprogramm im Wesentlichen nur eine nachhaltige Verärgerung festzustellen. Die Einigkeit, die Sie vermeintlich hinter sich fühlen, scheint nur in den Verbandsspitzen oder im Elfenbeinturm der Landesregierung vorhanden zu sein. Wir aber vermögen diese Einigkeit im Lande nicht wahrzunehmen.

Dies zeigt sich z. B. bei dem neu erfundenen Instrument des oberzentraler Verbundes Braunschweig/Salzgitter/Wolfsburg. Was zunächst noch als Einstieg in den überfälligen Regionalisierungsprozess im Zweckverband Großraum Braunschweig erscheinen mochte, erwies sich im Laufe der Beratungen als Rohrkrepierer mit fatalen Fol-

gen eben für diese Perspektive. Die Aufteilung der notwendigen Kooperation im Zweckverband Braunschweig in die Ebene der reinen Landkreise und der neuen Avantgarde der drei Oberzentren spaltet den Zweckverband, anstatt ihn voranzubringen, und schadet damit der Regionalisierung in diesem Bereich.

Mit dem Instrument der Vorranggebiete für Tierhaltungsanlagen setzt die SPD ihre Symbolpolitik fort. Nach dem Motto "Kost' nix, wirkt nix, aber sieht gut aus" wollen Sie die Bevölkerung beruhigen. Das Gutachten der Staatskanzlei zu dieser Frage stellt fest, dass Vorrang- und Eignungsgebiete für Tierhaltungsanlagen in den Intensivtierhaltungsgebieten überhaupt nicht geeignet sind, um den Wildwuchs der Stallbauten einzudämmen. Das Gutachten hält fest, es gebe einen Regelungsbedarf jenseits der Regionalplanung etwa durch Obergrenzen für die Tierhaltung in Form regionaler Quoten oder die Änderung des § 35 Bundesbaugesetz. Das soll jetzt angegangen werden dank Rot-Grün auf Bundesebene.

Minister Oppermann stellt sich in Wahlkampfzeiten dennoch pressewirksam vor das Arno Schmidt Museum und sagt dem in seiner Nachbarschaft geplanten Massentierstall den Kampf an. Das wäre ja in Ordnung, gäbe es nicht hunderte von Ställen, die nicht vor Kulturstätten, sondern vor den Haustüren normaler Bürger errichtet werden. Dort aber versagt die SPD.

## (Beifall bei der SPD)

Eine weitere niedersächsische Krankheit: Im Landes-Raumordnungsprogramm werden Bodenabbauflächen in einem Umfang festgelegt, als wäre die Bodenabbauindustrie der wichtigste Industriesektor in unserem Land, als wären Beton und Gips der Rohstoff, aus dem VW seine Autos herstellt, die dann mit Torf als Brennstoff angetrieben werden.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde den Eindruck nicht los, dass die Festlegung der Bodenabbaugebiete stark von politischen Kriterien beeinflusst wird, ganz nach den Wünschen der Abbaulobby. Nur dort, wo es massive Bürgerproteste gibt - ich erinnere nur an die 11 000 Unterschriften zum Dachtelfeld -, werden die Wünsche der Abbaufirmen im Landes-Raumordnungsprogramm nicht in vollem Umfang berücksichtigt. Im Ausschuss hatten Sie zunächst auch uns noch Sand in die Augen gestreut und so getan,

als würde den vorliegenden Petitionen entsprochen. Wir Grünen beantragen heute auf Grund genauer Prüfung, die Petitionen zu Hartgestein und Kies aus dem Weserbergland an die Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen; denn Sie sind in Ihrem Raumordnungsprogramm mitnichten darauf eingegangen.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung ist auch beim Gipsabbau handlungsunfähig, eine Marionette an den Strippen der Gipsunternehmen, obwohl in unserem Land jährlich mehr als 2 Millionen Tonnen REA-Gips aus den Filteranlagen der Kraftwerke nutzlos deponiert werden müssen.

(Dr. Schultze [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- 2 Millionen Tonnen! Das stimmt! Natürlich! In den neuen Bundesländern werden diese Mengen satt deponiert, hier aber wird Naturgips abgebaut.

Die Festlegungen zwischen Gipsabbau und Naturschutz haben im Raumordnungsprogramm bisher folgerichtig auch nie Bestand gehabt, sondern sie wurden zulasten des Naturschutzes nachträglich immer korrigiert. Der aktuellen Petition der Naturschutzverbände sollte deshalb entsprochen werden, und die Ausweitung des Gipsabbaus in Niedersachsen ist zu stoppen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso reichen die wenigen Arbeitsplätze, die in Niedersachsen in der Torf- und der Erdindustrie noch vorhanden sind, nicht als Argument dafür aus, auch noch die letzten Moorflächen abzubauen und den Torf nach Holland zu verschicken. Der Torfabbau läuft in Niedersachsen aus. Das ist Tatsache. Ersatzstoffe stehen auch hier aus den vielen neuen Kompostwerken mehr als genug bereit. Wir schlagen vor, in Weser-Ems ein Moorschutzgebietsystem einzurichten und diejenigen Arbeitsplätze, die beim Torfabbau verloren gehen, in den Bereichen Tourismus und Naturschutz wieder aufzubauen.

Herr Ministerpräsident, Hochwasserschutz, wie Sie ihn im Landes-Raumordnungsprogramm anlegen, wird falsch aufgezogen, wenn Sie die Kompetenz allein auf die Landkreisebene legen. Sie wissen, dass regionale Raumordnungskonzepte dort leider nur sehr lasch und in vielen Bereichen gar nicht umgesetzt werden. Der von uns eingebrachte Vor-

schlag, diese Aufgabe je nach Flussgröße zwischen Land und regionaler Kompetenz aufzuteilen, ist viel zielführender und besser für den Hochwasserschutz in unserem Land. Die butterweiche Lösung, die Sie hier vorgeschlagen haben, wird nichts bewirken. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Hagenah, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Koch?

## Hagenah (GRÜNE):

Meine Redezeit ist um. Aber bitte!

#### Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön!

## Koch (CDU):

Herr Hagenah, Sie haben eben Ausführungen zum Gipsabbau in Scharzfeld und Herzberg gemacht. Haben Sie auch einmal Kontakt mit den parteiübergreifend arbeitenden Bürgerinitiativen gehabt? Haben Sie sich von denen einmal darüber informieren lassen, wie viele Arbeitsplätze durch Ihre Totalforderung verloren gehen?

# Hagenah (GRÜNE):

Meine Redezeit ist ohnehin zu Ende. Deshalb sehe ich das gelassen. Wir waren aber vor Ort, und ich habe mir die Abbaugebiete selbst angesehen. Ich habe sowohl mit den Initiativen als auch mit Menschen, die dort arbeiten, gesprochen. Ich kann Ihnen sagen, dass es einen sehr vernünftigen Ausgleich geben kann. Gerade die in Walkenried in Angriff genommenen Flächen wären fatal für den Tourismus in diesem Bereich, und die Arbeitsplätze, die dort bedroht sind, spielen in dieser Region eine viel größere Rolle als diejenigen Arbeitsplätze, die durch das künstliche Aufrechterhalten des unnötigen Abbaus von Naturgips gesichert werden sollen. - Danke schön.

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, der Kollege McAllister hat noch einmal ums Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort für bis zu fünf Minuten. Bitte schön!

## **McAllister** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Ministerpräsident, Sie haben erstens behauptet, Sie hätten meiner Rede zugehört. Daran habe ich aber meine Zweifel. Zweifel habe ich aber erst recht angesichts Ihrer zweiten Behauptung, die kommunalen Spitzenverbände hätten diesen Gesetzentwurf mit Ihnen abgestimmt und würden ihn 1:1 begrüßen. Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, Sie haben ein Problem. Wer den ganzen Tag als munterer Dampfplauderer durch Niedersachsen reist, wer den ganzen Tag damit beschäftigt ist, wie er am nächsten Sonntag mit Foto wieder in die Bild am Sonntag kommt, der hat verdammt wenig Zeit, seine schöne Nase in die Akten zu stecken.

(Beifall bei der CDU)

Ich wünsche mir, Sie würden manchmal etwas mehr lesen. Deshalb habe ich die Protokolle über die Anhörung im Innenausschuss einmal mitgebracht.

(Zurufe von der SPD)

- Ich finde, der Ministerpräsident hat in einem Punkt Recht: Wenn man hier vorne spricht, sollten die übrigen Kolleginnen und Kollegen schweigen und zuhören. Das gilt auch für Sie, Herr Schurreit.

(Zurufe)

Ich habe die Protokolle über die Anhörung im Innenausschuss mitgebracht, Herr Ministerpräsident. Ich möchte zwei Sätze aus ihnen vorlesen, die Ihrem Eindruck meiner Meinung nach ein wenig widersprechen. Erstens sagte der Städtetag:

"Die Raumordnung ist in der Regel nicht in der Lage, so komplexe Zusammenwirkungen der Nutzungsansprüche vor Ort so gut nachzuvollziehen, wie es die Bauleitplanung kann. Es darf daher keine weiteren Einschränkungen der Bauleitplanung durch die Raumordnung geben."

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, es wäre darüber hinaus gut gewesen, wenn Sie auch eine aktuelle Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes gelesen hätten. Ich darf zitieren: "Die geplante Regelung stellte einen tief greifenden Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar. Eine Vielzahl von neuen unbestimmten Rechtsbegriffen lädt gerade zu Rechtsstreitigkeiten zwischen der Bauleitplanung und der Raumordnung und Landesplanung ein. Damit wird die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden, die ohnehin durch das Baugesetzbuch stark eingeengt ist, weiter eingeschränkt."

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieser beiden Sätze zu behaupten, Ihr Meisterwerk würde von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt werden, ist durchaus als mutig zu bezeichnen.

(Klare [CDU]: Eine Lüge ist das!)

Es geht um Folgendes - Sie haben die Politik für oder gegen den ländlichen Raum angesprochen -: Wir stehen für starke Städte und Großstädte in Niedersachsen. Wir stehen aber auch für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie hingegen haben mit Ihrer Landesregierung ein gestörtes Verhältnis zum ländlichen Raum. Ich möchte das auch deutlich machen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Ich beobachte das jetzt schon vier Jahre lang hier im Landtag. Sie wollen versuchen, die Kommunen durch die zentralistische Knebelung der Staatskanzlei zu gängeln.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, überrascht es Sie gar nicht, dass bei diesem entscheidenden Thema der zuständige Innenminister nicht da ist?

(Mühe [SPD]: Er ist entschuldigt! - Adam [SPD]: Sie wissen, warum der Innenminister nicht da ist! Das ist eine Frechheit! - Zurufe von der CDU)

#### Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege McAllister, ich weise darauf hin, dass der Innenminister entschuldigt ist. Er ist zu einer wichtigen Veranstaltung.

## **McAllister** (CDU):

Trotzdem ist er nicht da!

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

Sie haben in unserem Bundesland eine beispiellose Finanzmisere der Kommunen zu verantworten. In der Staatskanzlei sind Ihre Beamten im Begriff, die bewährte Landkreisstruktur durch Regionen zu ersetzen. Sie wollen vor allem auch an die kleinen Einheiten herangehen. Ich erinnere nur an die perfide Politik gegen die erfolgreiche Institution der Samtgemeinde, die Sie von Jahr zu Jahr betreiben.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Da können Ihnen auch noch so viele Hochglanzbroschüren der Landesregierung nicht weiterhelfen. Wer Bremerhaven und Cuxhaven mit "f" schreibt, hat in der Tat keine Ahnung vom ländlichen Raum.

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das war der "Masterplan McAllister"! - Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Jeder blamiert sich, so gut er kann! - Weitere Zurufe von der SPD: Helau!)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Endlein hat ums Wort gebeten. - Bitte sehr, Herr Endlein!

## Endlein (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis, dass ich mich nicht auf die Polemik meines Vorredners einlasse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

sondern versuche, etwas mehr auf den Sachverhalt einzugehen.

(Mühe [SPD]: Du bist auch Präsident des Landkreistages und nicht des Schülerrats!)

Wer dieser Diskussion gefolgt ist, der hat zwei Dinge erlebt: einerseits den Vorwurf der CDU, dass der Ministerpräsident im Rahmen dieses Gesetzes zu sehr auf Nachhaltigkeit geachtet habe, und andererseits den Vorwurf von Herrn Hagenah, er habe dies nicht genügend getan. Genau das macht deutlich, dass solche Gesetze oft nur im Kompromissverfahren mit allen Beteiligten geregelt werden können. Ich will das einmal sagen, weil ich in Doppelfunktion beteiligt war.

(Möllring [CDU]: In welcher sind Sie jetzt da?)

- Ich bin als Landtagsabgeordneter hier. Deswegen rede ich hier. Sonst wäre ich nicht in diesem Raum. Sie würden mir nicht das Gastrecht geben, hier zu reden. - Ich will sehr deutlich sagen, dass ich zumindest den Diskussionsprozess verfolgt habe. Es ist natürlich das Recht der Landesregierung, einen Gesetzentwurf einzubringen, damit man erst einmal weiß, worüber man überhaupt diskutieren kann. Nachdem dieser Gesetzentwurf vorlag, hat der Ministerpräsident auch die kommunalen Spitzenverbände eingeladen. Das war im Dezember letzten Jahres. Damals haben wir aufgrund der Kritik, die vorgetragen wurde, natürlich über die einzelnen Punkte geredet. Dann hat man das Protokoll darüber gefertigt, wo man sich einigt und wo man sich nicht einigt. Danach hat man gefragt: Wie ist das umsetzbar? Es hat ein zweites Gespräch gegeben, und man hat einen Kompromiss gefunden.

(Schünemann [CDU]: Nur in einem Punkt!)

Politik ist nun einmal eine Sache von Kompromissen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nun sage ich mit aller Vorsicht: Wenn man in der Diskussion um diesem Bereich von "zentraler Knebelung" spricht, Herr Kollege McAllister, so ist das meiner Meinung nach ein bisschen an der Sache vorbei.

(Beifall bei der SPD - Frau Seeler [SPD]: Ein bisschen?)

Und dann hat man auch noch versucht, in diesem Gesetz eine Kreisreform zu verpacken. Allerdings will ich auch deutlich sagen - da bin ich mir mit dem Ministerpräsidenten einig -, dass man, auch ohne eine Kreisreform durchführen zu wollen, punktuell, regional zusammenarbeiten muss. Wenn man eine weitere wirtschaftliche Entwicklung des

Landes haben will, dann ist dies notwendig und dann kann man das nicht gegeneinander ausspielen. Vielmehr muss man von dieser Seite aus dafür sorgen, dass nicht ein Konflikt zwischen Stadt und Land geschürt, wohl aber die Frage diskutiert wird: Wie können wir die Probleme gemeinsam lösen?

(Beifall bei der SPD)

Nachdem ich an dem gesamten Diskussionsprozess beteiligt worden bin, meine ich, dass eine Grundlage geschaffen worden ist, der zumindest ich reinen Herzens zustimmen kann, in dem Wissen, dass natürlich das Ende der Fahnenstange nicht erreicht ist und dass wir weiter über Entwicklungskonzepte reden müssen.

In diesem Sinne kann ich nur empfehlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Starker Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Darum schließe ich die allgemeine Aussprache.

(Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren. Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben, wenn Sie in der Schlussabstimmung zustimmen wollen. - Jetzt bitte ich, sich zu erheben, wenn Sie Nein sagen wollen. - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Sie in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung gegeben haben.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren! - Wir müssen noch über die Nummern 2 bis 5 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 abstimmen.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Keine Stimmenthaltungen. Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit.

Wer der Nr. 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 zustimmen will, die in die Beratung einbezogene Eingabe 4871 der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Keine Enthaltungen. Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit.

Zu Nr. 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 3808 ab. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 3808 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer möchte ablehnen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Sie haben dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zugestimmt.

Wer der Nr. 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 zustimmen will, zu den in die Beratung einbezogenen Eingaben 5683, 183 und 5156 die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Keine Enthaltungen. Sie haben mehrheitlich so beschlossen.

Schließlich frage ich, wer der Nr. 5 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 3783 zustimmen will, die in die Beratung einbezogenen Eingaben 2729, 3997 und 5386 für erledigt zu erklären. - Wer stimmt dagegen? - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Auch keine Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, somit haben wir auch Tagesordnungspunkt 10 abgearbeitet.

Vereinbarungsgemäß rufe ich nun zur gemeinsamen Beratung auf

Tagesordnungspunkt 11:

**Zweite Beratung:** 

Entwurf eines Gesetzes über das Biosphärenreservat "Niedersächsisches Elbetal" (NElbtBRG) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drs. 14/2540 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/3780

und

Tagesordnungspunkt 12:

**Zweite Beratung:** 

Entwicklungskonzept für die Elbtalaue - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/706 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/3784

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD in der Drucksache 2540 wurde in der 79. Sitzung am 13. Juni 2001 und der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 706 wurde in der 27. Sitzung am 6. Mai 1999 an den Ausschuss für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Zu Punkt 12 hat der federführende Ausschuss für Umweltfragen abweichend von unseren sonstigen Gepflogenheiten vorgeschlagen, im Hinblick auf sein Votum, den Antrag für erledigt zu erklären, auf eine Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse zu verzichten. Ich halte Sie mit diesem Verfahren einverstanden. Damit liegt Ihnen dieser Beratungsgegenstand zur abschließenden Beschlussfassung vor.

Berichterstatter zu Punkt 11 ist Herr Kollege Inselmann. Dazu erteile ich ihm das Wort. Herr Kollege Inselmann nimmt gleichzeitig die Redezeit für seine Fraktion in Anspruch. Bitte schön, Herr Inselmann!

## **Inselmann** (SPD), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der federführende Ausschuss für Umweltfragen bittet Sie, die Beschlussempfehlung in der Drucksache 14/3780 anzunehmen. Um der Zeit willen gebe ich den Ausschussbericht zu Protokoll. Ich denke, das findet Zustimmung.

#### (Zu Protokoll:)

In der Drucksache 14/3780 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Umweltfragen einstimmig, den Gesetzentwurf mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen und zugleich die aus der Beschlussempfehlung ersichtliche begleitende Entschließung anzunehmen. Dies entspricht dem Votum der mitberatenden Ausschüsse für innere Verwaltung und für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, der seine Mitberatung vor Fertigstellung der begleitenden Entschließung abschließen musste, hat die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen mehrheitlich empfohlen. Die ebenfalls mitberatenden Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben die Mitberatung ohne eigenes Votum abgeschlossen.

Seit 1997 ist die niedersächsische Elbtalaue Teil des von der UNESCO anerkannten länderübergreifenden Biosphärenreservats "Flusslandschaft Elbe". Der Grund hierfür ist, dass es sich um eine in Mitteleuropa einzigartige naturnahe Stromlandschaft handelt, die noch weitgehend vom natürlichen Hochwassergeschehen der Elbe beeinflusst wird. Auch der niedersächsische Teil dieser "Flusslandschaft Elbe" zeichnet sich in seinem Naturgeschehen durch eine Vielfalt stromtaltypischer Standorte, Lebensräume, Lebensgemeinschaften und Pflanzen- und Tierarten aus. Als Kulturlandschaft weist die Elbtalaue ein vielfältiges Nutzungsmosaik aus Siedlungen, Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Erholungswirtschaft und Binnenschifffahrt auf.

Dies alles soll nach dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, soweit niedersächsisches Gebiet betroffen ist, nun durch Landesgesetz geschützt werden, damit es in seinem natürlichen Gleichgewicht und in seiner Schönheit erhalten werden kann, und zwar in der durch die Rahmenrechtsvorschrift des § 25 Bundesnaturschutzgesetz vorgegebenen Weise. Gleichzeitig soll den Menschen in der Elbtalaue alle Unterstützung gegeben werden, damit der

Schutz der Elbtalaue sich nicht zu ihren Lasten, sondern im Gegenteil zu ihrem Nutzen auswirkt.

Der Gesetzentwurf ist schon weit im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens im Landtag unter Beteiligung aller in der Elbtalaue tätigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte diskutiert worden. Das hat schon in dieser Vorphase zu einer weitgehenden Annäherung der Auffassungen geführt, wie die verschiedenen Nutzungs- und Schutzinteressen miteinander koordiniert werden können. Diese Diskussion vor Ort ist auch während des Gesetzgebungsverfahrens fortgeführt worden. Dies alles hat letzten Endes auch Rückwirkungen auf die Beratungen im Landtag gehabt: Über die Zielsetzung des Gesetzes und über die erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieses Ziels hat es in den Ausschüssen in den Grundsätzen schließlich eine breite Übereinstimmung gegeben.

In den Details des Gesetzentwurfs ist – das können Sie der Beschlussempfehlung entnehmen – in den Ausschussberatungen von allen Beteiligten noch einiges an Konkretisierungen, Feinkorrekturen und auch rein redaktioneller Arbeit geleistet worden. Die Gründe für diese Änderungen können Sie im Einzelnen dem schriftlichen Bericht entnehmen. Ich möchte nur auf eine grundsätzliche Änderung eingehen, die sich auf das ganze Gesetz auswirkt.

Auf Anraten des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes haben die Ausschüsse durch eine Umstellung der Gesetzesgliederung und auch durch einen durchgängigen Terminologiewechsel Folgendes noch deutlicher herausgestellt:

Dieses Gesetz schützt in erster Linie ein wertvolles, in sich geschlossenes Landschaftsensemble in seiner Prägung durch hergebrachte vielfältige Nutzung und mit der darin historisch gewachsenen Arten- und Biotopvielfalt. Seine Erhaltung und sinnvolle Fortentwicklung ist der Schutzzweck, für den § 25 des Bundesnaturschutzgesetzes die Schutzkategorie "Biosphärenreservat" zur Verfügung stellt. Soweit das Gesetz – notwendigerweise und unverzichtbar - auch Maßnahmen der wirtschaftlichen, strukturellen und soziokulturellen Förderung vorsieht und der auf das Biosphärenreservat spezialisierten Forschung einen hohen Stellenwert einräumt, sind diese Maßnahmen ausschließlich Mittel zum Zweck. Sie sollen im Sinne des § 25 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes die Einschränkungen, die den Menschen in der betroffenen Region zur Umsetzung der Schutzzwecke auferlegt werden müssen, erträglich und akzeptabel machen.

Das heißt aber nicht, dass der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung diese begleitenden Maßnahmen nachrangig behandelt. Letzten Endes wird sich das im Gesetzentwurf nun vorgesehene Maßnahmenpaket sogar positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes auswirken und den dort lebenden Menschen damit nicht schaden, sondern im Gegenteil nützen.

Noch eines möchte ich hervorheben und damit zugleich auf die dem Gesetzentwurf beigefügte Entschließung eingehen:

Das Biosphärenreservat "Niedersächsische Elbtalaue" wird nur dann diese einzigartige Naturlandschaft wirksam erhalten und weiterentwickeln können und nur dann ein Erfolg für die in ihm lebenden Menschen sein, wenn der Geist der Kooperation, der das Gesetzgebungsverfahren bestimmt hat, auch im Vollzug des Gesetzes lebendig bleibt. Deshalb haben wir in den Ausschussberatungen gerade darauf besonders geachtet, dass kooperative Verfahren das Verhältnis zwischen den beteiligten Verwaltungsbehörden und den Menschen in der Region bestimmen. Es ist im Hinblick auf den Biosphärenreservatsbeirat dafür gesorgt worden, dass keine für das Leben im Biosphärenreservat wichtige Gruppe ausgeschlossen wurde. So ist z. B. wegen der berechtigten Nutzungsansprüche naturbezogener Sportarten im Verlaufe der Ausschussberatungen auch der Landessportbund in den Kreis der Entsendungsberechtigten einbezogen worden. Es ist im Gesetzentwurf schließlich ganz bewusst auf manchen administrativen Streitregelungsmechanismus verzichtet worden. Wir sind davon ausgegangen, dass es besser ist, den Beteiligten zunächst einen Vertrauensvorschuss zuzubilligen. Die Mitglieder des federführenden Ausschusses sind übereinstimmend der Auffassung gewesen, dass weitere, den Vollzug des Gesetzes reglementierende Vorschriften erst dann in Erwägung gezogen werden sollten, wenn offenbar würde, dass die Beteiligten nicht zu einem kooperativen Zusammenwirken finden.

Statt dessen schlagen Ihnen die Ausschüsse vor, durch die in der Beschlussempfehlung enthaltene Entschließung noch einmal – sowohl bei den Betroffenen als auch bei der Landesregierung – deutlich zu machen:

Erstens. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten, um das im Gesetz angelegte Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit umzusetzen. Dazu gehört nicht zuletzt der im Entschließungsentwurf ergänzend vorgeschlagene "Gesprächskreis Landwirtschaft".

Zweitens. Es wird die besondere Aufgabe der Landesregierung sein, durch die in der Entschließung genannten Fördermaßnahmen, durch sinnvolle verwaltungstechnische Vorkehrungen, durch angemessenen Hochwasserschutz und durch das sparsame und abgewogene Gebrauchmachen von Eingriffsinstrumenten, insbesondere des Vorkaufsrechts, die Bereitschaft der Menschen im Biosphärenreservat zur Mitarbeit zu stärken.

Ich möchte damit meinen Bericht schließen. Der Ausschuss für Umweltfragen bittet Sie, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 14/3780 zu folgen.

## **Inselmann** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetz zum Biosphärenreservat "Elbtalaue" gehen wir neue Wege in der Gesetzgebung. Dies ist in Niedersachsen nichts Neues. Wir haben das bei den Gesetzen zum Nationalpark Wattenmeer und zum Nationalpark Harz schon einmal getan. Wir haben das Verfahren aber optimiert. So aufwendig und intensiv - auch arbeitsintensiv - wie beim Gesetz zur Elbtalaue ist noch bei keinem anderen Gesetz - jedenfalls bei keinem, an das ich mich erinnern kann - vorgegangen worden. Wir haben nicht nur während des Gesetzgebungsverfahrens Dialogreisen unternommen, sondern wir haben schon im Vorwege gemeinsame Textbausteine mit der Region entwickelt und haben sie in den Gesetzentwurf einfließen lassen. Wir haben dann den Gesetzentwurf beraten und die Anhörung durchgeführt und sind dann noch einmal in die Region gegangen. Im Rahmen der Dialogreise der Regierungsfraktion haben wir Gespräche mit allen Samtgemeinden und Gemeinden sowie allen Nutzergruppen, die sich dort zu Wort gemeldet haben bzw. Eingaben eingereicht haben - wie Fischer, Jäger oder die Landwirtschaft -, aber auch mit den Naturschützern - wie NABU, BUND, Aktionsbündnis "Biosphärenreservat" usw. - geführt. Wir haben mit fast allen der Genannten schriftliche Vereinbarungen über Gesprächsinhalte getroffen. Wir haben Kompromisslinien entwickelt und sie schriftlich fixiert. Wir haben aber auch gemeinsam Entwicklungslinien für die Region erarbeitet.

Das Ergebnis ist, wie ich finde, überaus positiv. Es ist erreicht worden, die Region weitestgehend zu befrieden und für das Projekt zu gewinnen. Dafür hat sich die Arbeit gelohnt. Wir sind ein Stück weiter. In der Region gibt es eine große Akzeptanz.

Nun wird es darauf ankommen, zukünftig sicherzustellen, dass der Geist des Gesetzes, der auf Kooperation und Gemeinsamkeit angelegt ist, auch im aktuellen Verwaltungshandeln seinen Niederschlag findet. Das wird die Aufgabe für die Zukunft sein. Das Parlament hat sich ausdrücklich vorbehalten, ein Controllingverfahren einzuführen. Die Landesregierung wird jährlich über den Fortschritt des Verfahrens Bericht erstatten, sodass dann Veränderungen eingearbeitet werden können. Auf diese Weise hat das Parlament eine Rückkopplung, um entsprechend reagieren zu können. Ich meine, dass sich das, was dort in der Region erreicht worden ist, auch für die Region sehen lassen kann.

Wir haben - das ist aus Naturschutzgründen sicherlich der wichtigste Aspekt, den es hervorzuheben gilt - die wunderschöne und einzigartige Stromlandschaft der niedersächsischen Elbtalaue geschützt und gesichert. Das war unser Ziel, das jetzt durch das Gesetz zum Biosphärenreservat erreicht worden ist. Es gibt in Mitteleuropa keine andere so schöne Landschaft, die als naturnahe Überflutungslandschaft erhalten geblieben ist. Deswegen ist sie schützenswert - das haben alle anerkannt -, und deswegen haben wir das Gesetz so gestaltet. Dies ist unser aktiver Beitrag für das UNESCO-Biosphärenreservat "Flusslandschaft Elbe". Gleichzeitig geht es um die Festsetzung der FFH- und Vogelschutzgebiete. Damit sind auch die Forderungen der Europäischen Union für die Region umgesetzt.

Wir haben in dem Gesetzentwurf aber auch die Interessenlagen der beiden Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg abgesichert, indem wir für die Gebietsteile A und B, sprich für die Ortslagen und die Landschaftsschutzgebiete, festgelegt haben, dass dafür weiterhin die Landkreise und nicht das Land Niedersachsen zuständig sein werden. Das war eine wesentliche Forderung aus der Region. Wir haben sie erfüllt. Das findet die Zustimmung der Gemeinden und vor allem der Landkreise.

Ferner haben wir in dem neu eingefügten § 4 die regionalen Belange der Region angesprochen. Neben der naturschutzfachlichen Sicht hat die touristische und wirtschaftliche Entwicklung des Biosphärenreservats Berücksichtigung gefunden, und wir haben dort Entwicklungsleitlinien für die Zukunft festgeschrieben. Aufgrund dessen wird die traditionell strukturschwache Region wichtige Hilfen erwarten können. Wir als Land werden wichtige Impulse setzen können. Es geht nicht nur darum, Entwicklungslinien aufzuzeigen, sondern sie müssen auch umgesetzt werden. Dies ist durch den Regionalmanagementprozess der Bezirksregierung bereits in Gang gesetzt worden. Wir haben durch die Mittelbündelung für diese Region über das Regionalmanagement hinaus eine nachhaltige Förderung sichergestellt. Durch die Vereinbarungen mit den Kommunen haben wir interessante touristische und gemeindliche Entwicklungen in der Region gemeinsam mit den Landkreisen, auch was weitere EU-Förderprogramme angeht, gestaltbar und förderbar gemacht.

Wir haben mit der Schutzgebietsverwaltung in Hitzacker und dem Elbschlossbesucherzentrum in Bleckede bereits deutlich gezeigt, wo und wie wir als Land Schwerpunkte setzen wollen. Wir haben als Land Vorleistungen erbracht, um Vertrauen aufzubauen. Das war eine Forderung der Region, die wir erfüllt haben. Ich glaube, beide Einrichtungen machen deutlich - sie sind ausbaufähig -, was wir für diese Region zu leisten imstande sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist - die Region ist von der traditionellen Landwirtschaft geprägt -, dass wir erstmals auch die spezifischen Strukturprobleme der Landwirtschaft dort abbilden und berücksichtigen. Wir werden Förderprogramme entwickeln, die gezielt auf diese Situation ausgerichtet sind. Das ist gemeinsam mit dem Landwolk, mit der Landwirtschaftskammer und dem Landwirtschaftsministerium geschehen.

All diese Punkte machen deutlich, dass wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens erfolgreich für die Region gewirkt haben. Niedersachsen ist das erste Bundesland, das nach § 25 des Bundesnaturschutzgesetzes ein Biosphärenreservatsgesetz verabschieden wird.

(Frau Zachow [CDU] niest)

- Sie beniesen das, Frau Zachow. Damit ist amtlich, dass das stimmt.

Niedersachsen leistet hier also Vorreiter- und Pionierarbeit. Das hat, was den Naturschutz angeht, Tradition. Deswegen sind wir auch stolz darauf. Wir haben - lassen Sie mich das zum Schluss noch sagen - in dieser Wahlperiode drei große Naturschutzgesetze verabschiedet, nämlich die Gesetze zu den beiden Nationalparken Wattenmeer und Harz und nun das Gesetz zum Biosphärenreservat Elbtalaue. Alle drei Gesetze sind in großem Einvernehmen mit den Regionen entwickelt und erarbeitet worden und finden dort Zustimmung. Ich meine, dass wir damit eine Menge für den Naturschutz geleistet haben, was auch über Niedersachsen hinaus Anerkennung findet und Wirkung entfalten wird.

Nach diesem aufwendigen Verfahren möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken. Persönlich will ich Herrn Burget und Herrn Dr. Sachs vom Umweltministerium nennen. Besonders erwähnen möchte ich auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, die daran mitgewirkt haben, natürlich auch die Regierungspräsidentin. Besonders nennen möchte ich unsere Umweltreferentin, Frau Papenfuß, die permanent Änderungsvorschläge und Vereinbarungen durcharbeiten musste und ein Controllingverfahren mit entwickelt hat. Danken will ich auch allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss; denn wir haben diesen Gesetzentwurf in großer Sachlichkeit und - wie ich finde - in einem großen vertraulichen Miteinander beraten. Uns ist etwas gelungen, was in Wahlkampfzeiten nicht ganz einfach ist, nämlich zum Wohle einer Region gemeinsam ein Gesetz zu gestalten. Wie es aussieht, werden alle drei Fraktionen dieses Gesetz mittragen. Ich meine, dass dieses Parlament stolz darauf sein kann, was es hier für eine Region geleistet hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Herr Kollege Wojahn, bitte schön!

#### Wojahn (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf das eingehen, was der Kollege Inselmann zuletzt gesagt hat. Meiner Ansicht nach ist es etwas Besonderes, wenn es gelingt, während der Wahlkampfzeit gemeinsam ein Gesetz zu verabschieden. Ich kündige an dieser Stelle an - das ist ja kein Geheimnis -, dass die CDU-Fraktion dem Gesetz zustimmen wird. Aber, Herr Kollege Inselmann, es wäre vielleicht klüger gewesen, dies vorher nicht zu

sagen; denn dann wären auf unserer und auf Ihrer Seite sicherlich mehr Abgeordnete anwesend.

(Frau Harms [GRÜNE]: War das bei Ihnen nicht bekannt?)

- Natürlich. Aber wir hätten es nicht bekannt geben sollen. Dann wären mehr Abgeordnete hier, weil sie davon ausgegangen wären, dass es auf Messers Schneide steht.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits gesagt, die CDU-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen, und zwar nicht nur dem Gesetzentwurf, sondern natürlich auch der beigelegten Entschließung. Das ist für uns besonders wichtig. Ich nehme an, dass der Gesetzesbericht und in Zweifelsfällen auch die Auswertung der Erklärungen des MU und des ML in den Ausschüssen zurate gezogen werden. Ein wenig befremdet mich im Augenblick jedoch, dass der Landwirtschaftsminister nicht im Hause ist.

(Zuruf von der SPD: Der Staatssekretär ist da!)

Der Ministerpräsident hat den Landwirtschaftsminister ausdrücklich als Minister für den ländlichen Raum bezeichnet. Wenn wir solch ein großes Gesetz für den gesamten Elberaum beschließen, dann sollte der Landwirtschaftsminister anwesend sein. Ich finde das nicht besonders witzig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden heute unseren Antrag "Entwicklungskonzept für die Elbtalaue" vom 6. Mai 1999 für erledigt erklären. Eine ganze Menge von dem, was in dem Antrag steht, ist berücksichtigt worden. Es ist aber auch noch einiges offen. In der Zukunft wird noch einiges davon verwirklicht werden müssen.

Meine Damen und Herren, man könnte eigentlich der SPD-Fraktion dazu gratulieren, dass dieser Gesetzentwurf einstimmig verabschiedet wird.

(Inselmann [SPD]: Was heißt "eigentlich"?)

Ich will aber heute auch ein paar Misstöne in die Debatte hineinbringen. Bilden Sie sich also nicht zu viel darauf ein.

(Zurufe von der SPD: Das ist aber nicht schön!)

Immerhin hat es zwölf Jahre gedauert, bis die Regierungsfraktion und die Regierung dem Begehren der CDU-Fraktion - wir haben von Anfang an gesagt, dass dieses Gebiet mit einem Biosphärenreservat zu schützen ist; die meisten Leute vor Ort haben dies gefordert; Sie haben das missachtet nachgekommen sind. Ich sage Ihnen: Sie haben damals vor Ort nicht hingehört. Das ist so.

(Inselmann [SPD]: Doch!)

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass mein Vorgänger im Landtag, Kurt-Dieter Grill, ab 1990, Georg Schirmbeck als umweltpolitischer Sprecher, meine Kollegin Anne Zachow und nicht zuletzt ich und die ganze Fraktion immer wieder gefordert haben, ein Biosphärenreservat zu entwickeln. Sie wussten es jedoch besser. Ich erinnere auch an Frau Griefahn. Die hat nicht zugehört, was die Opposition gesagt hat. Sie hat auch nicht zugehört, was die Menschen gesagt haben. Als nach der Dömitzer Erklärung alle Bundesländer vom Nationalpark abgesprungen sind, hat sie gesagt: Natürlich, wir machen ihn! - Bevor die Verordnung erlassen wurde - ich weiß nicht, ob das im Jahre 1997 war -, habe ich an diesem Pult zu diesem Thema gesprochen. Der Ministerpräsident hat daraufhin gesagt: Wir machen den Nationalpark; denn auf der linken Seite sind 81 Abgeordnete und auf der rechten Seite ist der Rest. - Das war Ihre Politik vor acht bis neun Jahren. Darüber waren die Menschen sehr enttäuscht. Das hat uns sehr viel Kraft und Zeit gekostet.

Ich begrüße jetzt außerordentlich - das will ich auch anerkennen -, dass Sie in dieser Legislaturperiode, weil Ihnen das Verwaltungsgericht und die Menschen vor Ort die Verordnung zum Nationalparkgesetz vor die Füße geworfen haben, endlich nachgedacht haben. Auch der Umweltminister Jüttner hat dies jetzt besser gemacht. Er war damals umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat aber nichts dafür getan, dass wir zur rechten Zeit ein Biosphärenreservat bekommen. Von der Natur her ist das heute noch früh genug, denn es wurde nichts verschlechtert. Aber vom Entwicklungskonzept her - das Problem ist, dass die Gemeinden und Landkreise im Augenblick leider nicht mehr so stark sind, alle Mittelbündelungen annehmen zu können - haben wir Zeit verloren. Das möchte ich Ihnen so sagen. Hierdurch haben wir viel Unruhe bei den Menschen vor Ort hervorgerufen.

(Bontjer [SPD]: Stimmen Sie zu oder nicht?)

Meine Damen und Herren, heute ist ein neuer Anfang. Sie müssen sich jedoch anhören, wie es dazu gekommen ist. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Es ist uns im Ausschuss schwer gefallen, diesen Gesetzentwurf so hinzubekommen. Ich sage ausdrücklich: Die SPD-Fraktion und das MU waren kooperativ. Das ist keine Frage. Sonst hätte es auch nicht funktioniert. Nur wenn Politik kompromissfähig ist, kann so etwas gelingen. Ich danke ausdrücklich Anne Zachow, die auf unserer Seite die Gespräche geführt hat, auch interfraktionell und im Ausschuss. Sie hat das sehr gut gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage bei uns vor Ort immer: Wenn jemand aus einer Großstadt wie Wolfsburg eine solche Position in der Fraktion hat und sich so um das ländliche Gebiet und die Elbe kümmert

(Bontjer [SPD]: Aber Inselmann war besser!)

- Inselmann ist dort zu Hause -, dann ist das schon Anerkennung wert.

Ich habe bereits gesagt, dass wir dem Gesetzentwurf heute zustimmen werden. Ich möchte noch einige Bemerkungen sachlicher Art zum Inhalt des Gesetzes machen. Herr Minister, wir haben in die Entschließung die Verbuschung an der Elbe angesprochen. Dies ist ein schwerwiegendes Problem. Wir wissen, dass wir bei entsprechendem Hochwasser jetzt schon - ich habe es mir angesehen - Verlandungen in der Verbuschung haben, sodass das Elbufer allmählich hoch wächst. Dies können wir uns nicht leisten. Wir haben es in der Entschließung angesprochen. Es ist aber nicht genügend deutlich geworden. Für die Zukunft müssen wir daran arbeiten. Aus Hochwasserschutzgründen werden wir darum nicht herumkommen.

Der zweite Punkt ist agrarischer Art. Meine Damen und Herren, es gibt drei Zonen. In der Zone C, die - so sagen wir - Naturschutzzone ist, sind Landwirte unterschiedlich stark betroffen. Als Beispiel sage ich: unser Betrieb mit 4 % und mein Nachbar mit 60 %. Dies führt zu unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Betriebe. Wir haben in die Entschließung aufgenommen, dass ein landwirtschaftlicher Arbeitskreis aus Vertretern der Kammern und des Landes eingerichtet wird. Sollte

es dort zu Schwierigkeiten kommen - diese werden erst in drei bis vier Jahren deutlich werden, nämlich dann, wenn wir den Biosphärenreservatsplan haben -, dann muss darüber im Umweltausschuss diskutiert werden, und dann müssen Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Wir werden das beobachten. Dann kann das wohl in Ordnung gehen. Ich glaube, dass die starken Betriebe Bewegungseinschränkungen, die dieses Gesetz für die Region zweifellos bringen wird, verkraften können. Das gilt aber nicht für alle Betriebe. Wir brauchen viele Betriebe, um die Natur dort in Ordnung zu halten.

Da ich noch eine Minute Redezeit habe, will ich noch ein Wort zu dem Geist sagen, in dem ich mir dieses Gesetz vorstelle. Dafür möchte ich ein Beispiel nennen. Es gibt an der Elbe eine Ausbeutungsfläche von Lehm und Ton. Dort ist ein herrliches Wasserbiotop mit einer Insel entstanden. Dieses Grundstück ist an den Bauern zurückgegangen, weil er das als Grundstückseigentümer so im Vertrag festgelegt hatte, obwohl der BUND das Grundstück haben wollte. Der Bauer hat dieses Grundstück dann an einen Angelverein verpachtet, der die Pflege und Nutzung betreibt. Dies ist mit der Zeit - 15 Jahre ist das her - zu einem herrlichen Biotop geworden. Auf dieser Insel brütet nun seit zwei Jahren der Kranich. Seitdem will unsere untere Naturschutzbehörde - ich sage nichts über das Land - den Anglern das Betreten verbieten. Nach dem Gesetz könnte dort ein Betretungsverbot ausgesprochen werden. Wenn wir das Gesetz verabschiedet haben, wird in der Zone C unsere Biosphärenreservatsverwaltung dafür zuständig sein. Ich wünsche mir, dass sie die Flexibilität haben wird, dies weiter zuzulassen, dass wir die Menschen in den Naturschutz mitnehmen und dass dort nicht ein Schild angebracht wird mit der Aufschrift: "Betreten verboten". Das würde vielleicht auch der Kranich lesen und abhauen. Diese Flexibilität wünsche ich mir von der Verwaltung. Dann wird das an der Elbe gut gehen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön. - Frau Kollegin Harms, jetzt sprechen Sie zu dem Gesetzentwurf.

#### Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was heute zu Ende gebracht, wird hat in der Tat eine sehr lange Vorgeschichte. Ich teile die Einschätzung des Kollegen Wojahn, dass viele der Schwierigkeiten beim Zustimmungs- und Koordinationsprozess begründet waren durch Fehler, die diese Landesregierung aus der Zeit zu verantworten hat, in der versucht wurde, dort den Nationalpark einzurichten. Ich bedaure, dass das damals nicht geklappt hat. Ich bin aber ausgesprochen zufrieden, dass wir heute endlich so weit sind, diese herrliche Landschaft unter Schutz stellen zu können.

Von dem Zeitpunkt bin ich noch mehr begeistert. Denn zeitgleich ist es jetzt endlich geglückt, im Koalitionsvertrag festzuzurren, dass der Ausbau der mittleren Elbe - der Reststrecke, die genau im Biosphärenreservat Elbtalaue liegt - ad acta gelegt wird. Dieses Timing ist hervorragend.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, dass mehr Zustimmung in der Region zu dem Projekt Biosphärenreservat deshalb möglich war, weil klargestellt worden ist, dass es einerseits um den Schutz der Natur geht, dass aber andererseits die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Entwicklung in der Region nicht vernachlässigt wird. Wenn wir einmal in dieses Gesetzeswerk hineinschauen, meine Damen und Herren, dann müssen wir aber darüber nachdenken, warum sich eigentlich diese Abstimmung mit der Region so schwer wiederfinden lässt. Dieses Gesetz ist in weiten Teilen nicht nur detailliert, sondern geradezu detaillistisch. So mancher Paragraf entspricht nicht dem Geist des Biosphärenreservatsgedanken, sondern zeugt eher von Misstrauen des Staates gegenüber seinen Bürgern oder auch umgekehrt.

Ich hoffe, dass in der Zukunft dieses Misstrauen oder der Eindruck von Misstrauen durch eine lebendige Auseinandersetzung in der Region aus der Welt geschaffen werden kann und dass, wenn wir Regelungen überprüfen oder neue schaffen, sich die Vorstellungen derjenigen, die das Land schützen wollen, und derjenigen, die es nutzen wollen und müssen, in dem Gesetz wiederfinden. Vielleicht wird das Gesetz eines Tages überflüssig.

An dieser Stelle möchte ich eine Regelung unbedingt herausgreifen, weil mir überhaupt nicht klar ist, wie sie umgesetzt werden soll. Das ist die meiner Meinung nach für Niedersachsen erfundene Regelung zur Intervalljagd auf Wasservögel. Ich empfehle allen, die an Gesetzestexten Spaß haben, diesen Text einmal zu lesen und dann darüber zu

urteilen, ob das erstens naturschutzkonform, zweitens zweckmäßig, drittens durchführbar ist und ob viertens irgendjemand in der Lage sein wird, das zu kontrollieren. Meine Damen und Herren, ich meine, dass diese Regelung zur Intervalljagd eine der ersten Regelungen sein könnte, über die wir in diesem Landtag im Zusammenhang mit Verbesserungen nach praktischen Erfahrungen reden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Wernstedt [SPD]: Ist das verständlich?)

- Dazu muss man in die Karten schauen, denn es ist nicht einfach, sich da zurechtzufinden. Aber, Herr Landtagspräsident, Sie interessieren sich ja auch für die Form von Gesetzen, für die Zugänglichkeit für die Bevölkerung und für die Frage, ob sie verständlich sind oder nicht. Lesen Sie einmal dieses Gesetz. Sie werden Ihre Freude haben.

Wichtig ist, dass die Fraktionen, die sich einig sind, ergänzend zum Gesetz heute einen Antrag eingebracht haben, damit noch klarer wird, auf welche Rahmenbedingungen wir uns in den langen Beratungen verständigt haben.

Ein besonderes Anliegen von mir betrifft einen Punkt, der auch für die Akzeptanz in der Region ein entscheidender Punkt sein wird. Es geht um das Flächenvorkaufsrecht des Landes. Anders als die sozialdemokratische Fraktion es immer wieder sagt, ist mit diesem Vorkaufsrecht bisher nicht sensibel umgegangen worden.

Darüber hinaus sind die Pachtbedingungen, die die Domäne Landwirten immer wieder anbietet, sehr oft nicht akzeptabel. Meiner Meinung nach sollte die naturverträgliche Entwicklung der Landwirtschaft durch Förderung der Umstellung dieser Betriebe in der Region erreicht werden. Ich bin der Meinung, dass artgerechte Tierhaltung und auch die Produktion von Biomilch sehr gut an die Elbe passen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass Sie durch die Förderung von Biogasanlagen und anderem mehr erreichen können als durch die Politik, die über Flächenkauf und die Domänen in diesen Regionen betrieben wird.

Sie kennen das Modellprojekt "Region aktiv" der Bundesregierung. Das ist ein sehr guter Vorstoß. Allerdings bringt ein einzelnes Modellprojekt für die ganze Region noch relativ wenig. Es ist deshalb ein sehr erfreuliches Zeichen, dass das Bundesamt für Naturschutz einen neuen Anlauf in Sachen "Dannenberger Marsch" nehmen will.

Gleichzeitig erinnert uns die "Dannenberger Marsch" daran, wie viel an guten Ideen und gutem Willen in dieser Region schon auf der Strecke geblieben ist.

Wir brauchen in Zukunft unbedingt die Gelder aus der zweiten Säule, um unsere Region, um unsere Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen. Gute Worte - Herr Minister Bartels ist jetzt leider nicht da - fallen sehr oft über Biomilch, über Solarsiedlungen in der Region, über nachwachsende Rohstoffe oder auch unser einzigartiges Brennnesselprojekt in Lüchow-Dannenberg.

Fällt Ihnen eigentlich noch auf, dass all dieses Lob und all diese Versprechungen, die nachhaltige Entwicklung dieser Region zu fördern, bisher versandet sind? Wer will, dass dieses Projekt Biosphärenreservat Elbtalaue - ich hoffe, es heißt jetzt wirklich Elbtalaue - ein Erfolg wird, der muss dafür sorgen, dass Mittel nicht immer nur versprochen werden, sondern dass solche viel gelobten Projekte auch tatsächlich verwirklicht werden können. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Jüttner um das Wort gebeten.

## Jüttner, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass ich am heutigen Tage voller Genugtuung bin, was die Bilanz des Naturschutzes in den letzten fünf Jahren - in dieser Wahlperiode - angeht. Herr Inselmann hat darauf hingewiesen: zwei Nationalparke auf neue Füße gestellt, die Vogelschutzgebiete aktualisiert, die FFH-Richtlinie umgesetzt und jetzt das letzte große Schutzgebiet, das überfällig war für eine Gesamtbetrachtung und für eine Gesamt-Unter-Schutz-Stellung, und dann auch noch einstimmig im Niedersächsischen Landtag. Ich finde das ist eine großartige Arbeit, eine großartige Entwicklung.

Dass bei der Gelegenheit die Oppositionsfraktionen noch ein paar kritische Bemerkungen machen, gehört wahrscheinlich zum angemessenen Rollenverhalten. Das finde ich auch ganz in Ordnung.

Aber, meine Damen und Herren, was in der begleitenden Entschließung steckt, nimmt eigentlich

alle diese Punkte auf. Es sind Forderungen an die Landesregierung, die bei uns nicht auf Ablehnung stoßen, sondern die eigentlich das begleiten, was wir in den letzten Jahren gemacht haben. Das fängt beim Programm "Dannenberger Marsch" an, wo es durch Anstöße aus dem Parlament, durch praktische Arbeit auf der Seite der Exekutive gelungen ist, im Zusammenwirken mit dem Bundesamt für Naturschutz

(Frau Harms [GRÜNE]: Auch auf der Seite der Opposition!)

- ja, sage ich doch auch, aus dem Parlament, ganz gezielt natürlich von Rebecca Harms, völlig klar – einen zweiten Schub für ein Projekt zu bekommen, das aus rechtlichen Gründen in der Zwischenzeit an die Wand gefahren war.

Auch die landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Projekte für diese Region müssen Zukunft haben. Wir haben mit dem Projekt Regionalmanagement, das ich mit der Regierungspräsidentin im letzten Jahr verabredet habe, genau den Rahmen geschaffen, in dem die einzelnen Projekte definiert werden. In den nächsten Wochen wird sowohl eine Mittelkonzentration als auch eine Projektbeschreibung vorgenommen, die dann mit den Verantwortlichen vor Ort in der Region abgewickelt wird.

Das sagt auch etwas über die begleitende Leistung derer aus, die in der Landtagsverwaltung, in den Fraktionen, im Umweltausschuss die Arbeit getragen haben. Wir haben das erste Mal im bundesdeutschen Naturschutzrecht einen neuen Paragrafen "Biosphärenreservat" überhaupt angewandt.

Herr Wojahn, Sie sagen, das hätten wir alles schon früher haben können. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es dieses Biospärenreservat, das Sie gleich beschließen werden, erst seit 1998 gibt. Deshalb spare ich mir die ganze Vorgeschichte: Ihre Kritik an meiner Vorgängerin, Ihre vorgeblichen Vorstöße, dass sie angeblich immer schon solch ein Biosphärenreservat haben wollten. Im Kern ist es egal.

(Zuruf von Frau Zachow [CDU])

Nach meiner Einschätzung hätten wir diese Entwicklung, diese Chancen für die Region schon früher haben können, nach meiner Meinung auch mit dem Begriff "Nationalpark". Das war im Streit. Da haben die Gerichte abschließend entschieden. Deshalb haben wir keinen zweiten Versuch gemacht.

Wir haben, wie ich finde, die zweitbeste Lösung entwickelt. Die bekommen wir jetzt im Einvernehmen. Es liegt an uns, es liegt aber, meine Damen und Herren, vor allem an denen in der Region, aus dieser zweitbesten Lösung eine richtig gute Lösung zu machen. Die Voraussetzungen dafür sind da. Die naturschutzfachliche Seite gewährleistet, dass wir unseren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Die Entwicklungsperspektiven werden über das Regionalmanagement entschieden.

Deshalb bin ich der Meinung, dass heute ein guter Tag für die Region ist. Das Einvernehmen ist über viele Aktivitäten herbeigeführt worden. Die Detailtreue in diesem Gesetz ist in der Tat eher Ausdruck des noch vorhandenen Misstrauens. Ich glaube, das muss man so sehen. Jetzt wird es darauf ankommen, dieses Misstrauen durch gutes Tun in den nächsten Monaten und Jahren zu zerstreuen. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das geschieht.

In den letzten Monaten lag die Arbeit bei Ihnen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür. Ich meine, es ist meine verdammte Pflicht, den Ausschuss in den nächsten Wochen mal zum Mittagessen einzuladen. Herzlichen Dank für die Arbeit. Die Einladung kommt.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, mit dieser Einladung des Herrn Ministers an den Ausschuss schließe ich jetzt die Beratung, weil mir auch keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung, meine Damen und Herren.

Ich rufe den Ersten Teil mit den §§ 1 bis 9 einschließlich der Anlagen 1 bis 7 auf. Wenn Sie der Änderungsempfehlung des Ausschusses Ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, das Ergebnis der ersten Abstimmung war die Mehrheit. Sie haben so, wie der Ausschuss empfohlen hat, beschlossen.

Ich rufe den Zweiten Teil auf, die §§ 10 bis 12. Wenn Sie hier der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Stimm-

enthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Dritten Teil auf, die §§ 13 bis 32. Möchten Sie hier der Änderungsempfehlung des Ausschusses Ihre Zustimmung geben? Dann bitte ich ebenfalls um Ihr Handzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe den Vierten Teil auf, die §§ 33 bis 36. Wenn Sie hier der Ausschussempfehlung zustimmen wollen, dann bitte ich ebenfalls um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie auch hier einstimmig beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe den Fünften Teil auf, die §§ 37 bis 40. Wenn Sie hier der Änderungsempfehlung des Ausschusses zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Sechsten Teil auf, die §§ 41 bis 44. Wenn Sie auch hier der Ausschussempfehlung zustimmen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie auch hier einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Gesetzesüberschrift auf. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich zu erheben, wenn Sie in der Schlussabstimmung diesem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung geben wollen. – Wenn jemand dagegen stimmen möchte, dann bitte ich ihn, sich zu erheben. - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht.

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist schon sensationell. Sie haben in der Schlussabstimmung diesem Gesetzentwurf einstimmig Ihre Zustimmung gegeben.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte Sie, noch auf Ihren Plätzen zu bleiben. Wir müssen noch über die Nummern 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen in der Drucksache 3780 abstimmen.

Wer der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen in der Drucksache 3780 zustimmen will und damit die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Meine Damen und Herren, dann haben Sie auch hier einstimmig beschlossen.

Wer der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen in der Drucksache 3780 zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. - Meine Damen und Herren, dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 12 der Tagesordnung. Wer der Beschlussempfehlung in der Drucksache 3784 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 11 und 12 abgearbeitet, meine Damen und Herren. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 13:

Zweite Beratung:

Missbilligung des Niedersächsischen Finanzministers: Unprofessionelle Vorbereitung und unzureichende Unterrichtung des Landtages beim Verkauf "Schloss Ringelheim" - Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/3607 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3714 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3785

Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/3607 wurde in der 114. Sitzung am 30. August 2002 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Darum kommen wir zur Beratung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Eppers. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

## **Eppers** (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten in der letzten Plenarsitzung in gewohnt sachlicher Form über Schloss Ringelheim debattiert.

#### (Zurufe von der SPD)

Wir hatten die Hoffnung, dass es in den Ausschussberatungen bei der Mehrheitsfraktion noch einen gewissen Sinneswandel geben würde, weniger was die Missbilligung des Finanzministers betrifft - dabei bleiben wir natürlich -, sondern vielmehr was das weitere Vorgehen in Sachen Schloss Ringelheim und mögliche Hilfe für die betroffene Stadt Salzgitter betrifft.

Wir sind enttäuscht, dass die Sozialdemokraten unseren Vorschlägen letzten Endes nicht gefolgt sind und der Ausschuss mit SPD-Mehrheit unseren Antrag abgelehnt hat. Damit tun Sie den Menschen in Ringelheim und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Salzgitter etwas Schlechtes an. Es spottet jeder Beschreibung, wie Sie mit Schlössern umgehen.

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn vorgeschlagen?)

Ich sage es mal so: In der Region Braunschweig, lieber Kalle Mühe, ist das nun das zweite Schloss, das ihr platt macht. Der einzige Fortschritt ist, dass Schloss Ringelheim nicht wie das erste Schloss in Braunschweig gesprengt wird, sondern vor sich hin vergammelt. Aber das hilft uns in der Sache auch nicht weiter.

## (Zustimmung bei der CDU)

Wir hätten erwartet, dass man beim weiteren Vorgehen der Stadt Salzgitter in Verhandlungen mit dem Investor zumindest insofern hilft, als man sagt: Wir haben Wirtschaftsfördermittel, wir haben Möglichkeiten aus dem Denkmalschutz, um schnell ein vernünftiges Konzept vorzulegen. Der Investor hat sich seitdem nicht mehr gemeldet. Es hat zwar informelle Gespräche mit dem Oberbürgermeister gegeben, die allerdings nicht zielführend gewesen sind. Der Schwarze Peter ist von Finanzminister Heiner Aller an die Stadt Salzgitter weitergegeben worden, und wir müssen uns nun damit herumschlagen. Letzten Endes ist hier wertvolles Kulturgut rücksichtslos verschleudert worden.

# (Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Es handelt sich um einen Notverkauf, der allein unter der Motivation stattgefunden hat, möglichst schnell Geld zu erlösen und sich möglichst schnell von Kosten zu trennen, was natürlich immer richtig ist. Aber das hätte das Land Niedersachsen als öffentliche Hand auch wesentlich verantwortlicher tun können.

Wir unterstützen den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weil darin genau das aufgezählt wird, was wir schon in der ersten Beratung gesagt haben, dass es nämlich trotz des Verkaufs - da kommen wir rechtlich nicht mehr heraus - natürlich noch Alternativen geben muss, wie wir zu einem sinnvollen Projekt Schloss Ringelheim kommen können.

Ein weiterer Punkt, den wir hier auch schon angesprochen hatten, ist das zentrale Liegenschaftsmanagement, von dem oft die Rede ist. Schloss Ringelheim mit seiner Vorgeschichte ist ein Beispiel dafür, Herr Finanzminister, dass das Liegenschaftsmanagement in Niedersachsen immer noch nicht funktioniert. Ich will Ihnen gern zugute halten, dass es Schwierigkeiten bei Zuständigkeiten gibt, dass Bezirksregierungen oft anders denken als Ihr Haus. Deswegen ist es ja wichtig, dass man an einer zentralen Stelle Antworten auf die Fragen weiß: Welche Liegenschaften hat das Land? Welchen Wert haben die Liegenschaften? Wie sieht die Vermarktung aus? Wie sind die Interessen der öffentlichen Hände vor Ort? - Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, konnte die Landesregierung bisher noch nicht unter Beweis stellen.

Aus diesem Grunde bleiben wir bei unserer massiven Kritik am Vorgehen der Landesregierung. Wir bleiben bei der Missbilligung des Finanzministers. Wir werden der Ausschussempfehlung nicht zustimmen. Wir hätten uns sehr gefreut, wenn man sich auf das Kompromissangebot der Grünen hätte einigen können. Mehrheit ist zwar Mehrheit, aber letzten Endes hat die Mehrheit keinen Anspruch darauf, dass sie richtig liegt. Wir werden in den nächsten Monaten sehen, was aus dem Schloss wird. Sie haben eine große Chance für das Land, für den südostniedersächsischen Raum und für die Stadt Salzgitter vertan.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Golibrzuch hat das Wort.

## Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Situation rund um das Schloss Ringelheim ist aus unserer Sicht sehr unbefriedigend. Sie ist deswegen sehr unbefriedigend, weil die Liegenschaft veräußert wurde. Das Geld wurde überwiesen und ist beim Land eingegangen. Aber durch die Pleite zumindest von Unternehmensteilen des als Investor in Frage kommenden Gesellschafters ist eine Situation eingetreten, in der man mittlerweile einen Verfall der Liegenschaft, die an zentraler Stelle in der Stadt Salzgitter liegt, befürchten muss.

Wir wollen das nicht. Wir wollen deswegen nicht eine plumpe Missbilligung des Finanzministers aussprechen. Wir halten sie aus einem einfachen Grund nicht für zielführend. Wir können die Ausschussvorlage, in der die Veräußerung der Liegenschaft begründet worden ist, nicht als offensichtlich falsch interpretieren. Richtig ist, dass in dieser Ausschussvorlage versucht wurde, den Anschein zu erwecken, dass der Vertrag mit einer Investorengruppe um den renommierten Hotelinvestor Kempinski in trockenen Tüchern sei. Das war der Sachverhalt. Damit ist ein falscher Anschein erweckt worden. Aber wollte man deswegen den Finanzminister rügen, müsste man das ja stündlich tun.

(Mientus [SPD]: Na, na, na! – Weitere Zurufe von der SPD)

Deswegen halten wir nichts davon, jetzt inflationär mit Entlassungsanträgen und Anträgen auf Feststellung von Lügen des Finanzministers vorzugehen, sondern wir möchten gern im Interesse der Kommune einen weiterführenden Antrag ohne Missbilligung stellen - den halten wir hier auch aufrecht -, damit die SPD-Fraktion auch zustimmen kann. Wir haben die Vorstellung, dass sich auch nach erfolgter Veräußerung dieser Liegenschaft das Land mit seinen Möglichkeiten der Investorensuche über die Investment Promotion Agency, über das zentrale Liegenschaftsmanagement und über die Wirtschaftsförderdezernate der Bezirksregierungen zur Verantwortung für diese ehemalige Landesliegenschaft bekennt und die Kommune Salzgitter an dieser Stelle nicht im Regen stehen lässt. Wir haben unseren Antrag ohne Missbilligung formuliert, damit die SPD-

Fraktion zustimmen kann. Wir möchten im Sinne einer vernünftigen Folgenutzung für diese Liegenschaft die Kommune gern in ihren Vermarktungsabsichten und bei ihrer bauplanungsrechtlichen Zuständigkeit unterstützen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

# Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist Herr Kollege Mühe.

#### Mühe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden selbstverständlich dem Antrag nicht zustimmen, den Finanzminister zu missbilligen, weil er seine Pflicht getan hat. Dafür hat er seinen Eid geleistet. Seine Beamten in der Bezirksregierung und im Finanzministerium haben ordentlich verhandelt. Sie haben ein ordentliches Ergebnis erzielt.

(Möllring [CDU]: Das ist falsch!)

Diesem Ergebnis haben wir hier im Landtag einstimmig zugestimmt. Ich kenne auch niemanden, der den Antrag stellt, dass wir das Schloss zurückkaufen sollen, vielleicht sogar für eine Mark,

(Möllring [CDU]: Das geht doch gar nicht!)

um das Verfahren von Neuem in Gang zu bringen. Nein, meine Damen und Herren, jetzt ist der Käufer in der Pflicht, aus dem erworbenen Schloss und dem gesamten Areal etwas Vernünftiges zu machen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und ich bin der festen Überzeugung, dass er das tun wird.

Wer ist weiter Interessent? - Das muss natürlich die Stadt Salzgitter sein. Die Stadt Salzgitter kann und muss gemeinsam mit dem Erwerber eine Konzeption entwickeln, damit diese Immobilie einer endgültigen vernünftigen Funktion zugeführt wird. Es kann nicht Aufgabe des Landes sein - deswegen können wir auch dem Antrag der Grünen nicht zustimmen -, jedem Käufer einer Landesimmobilie nach dem Verkauf noch über längere Zeit Landeshilfe zu geben, um aus einer Immobilie etwas Vernünftiges zu machen. Das ist Aufgabe des Käufers. Auch in der Privatwirtschaft ist es

nicht so, dass man einen Käufer noch monatelang an die Hand nimmt und leitet, um letztlich einen Verkauf zu einem guten Ende zu führen. Die Vetter GmbH, die gekauft hat, wird schon wissen, was sie mit dem Schloss machen wird, und die Stadt Salzgitter wird ein gutes Auge darauf haben.

Meine Damen und Herren, wir lehnen sowohl den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen als auch den Antrag der CDU-Fraktion ab.

(Zustimmung bei der SPD - Adam [SPD]: Es muss auch langsam Schluss sein damit!)

#### Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung und erbitte Ihre Aufmerksamkeit für die Abstimmung. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen entfernt sich am weitesten vom Ursprungsantrag. Über sie ist daher zunächst abzustimmen. Nur bei ihrer Ablehnung hätten wir über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzustimmen. Wir verfahren so.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben und damit den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach den Gegenstimmen. - Ich frage nach den Stimmenthaltungen. - Ich stelle fest: Der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist gefolgt worden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung:

**Sofortige Vorlage eines Nachtragshaushalts 2003** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3675 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3786

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde am 24. September zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen, sodass wir gleich in die Beratung eintreten können.

Die Beratung wird durch den Kollegen Golibrzuch eröffnet. Bitte schön!

## Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum wiederholten Male diskutieren wir heute über die Finanzlage Niedersachsens. Wir beantragen einen Nachtragshaushalt. Wir beantragen ihn deswegen, weil mittlerweile sonnenklar geworden ist, dass die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Landeshaushalts zwingend Abstriche am verabschiedeten Doppelhaushalt 2002/2003 erforderlich macht. Wir beantragen ihn aber auch aus einem anderen Grunde. Wir können nämlich nicht verstehen, warum die Landesregierung dieses Jahr ein anderes Verfahren wählt, als sie es bei der Verabschiedung des einfachen Haushalts für das Jahr 2001 getan hat.

Seinerzeit wurde ein Etatentwurf vor der so genannten November-Steuerschätzung auf den Tisch gelegt. Er enthielt ganz konkrete Einsparabsichten. Das waren zugegebenermaßen nicht so viele. Das ist bei der Landesregierung häufiger der Fall. Aber er enthielt ganz konkrete Ausgabenwünsche. Damals hat man die Ergebnisse der November-Steuerschätzung über eine so genannte Ergänzungsvorlage in die Beratungen des Haushaltsausschusses und der Fachausschüsse eingespeist.

Wir können nicht nachvollziehen, warum man sich dieses Mal nicht vor der Landtagswahl zu konkreten Einsparwünschen und Ausgabenkürzungen durchringen kann. Wir halten das deswegen für erforderlich, weil wir in nahezu allen Posten des Einnahmehaushalts Veränderungen haben, die in der niedersächsischen Geschichte einmalig sind. Sie werden am Wochenende die Zeitung gelesen haben und werden wissen, dass wir bei den Steuereinnahmen des Landes mit Einnahmerückgängen von bis zu 11,7 % rechnen müssen. Im Rückblick der letzten Jahrzehnte ist dies eine historisch einmalige Situation. Es wird im Landeshaushalt zu Einnahmeausfällen in der bisher unvorstellbaren Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro kommen.

Entgegen dem, was der Finanzminister gleich vielleicht noch sagen wird, ist keine ausreichende Kompensation durch die Steuerbeschlüsse der rotgrünen Bundesregierung in Berlin in Sicht. Natürlich freuen wir uns über jeden Euro, der durch eine Mindestbesteuerung, durch die Begrenzung des Verlustvortrages oder durch eine Neuregelung der Besteuerung der Kapitalerträge hereinkommt. Natürlich freuen wir uns, wenn man insbesondere die Steuerschlupflöcher bei Großkonzernen schließt, die in der Vergangenheit geschaffen

worden sind, und damit zusätzliche Einnahmen generiert. Das wird aber in der Summe allenfalls ausreichen, um die zusätzlichen Einnahmeausfälle der November-Steuerschätzung auszugleichen. Es wird vielleicht nicht einmal ausreichen, um den absehbaren Anstieg der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge zu kompensieren. Auch sie treffen den Landeshaushalt. Das Land ist der größte Arbeitgeber für Angestellte und Arbeiter.

Wir werden also tatsächlich ein Haushaltsloch von rund 1,5 Milliarden Euro haben. Wir werden dieses Haushaltsloch nicht weiterhin über Luftbuchungen schließen können.

Wenn ich von Luftbuchungen rede, dann wissen Sie, dass diverse Einnahme- und Ausgabenposten dieses Haushalts überholt sind. Es ist völlig unrealistisch, anzunehmen, dass sich die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst mit einem Einkommenszuwachs von 1,5 % befrieden werde. Das ist völlig unrealistisch. Die Beschäftigten wissen, was ver.di gefordert hat. Jeder Prozentpunkt mehr beim Tarifabschluss bedeutet Mehrausgaben für das Land in Höhe von 54 Millionen Euro.

(Dr. Domröse [SPD]: Es ist unerträglich, dass Sie das jetzt hier erwähnen!)

- Herr Dr. Domröse, es ist deswegen völlig korrekt, das hier zu erwähnen, weil ursprünglich 2 % im Haushalt veranschlagt waren. Nach der Steuerschätzung im Mai hat man willkürlich um 0,5 Prozentpunkte abgesenkt.

Genauso falsch sind die Ausgabenschätzungen im Bereich der Betreuungskosten und im Bereich des Wohngeldes. Wenn man einen Haushalt verabschiedet, kann man natürlich hineinschreiben, dass die Ausgaben entgegen der Entwicklung der letzten zehn oder zwölf Jahre nicht weiter steigen, wie es tatsächlich der Fall ist. Man kann sogar behaupten, dass diese Ausgaben sinken. Tatsächlich steigen diese Ausgaben jedoch in einem Umfang, wie es in den letzten Jahren nicht der Fall war. Allein beim Wohngeld steigen sie um rund 30 Millionen Euro. Am Ende des Jahres wird ein gigantischer Jahresfehlbetrag aufgelaufen sein, den Sie für das Haushaltsjahr 2002 notwendigerweise in zwei Jahren ausgleichen müssen. Deswegen kommen Sie an dieser Stelle nicht an der Wahrheit vorbei.

Sie werden vor der Landtagswahl erklären müssen, wie Sie die 700 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die zum 1. November geschaffen werden, ab Februar bezahlen wollen. Sie werden das deswegen erklären müssen, weil im Haushaltsausschuss auf Nachfrage eingestanden werden musste, dass hier nur eine dreimonatige Kurzfristfinanzierung aus den Einsparbeträgen der Altersteilzeit verankert ist, die im Kultusministerium bisher nicht in dem erforderlichen Umfang abgeflossen sind. Über den Januar hinaus haben Sie kein Finanzierungskonzept. Wenn Sie sagen, Sie möchten einen Nachtragshaushalt vorlegen, dann möchten wir gerne wissen, wie Sie diese Finanzlage angesichts dieser Rahmendaten von steigenden Ausgaben und gleichzeitig dramatisch wegbrechenden Steuereinnahmen des Landes in den Griff bekommen werden. Deswegen sage ich Ihnen, Sie müssen vor der Landtagswahl einen solchen Nachtragshaushalt vorlegen. Das ist ein Gebot der Ehrlichkeit. Deswegen beantragen wir das an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Jahn:

Nun hat Herr Kollege Möllring das Wort.

# Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre ganz schön, wenn der Ministerpräsident im Raum wäre.

(Zuruf: Immer das Gleiche!)

- Nicht immer das Gleiche. Er hat zwei Tage nach der Wahl gesagt: "Die Wahrheit vor der Wahl - das hättet ihr wohl gerne gehabt!" Das ist genau das, was wir gerne gehabt hätten, dass man nämlich den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl sagt, was nach der Wahl passieren soll.

(Beifall bei der CDU)

Herr Möhrmann hat uns gebeten, nicht ständig von Wahlbetrug zu reden. Er geht offenbar davon aus, dass das, was in Berlin passiert ist, Wahlbetrug ist. Das, was in Hannover wieder versucht wird, ist ein unwahrscheinlich großer Wahlbetrug,

(Zurufe von der SPD)

weil man den Bürgerinnen und Bürgern nicht vor der Wahl sagt, was passieren soll.

Wir haben heute

(Mientus [SPD]: Mittwoch! – Heiterkeit bei der SPD)

dieses Papier bekommen, das ich letztes Mal angemahnt habe. Es ist schon am Montag gekommen. Herr Möhrmann, es lag heute im Fach. Ich bin heute einmal schneller als Sie. Dieses Papier sagt deutlich, dass uns in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 bereits 1,5 Milliarden Euro an Steuern fehlen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: 1 500 Millionen Euro oder 3 000 Millionen DM!)

Das sind 1 500 Millionen Euro. Sie müssen 1 500-mal bei Jauch die Million Euro holen. Das muss man deutlich sagen.

(Möhrmann [SPD]: Dazu muss man intelligent sein!)

Dieser Betrug des Volkes und des Landtags war langfristig geplant und beabsichtigt. Das ergibt sich aus einem ganz kleinen Satz des Haushaltsbegleitgesetzes, das am 18. Dezember 2001 verabschiedet worden ist. Sie werden wahrscheinlich gar nicht begriffen haben, was darin steht.

(Zuruf von Frau Leuschner [SPD])

- Frau Leuschner, Sie werden es auch nicht gemerkt haben. - In Artikel 7 steht: "In § 34 a der Landeshaushaltsordnung wird die Zahl 8 durch die Zahl 12 ersetzt." - Das ist der ganze Artikel 7. Warum ist dies vor der Verabschiedung des Haushalts 2002 passiert? - Das ist deshalb passiert, weil 8 % von 20 Milliarden 1,6 Milliarden sind. § 34 a der Landeshaushaltsordnung bestimmt, dass eben nur 8 % des Gesamthaushalts von 20 Milliarden Euro als Kassenverstärkungskredite aufgenommen werden dürfen. Wir sind im Moment an der damaligen Grenze. Sie haben die Grenze um 50 % auf 12 % hochgesetzt. Jetzt können Sie Kassenverstärkungskredite in Höhe von 2,4 Milliarden Euro aufnehmen. In § 34 a der Landeshaushaltsordnung steht aber auch, dass sie ein halbes Jahr nach Haushaltsabschluss fällig werden müssen. Das bedeutet, Sie müssen diese Beträge am 30. Juni zurückzahlen.

Es ist hinten und vorne nicht dargestellt, wie Sie sechs Monate später 1,5 oder 1,6 Milliarden Euro - wahrscheinlich noch mehr - zurückzahlen wollen.

Ich zitiere einmal einen der größten Sozialdemokraten nach Willy Brandt; so hat es unser Ministerpräsident Gabriel mal gesagt. Damals war er noch Fraktionsvorsitzender. "Es ist leider zur Gewohnheit geworden, vor der Wahl zu lügen." Das hat Herr Lafontaine gestern in der *Bild*-Zeitung geschrieben. Er hat das mit "Lügen haben kurze Beine" überschrieben.

### (Zuruf von der SPD)

Herr Mühe, ich sage Ihnen jetzt etwas. Vor wenigen Tagen hat Frank Ossenbrink unseren Ministerpräsidenten auf seiner Segelyacht in Griechenland besuchen dürfen. Das ist derselbe Journalist, der auch Herrn Möllemann auf seinem Krankenlager fotografieren durfte. Unser Ministerpräsident hat sich in kurzen Spielhöschen ablichten lassen. Da haben wir den bildlichen Beweis für Lafontaines Behauptung, Lügen hätten kurze Beine.

# (Beifall bei der CDU – Unruhe bei und Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen sagen, was Ihr Berger-Gutachten wert ist, mit dem Sie nach vorne kommen wollen. Wir haben das, was in der uns übermittelten Darstellung des Berger-Gutachtens steht, einmal mit dem verglichen, was in unseren Haushaltsanträgen stand, die wir vor sechs Jahren vorgelegt hatten. Wir sind dabei auf Vorschläge in einem Umfang von anderthalb Seiten gekommen. Deshalb wäre es, nachdem Berger bei uns abgeschrieben hat, richtig - - -

#### (Lachen bei der SPD)

- Passen Sie auf, Frau Leuschner! Sie kennen es vielleicht. - Ich lese das einmal ganz schnell vor: Förderprogramme des Landes sollen regelmäßig alle drei Jahre auf Schwachstellen, Effektivität usw. überprüft werden; Änderung von personalund kostenintensiven Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, Moratorium für alle nicht zwingend notwendigen kosten- und personalträchtigen Gesetze; Veräußerung von Liegenschaften des Landes. - Das alles ist vor sechs Jahren beantragt worden. - Es geht weiter mit: Radikaler Aufgabenund Personalabbau; Optimierung des Beschaffungswesens; Verminderung der Geldbeschaffungskosten. - Ich könnte eine weitere ganze DIN-A 4-Seite vorlesen. Das alles stand in unseren Haushaltsanträgen und findet sich jetzt in dem Berger-Gutachten wieder. Nur, man muss doch irgendwann einmal anfangen umzusteuern.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD] : Vier Seiten lang vorlesen, ohne konkret zu werden!)

Wir brauchen eine Mipla und einen Haushaltsplanentwurf, der nicht mit irgendeiner Grafik von ODEON ZWO, sondern mit dem Titel "Zurück zur Vernunft" überschrieben ist, weil wir umkehren müssen. Wir müssen einen Turnaround vollziehen und dahin kommen, dass nur noch Geld für etwas ausgegeben wird, was das Land voranbringt.

Ausweislich des uns vorliegenden Papiers betragen die Gesamteinnahmen bisher 14,4 Milliarden, denen Ausgaben in Höhe von 16,05 Milliarden gegenüber stehen. Wenn wir also Mehrausgaben von 1,5 Milliarden haben und die Nettokreditaufnahme schon in den Einnahmen berücksichtigt ist, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass wir nicht nur die Erde, sondern auch diesen Staat von unseren Kindern nur geliehen haben, die alles das, was wir im Moment in den Sand setzen, werden bezahlen müssen. Deshalb müssen wir umkehren.

Wir stellen uns vor, dass man in jedem Einzelplan - von 1 bis 15 -, und zwar in jeder Ausgabenposition - in Hauptgruppe 4, Personalausgaben, in Hauptgruppe 5, Sachausgaben, in Hauptgruppe 6, Zuwendungen, in Hauptgruppe 7, Bauausgaben, in Hauptgruppe 8, den Investitionen, und in Hauptgruppe 9, Investitionen -, einen bestimmten Prozentsatz einspart und daraus einen großen Fonds bildet, den wir Turnaround-Fonds genannt haben, um aus den darin zusammengefassten Mitteln wieder neue, innovative Politik zu gestalten. Wer dazu nicht die Kraft hat, der hat aufgegeben, Finanzpolitik in Niedersachsen zu betreiben. Sie haben nicht die Kraft dazu.

Es beruhigt uns überhaupt nicht, wenn wir hier auf den Fluren des Landtags hören, dass der Ministerpräsident Mitte November ganz alleine ein Konsolidierungskonzept für dieses Land darstellen will. Das ist doch das Gleiche wie mit dem Schulkonzept, das auf Servietten und Heim-PC geschrieben wird, ohne das mit Fachleuten zu beraten.

## (Widerspruch bei der SPD)

Es gibt bis heute kein Aufstellungsverfahren für einen Nachtragshaushaltsplan. Das ist einfach fahrlässig. Deshalb ist der Antrag der Grünen mehr als überfällig. Sie sollten den darin erhobenen Forderungen nachkommen.

Herr Golibrzuch hat darauf hingewiesen, dass uns im nächsten Jahr mindestens 2 Milliarden Euro fehlen werden. Die Steuerreform ist verschoben worden. Aber das Geld, das mehr hereinkommt, geht an die Flutopfer, bleibt also nicht in Niedersachsen.

(Möhrmann [SPD]: Wie wollten Sie denn die Flutschäden bezahlen?)

- Die sollten aus einem anderen Programm bezahlt werden.

(Möhrmann [SPD]: Und wie sollte das finanziert werden?)

- Passen Sie einmal auf. Heute gibt es von Haitzinger eine wunderbare Karikatur, auf der der Kanzler, umgeben von Geiern, mit seiner Ernennungsurkunde zu sehen ist, wie er unter einem Spalier aus den vorgelegten Wirtschaftsgutachten hindurchgeht. Gestern, am Tag der Neuwahl des Bundeskanzlers, haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute dieser Republik erklärt, dass wir in diesem Jahr eine Stagnation und keinen Fortschritt und kein Wachstum haben werden. Auch der Ministerpräsident hat hier gesagt, wir hätten ein Minuswachstum von 0,3 %. In dieser Situation muss man doch damit beginnen, Haushaltspolitik zu betreiben, und einen neuen Haushaltsplan aufstellen. Für das nächste Jahr erwartet man wiederum ein Wachstum von unter 1 %.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Nein, von 1,4 %!)

Da kann die Konjunktur nicht anspringen, da kann die Wirtschaft nicht anspringen. Diese Wirtschaft wird von Ihrer rot-grünen Politik in Berlin in die Knie gezwungen, worunter das ganze Land leidet. Darauf müssen wir reagieren. Wir müssen das tun, was wirtschaftlich sinnvoll ist, was politisch sinnvoll ist, was bildungspolitisch sinnvoll ist und was kulturell sinnvoll ist, aber nicht diesen Unsinn.

Es wird uns immer vorgeworfen, dass wir keine konkreten Punkte vorschlügen. Wenn Sie unserem Vorschlag, den wir in der Enquete-Kommission unterbreitet haben, zugestimmt hätten, nämlich einmal als Vorbild voranzuschreiten und in dem Bewusstsein, dass wir nicht 155 Abgeordnete brauchen, sondern dass 135 Abgeordnete reichen würden, das Parlament um 20 Abgeordnete zu verkleinern, dann würden wir nicht mehr nur überlegen, wo wir bei anderen sparen könnten, sondern dann hätten wir schon einmal 20 Gehälter

für 20 Oberstudiendirektoren bei uns selber erwirtschaftet. So muss man vorangehen. Man muss auch einmal bei sich selbst anfangen. Das haben Sie aber arrogant abgelehnt, und deshalb wird es mit Ihnen keine vernünftige Haushaltspolitik geben.

(Beifall bei der CDU - Frau Elsner-Solar [SPD]: Dann sind Sie nur noch 30! Haben Sie das genau ausgerechnet?)

# Vizepräsident Jahn:

Nun hat Herr Kollege Wegner das Wort.

# Wegner (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erfreulicherweise hat der Ältestenrat für die heutige Beratung dieses Tagesordnungspunktes nur 25 Minuten vorgesehen. Wir sollten diesen Antrag deshalb zügig endgültig ablehnen; denn für die schwierige Finanzlage unseres Landes bietet er keine Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Golibrzuch, ich will Ihnen etwas dazu sagen, weshalb wir hier ein anders Verfahren gewählt haben als mit der Ergänzungsvorlage beim Haushalt 2002. Das Verfahren, das damals mit der Ergänzungsvorlage gewählt worden ist, ist von der Opposition kritisiert worden. Es besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied zu heute: Damals hatten wir einen Haushalt zu verabschieden, und zwar entsprechend der Entscheidung des Staatsgerichtshofes fristgerecht, wohingegen wir es diesmal mit einem verabschiedeten Haushalt zu tun haben und es lediglich darum geht, darauf möglicherweise mit einem Nachtrag zu reagieren.

Wenn ich die jüngste Presseberichterstattung richtig verfolgt habe, geht es den Grünen nicht darum, konstruktive Vorschläge zu unterbreiten, wie durch konkrete Maßnahmen auf Landes- oder Bundesebene die Finanzlage unseres Landes verbessert werden kann. Vielmehr wollen sie die Landesregierung damit beschäftigen, in einem Nachtragshaushalt festzustellen, dass höhere Kredite aufgenommen werden müssen, als für Investitionen ausgegeben wird. Ich sage Ihnen aber noch einmal ganz ausdrücklich, dass dies nicht Sinn und Zweck eines Nachtagshaushaltes ist. Ich habe hier bereits mehrfach ausgeführt, was die rechtlichen Voraussetzungen für einen Nachtragshaushalt sind. Sie

wollen das offenbar nicht zur Kenntnis nehmen. Ihnen geht es nur darum, der Landesregierung zu Unrecht die negative Einnahmesituation anzulasten, die Kommunen, Land und Bund gleichermaßen trifft.

Die Landesregierung hat daraufhin angemessen und zielführend reagiert. Mit Ihren Entscheidungen zur Haushaltsführung im laufenden Jahr, mit dem Beschluss gemäß § 50 Abs. 7 Haushaltsgrundsätzegesetz und mit der Beauftragung der Wirtschaftsberatungsfirma Berger, Vorschläge für ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erarbeiten, sind Maßnahmen für eine sparsame Haushaltsführung im laufenden Jahr, für 2003 und für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ergriffen worden. Im Übrigen hat es auch bereits Entscheidungen auf Bundesebene gegeben, die sich positiv auf die Landesfinanzen auswirken. Ich gehe davon aus, dass die neue Bundesregierung auch weiterhin ihrer Verantwortung für die öffentlichen Finanzen gerecht wird und die Situation in den Ländern und Kommunen berücksichtigen wird.

Ich hoffe, dass die gesamte niedersächsische Opposition uns auf diesem Wege begleiten wird. Wenn man hier manchmal die Reden hört, insbesondere die von Herrn Wulff, kann man daran allerdings erhebliche Zweifel haben.

## (Widerspruch bei der CDU)

Der gegenüber der Landesregierung erhobene Vorwurf, sie verschleiere die negative Finanzentwicklung, wird durch seine Wiederholung nicht richtiger. Die Landesregierung hat wiederholt und zeitnah und im Übrigen auch schon vor der Bundestagswahl den zuständigen Ausschuss und den Landtag von den Einnahmeausfällen unterrichtet. Schon mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes waren für die Betroffenen nachteilige Einsparvorschläge verbunden. Die Opposition hatte nichts Besseres zu tun, als dies zu kritisieren. Die SPD-Fraktion unterstützt demgegenüber die Landesregierung auch weiterhin auf ihrem verantwortungsvollen und schwierigen Weg, die Landesfinanzen zu konsolidieren.

(Möllring [CDU]: Tut sie aber nicht!)

Von den Oppositionsparteien CDU und Grüne ist dazu leider kein sinnvoller Beitrag zu erwarten. Es geht immer nach demselben Muster: Kritik an der Landesregierung wegen der schlechten Finanzlage ohne eigene Sparvorschläge

## (Widerspruch bei der CDU)

und gleichzeitig ungedeckte Wahlversprechen und unbezahlbare Geschenke aus der Wundertüte, wie erst heute Morgen mit der Gebührenfreiheit für Kindergärten.

Ich möchte hier auch einmal Herrn Golibrzuch fragen, wo er als Wahlkampfmanager eigentlich gewesen ist, als das Wahlkampfprogramm der Grünen verabschiedet worden ist. In dem Wahlkampfprogramm ist von seinen Sparbemühungen nichts zu erkennen. Darin werden vielmehr unbezahlbare Forderungen erhoben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Möllring und Herr Wulff haben mit ihrem Turnaround noch nicht einmal die Fehlbeträge finanzieren können, die sie hier kritisieren. Aber Herr Möllring und Herr Wulff turnen sich around und wollen wieder mehr Geld für Dinge ausgeben, die sie nicht finanzieren können.

Dies ist kein verantwortungsbewusster Weg für unsere Finanzen hier im Lande. Ich verspreche Ihnen schon heute, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen nicht auf den Leim gehen werden. Dies haben sie schon bei der Bundestagswahl eindrucksvoll bewiesen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Nach den Fraktionen möchte sich jetzt Herr Minister Aller äußern. Bitte sehr!

## Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden Oppositionsfraktionen haben ja eben nachdrücklich gefordert, einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Die Begründungen sind nicht neu. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, zielt die Fragestellung insbesondere der Herren Möllring und Golibrzuch auf das Verfahren ab, das in Richtung auf das Haushaltsjahr 2003 abgewickelt werden muss.

Nun mag es ja richtig sein, Herr Möllring, dass die Opposition die Regierung auffordert, so zu handeln. Aber ich spiele den Ball einmal zurück und frage Sie: Was haben Sie der Bevölkerung und diesem Land im letzten Jahr eigentlich an echten Lösungsvorschlägen angeboten, in diesem Haus und insbesondere in Ihren beiden Wahlprogrammen?

#### (Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, das sind zwei Nullnummern - die allerdings den Vorteil haben, dass Sie in ihnen das erste Mal den Versuch unternehmen, Ihre Sachund Fachpolitik in einen Zusammenhang mit ihrer Finanzierung zu stellen.

Sie haben eben in dankenswerter Offenheit dieses Monster "Turnaround-Fonds" beschrieben. Aber das ist nichts anderes, als so zu tun, als könne man aus dem Haushalt - von dem Sie ja selbst sagen, er sei ausgelutscht - 1,5 Milliarden Euro generieren, um sie sofort wieder auszugeben. Sie haben völlig vergessen, dass Sie in Ihrem Beitrag vorher gesagt haben, das große Problem der niedersächsischen Finanzen sind die 2 Milliarden Euro, die nicht gedeckt seien. Wollen Sie die stehen lassen, oder finden die in Ihrem Programm gar nicht statt? - Also, da werden Sie nacharbeiten müssen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß.

Nächster Punkt. Sie haben unterstellt, diese Landesregierung versuche, die reale Situation zu vertuschen. Dazu darf ich Ihnen erst einmal sagen, dass die Landesregierung die Steuereinnahmen und die Verrechnungen mit dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen Quartal für Quartal dargestellt hat. Sie haben das immer zur Kenntnis genommen und in Ihrer Darstellung das Chaos sozusagen weiter verstärkt.

Was auf jeden Fall nicht stimmt, ist die Behauptung, wir hätten mit den Zahlen hinterm Berg gehalten. Das haben wir insbesondere zu dem Zeitpunkt nicht, als wir die mittelfristige Finanzplanung, basierend auf der Mai-Steuerschätzung, vorgestellt und die Handlungsbedarfe, die in den kommenden Jahre zu erwirtschaften sind, offen gelegt haben. In dieser Deutlichkeit, Herr Möllring und Herr Golibrzuch, hat keine Landesregierung vor 1990 im Landtag gesagt, was zu erledigen ist, um den Haushalt auszugleichen.

Das geht an die Adresse der Regierung selbst - das ist selbstverständlich -, das geht an die Adresse der Regierungsfraktion, das geht aber auch an die Adresse der Oppositionsfraktionen, die diese Zahlen zur Kenntnis genommen und kritisiert haben. Sie, Herr Möllring, haben daraus die Schlussfolgerungen gezogen - bzw. haben dies als Lösung angeboten -, einmal in jedem Einzelplan zu gu-

cken, was noch übrig ist. Aber es hindert Sie doch niemand, diese Schlussfolgerung in Ihrer eigenen Politik umzusetzen. Das einzige Problem, das Sie dann hätten, wäre, dass Sie das erste Mal in den letzten zwölf Jahren sagen müssten, wo Sie substantiell in bestehende Haushaltskapitel eingreifen wollen, und dass Sie den Konflikt mit den betroffenen Menschen eingehen müssten.

#### (Beifall bei der SPD)

Im Gegensatz dazu haben wir mit der mittelfristigen Finanzplanung das Konsolidierungskonzept vorgelegt, unterstützt durch Roland Berger, was Sie ja kritisiert haben. Darüber hinaus haben wir die Maßnahmen benannt, die wir durchführen wollen. Am schärfsten kritisiert - man beachte, woher die Kritik gekommen ist - wurde der Eingriff in die Personalkosten. Es ist eines der schwierigsten Probleme in der Landespolitik, noch weiter in bestehende Personalstrukturen einzugreifen, wenn man schon über 12 000 Stellen eingespart hat.

Wo stehen wir heute? - Ich will es Ihnen sagen. Wir haben einen Fahrplan vorgelegt, der in der Tat auf den Wahltermin 2. Februar 2003 ausgerichtet ist. Bis dahin werden Sie, aber insbesondere die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, wie dieser Fahrplan abgearbeitet worden ist.

Im Übrigen: Angesichts der Bundestagswahl, die ja vor der Tür stand, wäre es völlig sinnlos gewesen, einen Nachtrag aufzustellen. Man stelle sich vor, Stoiber hätte gewonnen: Was hätten das Land Niedersachsen und seine Kommunen ihre Haushalte umstricken müssen angesichts 45 Milliarden Euro Mindereinnahmen und Mehrausgaben, die die CDU in ihr Wahlprogramm geschrieben hatte!

Wir haben also gesagt, wir warten die Bundestagswahl ab. Wir haben die Mittelfristplanung mit einem ersten Finanzierungsblock - Konsolidierungsprogramm - belegt und stellen nun fest, dass die Bundesregierung ein aus einer Vielzahl von Maßnahmen bestehendes Konsolidierungspaket beschlossen hat, das nach jetzigem Stand für das Land Niedersachsen im Jahr 2003 200 Millionen Euro, im Jahr 2004 500 Millionen Euro, im Jahr 2005 780 Millionen Euro und im Jahr 2006 760 Millionen Euro bedeutet. Diese wesentlichen Beträge könnte Niedersachsen generieren, wenn das Programm die Unterstützung auch im Bundesrat bekäme, die aber von einigen hier im Haus ja offensichtlich nicht gewährt werden will. Wichtig

für Niedersachsen ist aber auch, dass die Kommunen an diesem Paket partizipieren, und zwar - nach den derzeitigen Berechnungen - im Jahr 2003 mit 92 Millionen Euro, im Jahr 2004 mit 320 Millionen Euro, im Jahr 2005 mit 575 Millionen Euro und im Jahr 2006 mit 522 Millionen Euro.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Was sind denn das für Zahlen?)

- Herr Wulff, wenn Sie jetzt fragen, was das für Zahlen sind: Das ist das Paket, das die Koalition geschnürt hat, umgerechnet aus den Tabellen, die veröffentlicht worden sind. Sie hätten diese Umrechnung auch vornehmen können. Vielleicht hätten Sie dann vermieden, hier deutlich zu erklären, Sie würden alles, aber auch alles, was diese Koalition auf den Weg gebracht hat, im Bundesrat blockieren.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wer hat das denn gesagt?)

Sie tun Niedersachsen damit einen Tort an, weil Sie Einnahmen, die aus der Regierungspolitik von Gerhard Schröder kommen und die für jedes Bundesland, für jede Kommune in Deutschland von Nutzem sind, verhindern. Ich warne Sie: Die Bürgerinnen und Bürger werden erkennen, dass Ihre vordergründige Politik, wie Sie sie heute Morgen vorgetragen haben, nicht durchträgt, und werden Sie messen an Ihren Handlungen - nicht an *Ihren* Handlungen, denn Sie haben da ja nichts zu sagen, sondern an den Handlungen der CDU.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich habe heute Morgen gar nicht gesprochen!)

Letzter Punkt. Sie haben heute Morgen sehr deutlich gesagt, dass Sie den großen Finanzierungsblock, den der Ministerpräsident zusammen mit anderen Ministerpräsidenten zur Finanzierung von Bildung in die Diskussion gebracht hat, nicht mittragen wollen.

## Vizepräsident Jahn:

Herr Minister!

# Aller, Finanzminister:

Keine Zwischenfragen, bitte! - Dieser Block besteht aus der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer. Sie haben sofort erklärt, dies komme nicht in die Tüte, stellen aber gleichzeitig knapp 200

Millionen Euro zusätzliche Ausgaben in Niedersachsen für Lehrkräfte und Kindergärten in den Raum, ohne dass Sie vorher das abgearbeitet haben, was Herr Möllring eben gegeißelt hat.

Ziehe ich ein Fazit, hat diese Landesregierung zwei Dinge gemacht, die Verlässlichkeit demonstrieren.

Erstens. Wir haben den Fahrplan, den wir Anfang dieses Jahres vorgestellt haben, konsequent eingehalten und umgesetzt. Wir haben im Laufe des Jahres durch unsere Haushaltsbewirtschaftung und durch Konsolidierungsblöcke, die wir formuliert haben, deutlich gemacht, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Zweitens. Nach der Steuerschätzung am 12. November werden wir die Situation bewerten und dann auch mit Aktivitäten an den Landtag herantreten. Dann werden Sie sich wieder verhalten müssen.

Bis jetzt haben Sie jedenfalls jede konkrete Mitarbeit vermissen lassen und sich stattdessen auf die Beschreibung der Situation zurückgezogen. Das wird nicht reichen, um überzeugend Politikfähigkeit präsentieren zu können. Am Ende, am 2. Februar nächsten Jahres wird deutlich sein, dass diese Landesregierung die schwierigste finanzpolitische Phase, durch die Niedersachsen je gegangen ist, in den Griff bekommen hat und die Perspektiven für die nächste Legislaturperiode überzeugend darstellt. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Mir liegen zwei Anträge auf zusätzliche Redezeit vor. Zunächst erteile ich Herrn Möllring das Wort für bis zu drei Minuten und dann Herrn Golibrzuch für bis zu zwei Minuten.

# Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Aller, wenn das Ihre Abschiedsbilanz als Minister sein soll: Ich würde mich schämen, eine solche Bilanz zu übergeben. Es muss doch peinlich sein, nicht nur 1,5 Milliarden Euro Kassenkredit, sondern für 2003 auch noch einen Haushalt zu übergeben, bei dem ca. 2 Milliarden Euro schlichtweg nicht gedeckt sind. Das ist doch der Offenbarungseid jeder Finanzpolitik.

Es ist ja nicht die Frage, was in den einzelnen Häusern übrig ist, sondern es geht darum: Was ist wichtig für Niedersachsen, was bringt Niedersachsen voran, und was wollen wir finanzieren? Sie haben vor zwölf Jahren gefordert, alle Kindergärten müssten kostenfrei sein. Nach zwölf Jahren haben Sie erst 20 % geschafft. Wir sagen, wenigstens das letzte Kindergartenjahr muss frei sein. Wir haben errechnet, das macht 0,3 % des gesamten Landeshaushalts aus. Nun muss man sich eben hinsetzen, einen Fonds schaffen und sagen, das und das wollen wir bezahlen, und andere Aufgaben müssen über Bord gekippt werden.

(Dr. Domröse [SPD]: Dann macht doch mal!)

Wir haben Ihnen seitenweise vorgelegt, wie es ist. Sie haben alles abgebügelt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich wundere mich schon: Da wird ein Koalitionsvertrag geschlossen. Der wird schön in Plastik eingebunden - das ist nicht sehr ökologisch, aber etwas anderes war nicht zu kriegen. Dann bekamen alle Abgeordneten bis ins letzte Dorf vorgerechnet, wie es sich dort auswirken würde. Und dann stellen sich heute hier alle wieder hin - der Ministerpräsident und die Minister - und sagen: Ja, da gibt es noch Ungereimtheiten. Das muss alles noch überprüft werden, ob es sinnvoll ist, ob wir das überhaupt machen können, ob wir das wollen usw. Der ganze Koalitionsvertrag ist noch nicht mal das Plastik wert, in das er eingebunden ist.

Sie stellen sich aber hierher und sagen, Sie konnten vor der Wahl keinen Haushaltsplan aufstellen. Genau das hat ja der Ministerpräsident gesagt: Die Wahrheit vor der Wahl, das hätten Sie wohl gerne gehabt. - Welches Risiko sind Sie denn eingegangen? Wenn Stoiber gewonnen hätte, wir zwei, drei Sitze mehr gehabt hätten und die FDP einen Prozentpunkt mehr gehabt hätte, dann wäre es überhaupt kein Problem gewesen.

(Möhrmann [SPD]: Kein Problem?)

Dann wäre die Wirtschaft angesprungen.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Dass Sie da noch lachen mögen!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wer derart die wirtschaftliche Zukunft im Lande abwürgt, der weiß nicht mehr, wie es aussieht. Ich möchte Ihnen ein einziges Beispiel sagen,

(Zurufe von der SPD: Lieber nicht! - Hildesheim!)

was in dem Blumen erzeugenden Land Niedersachsen erhebliche Bedeutung hat und Betriebe nach Holland vertreiben wird. Ich habe neulich einen Betrieb besucht, der Weihnachtssterne für Aldi herstellt. Das sind diese roten Blumen.

(Mientus [SPD]: Tatsächlich?)

- Entschuldigen Sie. Sie wissen das. - Wenn die davon 100 000 Stück herstellen, aber plötzlich die Mehrwertsteuer von 7 % um neun Prozentpunkte auf 16 % nicht nur verdoppelt, sondern mehr als verdoppelt wird, dann ist das bei einem Verkaufswert von 99 Cent eine Katastrophe für diesen Betrieb, und dann wird sich dieser Betrieb auch nach der Ökosteuer irgendwann überlegen, ob er sich nicht 50 km weiter in Holland ansiedelt, wo er die Ökosteuer nicht hat, wo die Gaspreise subventioniert werden und wo es mit der Mehrwertsteuer anders ist. Dann werden Sie demnächst Ihre Pflanzen bei Aldi aus holländischer Produktion und nicht mehr aus niedersächsischer Produktion kaufen. Sie müssen hier doch einmal sehen, dass hier Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Beifall bei der CDU)

Meinen Sie, die Arbeitsplätze gehen nach Niedersachsen? Dann stellen Sie sich her und sagen "Rot-Grün ist gut für Niedersachsen". Der Weihnachtsstern ist rot-grün. Der wäre gut für Niedersachsen gewesen. So etwas begrüßen Sie noch!

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Keine Ahnung!)

# Vizepräsident Jahn:

Bis zu zwei Minuten Redezeit erhält Herr Golibrzuch.

(Zuruf von der SPD: Was für Blumen hat er?)

## Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie rechnen hier als zusätzliche Landeseinnahmen den Nettobetrag, der aus den Besteuerungsbeschlüssen der rot-grünen Koalition für Niedersachsen eintreten würde. Ich halte diesen Betrag nicht für belastbar, weil er z. B. daraus resultiert, dass es eine rotgrüne Vereinbarung in Berlin ist, die Ausnahmetatbestände in der Ökosteuer insbesondere für energieintensive Produktionszweige zu korrigieren. Wenn Sie das hereinrechnen, dann müssten Sie fairerweise das herausrechnen, was Ministerpräsident Gabriel in den letzten beiden Tagen an Einwänden gegen diesen Koalitionsvertrag deutlich gemacht hat, nämlich dass insbesondere diese Ausgleichstatbestände bei der Ökosteuer vonseiten des Landes Niedersachsen auf den Prüfstand gestellt werden, weil z. B. ein Unternehmen wie die Salzgitter AG davon möglicherweise negativ betroffen wäre. Wenn Sie das hier so tun, müssten Sie fairerweise auch das herausrechnen, was der Ministerpräsident in Frage gestellt hat, nämlich die höhere Besteuerung der privaten Nutzung von Dienstwagen, weil auch hier möglicherweise - so interpretiert es jedenfalls die Staatskanzlei - niedersächsische Interessen berührt sind.

Wir haben das bisher vorbehaltlos gerechnet. Ich kann Ihnen nur sagen: An Ihrer Stelle und in der Argumentation der Staatskanzlei und des Finanzministeriums gibt es mindestens diesen Widerspruch.

Sie müssen dann fairerweise auch hineinrechnen, was es für den Landesdienst bedeutet, wenn die Rentenversicherungsbeiträge um zwei zehntel Prozentpunkte ansteigen. Sie müssten fairerweise hineinrechnen, was es bedeutet, wenn die Krankenversicherungsbeiträge für Arbeiter und Angestellte im Landesdienst um vielleicht bis zu sieben zehntel Prozentpunkte steigen. Das sind angesichts des hohen Personalbestandes des Landes enorme Lasten. Ich behaupte: Es wird in der Summe jedenfalls zu keiner Entlastung des Landeshaushalts führen.

Wenn die Situation heute so ist, wie wir das beschreiben, dann hat das damit zu tun, dass sich das Land Niedersachsen in den zurückliegenden Jahren, ob wirtschaftspolitisch sinnvoll oder nicht, Sonderlasten und Ausgaben geleistet hat, die so und in dieser Form in anderen Bundesländern nicht angefallen sind. Dazu gehört dann eben die teilweise Übernahme des Expo-Defizits, das negative Sondervermögen des Landeshaushalts. Dazu gehören die BEB-Last und die Tatsache, dass man einen aussichtslosen Prozess bis in die letzte Instanz getragen hat, der allein durch Gerichts- und Anwaltskosten zu einer zweistelligen Belastung des Haushalts geführt hat. Dazu gehört der vorzei-

tige Lückenschluss der A 31 im Emsland. Wenn man das will, dann ist das in Ordnung. Das kostet aber mehr für das Land, als wenn man darauf gewartet hätte, dass der Bund dies finanziert. Dazu gehört natürlich auch eine Ausgabe wie das Emssperrwerk.

Alles das belastet den niedersächsischen Landeshaushalt letztlich um einen zusätzlichen Milliardenbetrag, der in dieser Form in anderen Bundesländern nicht anfällt. Deswegen ist es keine Überraschung, wenn sich Niedersachsen im Vergleich zu anderen Ländern bei der Kreditfinanzierungsquote des Haushalts, bei der Zins-Steuer-Quote des Haushalts deutlich schlechter darstellt als insbesondere alle anderen westdeutschen Bundesländer.

Deswegen prognostizieren wir Ihnen: Das wird ein verfassungswidriger Nachtragsetat sein, den Sie hier vorlegen, weil Ihnen in der Vergangenheit zu drastischen Einsparungen die Kraft gefehlt hat und weil Sie auch bisher nicht den Mut hatten, vor dem Wahltag den Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen reinen Wein einzuschenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU)

#### Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Möhrmann hat das Wort.

## Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute in der *Hildesheimer Zeitung* gelesen, dass ein gewisser Herr Machens sagt - - -

(Möllring [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht! In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung!*)

- richtig, das stand in der *Hannoverschen Allge-meinen Zeitung*; Entschuldigung -, dass Herr Möllring lügt.

(Möllring [CDU]: Nein, das steht nicht darin!)

Herr Machens habe das gesagt. - Ich weiß nicht, ob das stimmt. Da will ich mich auch nicht einmischen. Aber ich will hier an dieser Stelle erklären, dass Herr Möllring als Finanzexperte keine Ahnung hat, wie unser Umsatzsteuersystem funktioniert; denn die Umsatzsteuer trägt nicht der herstellende Betrieb, sondern der Endverbraucher.

(Rolfes [CDU]: Ach du lieber Gott!)

Meine Damen und Herren, wenn ich Finanzexperte bin, dann muss ich mich auch an diesem Punkt im System bewegen und kann ich nicht irgendetwas behaupten und darüber Krokodilstränen vergießen.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Jahn:

Herr Möhrmann, möchten Sie eine Frage des Kollegen Rolfes beantworten?

## Möhrmann (SPD):

Nein, ich habe nur noch drei Minuten. Ich möchte gerne noch auf einen Punkt zu den beiden Kollegen eingehen.

(Rolfes [CDU]: Wer so wenig davon versteht, der vertreibt die Arbeitsplätze!)

Ich habe mir am vergangenen Wochenende die Wahlkampfprogrammentwürfe meiner schwarzen Brüder und Schwestern und auch meiner grünen Brüder und Schwestern angesehen.

(Möllring [CDU]: Da kann man etwas lernen!)

Da ist mir etwas aufgefallen. Mir ist bei der CDU aufgefallen, dass sie sich im Wesentlichen nicht mit neuen Ideen, sondern mit Beschimpfungen der jetzigen Landesregierung präsentieren will. Das kann man als Opposition tun. Ob man damit gewinnt, ist die Frage.

Dann ist mir aufgefallen, dass, wenn wir hier Haushaltsdebatten führen und über den Landeshaushalt reden, gerade auch Herr Möllring und Herr Wulff sagen: Nun muss man ehrlich sein. Landesregierung, sei doch mal ehrlich! - Herr Wulff und Herr Möllring, dann gehört aber auch dazu, dass Sie bei Ihren Forderungen genau so ehrlich sind.

(Rolfes [CDU]: Das ist hier kein Benimm-Kurs! Sag' mal etwas zur Politik!)

Wenn das alles stimmt, was Herr Möllring hier sagt, dann können Sie die 2 500 Lehrer nicht bezahlen und dann können Sie auch den "läppischen" Betrag von 72 Millionen Euro, wie er vorhin gesagt hat, für die Kindergärten nicht bezahlen - um nur zwei Punkte zu nennen.

(Rolfes [CDU]: Niemand hat "läppisch" gesagt!)

Den Turnaround können Sie nicht bezahlen, und die anderen schönen Forderungen wie "mehr Polizisten" können Sie auch nicht bezahlen. Sie müssen sich also entscheiden, was Sie wollen.

Jetzt zu dem Herrn Kollegen Golibrzuch. Der stellt sich ja hier immer so dar, als ob er der große Finanzexperte ist und der Landesregierung sagt, wo es längs geht.

(Frau Harms [GRÜNE]: Was heißt hier, der tut so?)

Mein lieber Michel Golibrzuch, ich habe das Programm gelesen, das ihr euren Delegierten vorlegt. Ich bin sehr überrascht, wie ich darin die Handschrift von Herrn Golibrzuch wieder gefunden habe. Anscheinend gibt es in Niedersachsen überhaupt kein Finanzproblem; denn da wird immer noch so getan, als ob im Himmel Jahrmarkt sei. Auch Sie werden damit so nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen noch ein Drittes: Der Finanzminister hat hier zu jeder Zeit berichtet, wie die finanzielle Lage des Landes ist. Er wird das auch weiter tun, und er wird das auch im November tun. Wir werden Ihnen dann die Realitäten, wie sie sich dann aufgrund der neuen Steuerschätzung darstellen, hier auf den Tisch legen. Wir werden - das wird dann wohl so sein - als Einzige der Bevölkerung - wie wir es auch schon in der Mipla gesagt haben - Lösungsansätze vorschlagen. Von Ihnen hören wir immer nur "Ihr müsst", aber keine eigene Antwort, und von Ihnen hören wir sogar immer noch sehr viel mehr Forderungen. Das wird, glaube ich, nicht tragend für den 2. Februar sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Aller hat das Wort.

## Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gefährliche an solchen Debatten ist, dass Sie hier nicht den Zusammenhang und die Komplexität der Situation darstellen, sondern dass jeder versucht, einige wenige Beispiele als überzeugende Darstellung vorzutragen.

Herr Golibrzuch hat soeben über die Aussagen des Ministerpräsidenten zur Energie- und Wirtschaftsproblematik sinniert. Er hat dann suggeriert, die im Rahmen der Koalitionsvereinbarung getroffenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ökosteuer hätten negative Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Das haben Sie suggeriert. Die Ökosteuer, Herr Golibrzuch, hat aber nichts mit dem Landeshaushalt zu tun. Das wissen Sie. Sie tun aber so, als sei das so.

Ferner haben Sie das Emssperrwerk als Beispiel für Investitionen in Niedersachsen angeführt, die eine besondere Last darstellen. Nun will ich Ihnen deutlich sagen, dass die von uns im Zusammenhang mit dem Emssperrwerk aufgenommene Sonderlast im Ergebnis auch positive Auswirkungen auf den Hochwasserschutz und auch auf den dortigen Wirtschaftsstandort haben wird. Diese Mehrheitsfraktion, diese Regierung hat ganz bewusst entschieden, dies zu tun. Die betreffende Region weiß, welche Bedeutung diese Entscheidung für sie als Wirtschaftsstandort hat.

#### (Beifall bei der SPD)

Sie können das ja kritisieren. Das Geld sparen Sie dadurch aber nicht ein. Der Lösungsvorschlag, den Sie zur Konsolidierung des Landeshaushalts immer öffentlich präsentieren, ist der Schönste, den ich mir überhaupt vorstellen konnte. Sie verlangen Bundeshilfen. Können Sie mir einmal sagen, welche Bundeshilfen das sein sollen und wer sie bezahlen soll? Vielleicht die rot-grüne Koalition in Berlin oder Ihre Fraktion in Berlin? - Die anderen Länder und die Bundesgrünen lachen sich doch tot. wenn Sie mit einem solchen Vorschlag kommen. Sie haben ein Portmonee aufgemacht, in dem sich ein Stück Papier befindet, nicht aber eine Unterschrift von jemandem, der Ihnen einen Scheck unterschreibt. Das ist ein Beispiel dafür, wie man mit den Wählerinnen und Wählern nicht umgehen kann. Das werden Sie merken.

Nun noch ein paar Worte zu dem, was soeben von der CDU-Fraktion erklärt worden ist. Es kann doch nicht wahr sein, dass ich mich in Niedersachsen hinstelle und erkläre, dass dieser Landeshaushalt mit erheblichen Problemen behaftet sei. Die Landesregierung hat dann aber Vorschläge zu drei wichtigen zentralen Bausteinen unterbreitet - ers-

tens im Zusammenhang mit der Mipla ein Konsolidierungskonzept in einer Größenordnung von rund 500 Millionen plus im Jahr 2004 und in einer Größenordnung von 700 Millionen plus im Jahr 2006 -, die Sie jedoch gleich pauschal abgelehnt haben mit dem Ziel, die Haushaltslöcher möglichst groß zu lassen. Im Anschluss daran haben Sie die Landesregierung in der nächsten Sitzung aber aufgefordert, doch bitte schön zu sagen, wie sie die Haushaltslöcher zu schließen gedenkt. Wenn wir diese Größenordnung zur Disposition stellen, dann stellen wir uns auch der Auseinandersetzung mit den Betroffenen. Wenn wir sagen, dass wir Liegenschaften verkaufen, dann darf ich daran erinnern, dass wir soeben in einer Art und Weise über Schloss Ringelheim gesprochen haben, dass ich in der Versuchung war zu fragen, ob Herr Eppers das Schloss Ringelheim zurückkaufen will, damit wieder Geld in die Kasse des Landes zurückkommt und der Haushalt nicht laufend durch ein Schloss belastet wird, das abgängig ist und mit dem das Land definitiv nichts mehr anfangen konnte.

> (Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist ja ein toller Denkmalschutzgedanke, den Sie da Privaten zumuten!)

Eine solche diffuse Politik, Herr Wulff, versteht niemand, auch nicht in Salzgitter, damit das deutlich ist. Sie haben erklärt, Sie würden Berlin in den zentralen Positionen, die Landes- und Kommunalhaushalte entlasten, nicht unterstützen. Wenn Sie das hier so deutlich sagen, ist das doch in Ordnung. Dann müssen Sie für die rund 700 Millionen, die zur Disposition stehen, aus der CDU-Problematik und der CDU-Programmatik aber auch Deckungsvorschläge unterbreiten. Dazu sind Sie jedoch nicht in der Lage. Sie sagen in Ihrem Programm kein Wort dazu. Auch hier haben Sie nichts dazu gesagt.

(Rolfes [CDU]: Wenn Sie in der Lage wären, einen vernünftigen Nachtragshaushalt vorzulegen, könnten wir auch vernünftig diskutieren!)

Wenn Sie sagen, Sie wollten die Bildungspolitik nicht in der vom Ministerpräsidenten dargestellten Weise über den Generationenvertrag finanzieren, dann haben Sie wieder ein Problem. Wie wollen Sie das mittragen, was wir als bildungspolitische Konzeption in der mittelfristigen Finanzplanung und auch in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen vertreten haben? Sie müssen zusätzlich noch Ihre 2 500 Lehrer und Ihre

Versprechungen zu den Kindergärten draufpacken. Dann erreichen Sie schnell eine Größenordnung von mehr als einer halben Milliarde Mark. Auch darauf verweigern Sie aber eine Antwort. Das ist mehr, als Ihr Turnaround-Programm insgesamt überhaupt auf den Markt bringt. Wenn im Augenblick Unglaubwürdigkeit im Spiel ist, dann bei Ihnen, Herr Wulff, denn Sie waren bisher zu keinem Zeitpunkt und auch hier wieder nicht in der Lage, Ihr Wahlprogramm zu quantifizieren. Gleichzeitig aber bekämpfen Sie jeden konkreten Konsolidierungsvorschlag der Niedersächsischen Landesregierung. Inzwischen wollen Sie offensichtlich auch den Bundesrat zum Bremsklotz bei denjenigen Maßnahmen machen, die in Berlin durchgesetzt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, es besteht Bedarf an zusätzlicher Redezeit. Bis zu drei Minuten für Herrn Wulff und bis zu zwei Minuten für Herrn Golibrzuch.

> (Zuruf von der SPD: Dann möchte ich Herrn Möllring aber auch noch hören!)

## Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut schon weh, Herr Minister Aller, wenn man Sie hier seit Jahren Finanzpolitik betreiben sieht. Sie haben dies als Vorsitzender der SPD-Fraktion getan, Sie haben es zuvor als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion getan, und Sie tun es jetzt als Finanzminister. Bei jedem aufkommenden Problem kennen Sie immer nur eine einzige Antwort: Auf der Einnahmeseite wollen Sie die Probleme durch mehr Steuern, durch neue Steuern, durch neue Abgaben und neue Belastungen der Bürger und der Wirtschaft in den Griff bekommen.

(Dr. Schultze [SPD]: Wie finanzieren Sie denn Ihre Wünsche?)

Im Ergebnis führt dies aber dazu, dass Sie trotz höherer Belastungen immer weniger einnehmen; denn wir wissen aus der Erfahrung anderer Länder, dass eine durchgreifende Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Arbeitstarifrechts und vor allem aber auch der Haushalte viel größere Effekte auf eine dynamische und das Wirtschaftswachstum fördernde Steuerpolitik hat.

(Möhrmann [SPD]: Jetzt konkret, Herr Wulff!)

Dies ist die Erfahrung anderer Länder, die ihre Haushalte in Ordnung gebracht haben. Was Dänemark, Holland, Spanien, Portugal und Amerika eint, ist die Senkung der Staatsquote um 6 bis 12 %. Dort hat man sich im staatlichen Sektor der Ausgabeseite zugewandt.

(Zurufe von der SPD)

Sie, Herr Aller, gehen aber nie auf die Ausgabeseite, sondern immer auf die Einnahmeseite. Die Vorschläge, die Roland Berger für 600 000 Euro vorgelegt hat, sind weitestgehend von Herrn Golibrzuch und der CDU-Fraktion bereits in den Jahren 1995, 1996 und 1997 unterbreitet worden, ohne dass wir auch nur einen Pfennig dafür verlangt haben, weil wir unserer Pflicht im Parlament nachgekommen sind und nicht als Gutachter abkassiert haben für einen perspektivlosen Finanzminister, der von selbst nicht auf solch durchgreifende Ideen kommt.

(Beifall bei der CDU)

Das Problem ist, dass Sie die Menschen mit Ihren Berliner Beschlüssen mit 22,4 Milliarden Euro belasten wollen. Das ist mehr als der doppelte Solidaritätszuschlag, der nur 11,2 Milliarden einbringt. Am Ende werden Sie feststellen, dass Sie diese Mehreinnahmen nur virtuell errechnet haben. Sie nehmen tatsächlich aber noch weniger ein, weil Sie die Wirtschaft damit vor die Wand fahren. Das ist das, was Sie begreifen müssen. Irgendwann muss man sich der Ausgabeseite zuwenden und darf auf der Einnahmeseite nicht noch mehr neue Belastungen der Bürger herbeiführen. Dort liegt der Denkfehler. Deshalb lohnt es sich auch nicht, mit Ihnen über Finanzpolitik zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Jahn:

Herr Golibrzuch!

# Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Aller, ob Sie das Emssperrwerk für sinnvoll halten oder nicht - davon wird es nicht billiger. Natürlich stellt es für den niedersächsischen Haushalt eine Sonderlast dar. Wenn Sie mich danach fragen, wie es mit den Bundeshilfen ist, will ich Ihnen sagen:

Wir sind froh darüber, dass sich der Bund bereit erklärt hat, für die Ausweitung des Ganztagsschulangebotes in allen Bundesländern ein milliardenschweres Programm auf den Weg zu bringen. Wir machen uns allerdings Sorgen; denn das Land ist so pleite, dass es die dafür notwendige und in der Diskussion befindliche Kofinanzierung möglicherweise nicht bereitstellen kann. Ich bin mir völlig unsicher, wie das Land - egal, wie die Wahl ausgehen wird - die Kofinanzierung für die 20-prozentige Versorgungsquote bei den Krippenplätzen sicherzustellen gedenkt. Ich weiß es nicht, und auch Sie wissen es nicht; denn sonst würden Sie es auch sagen.

Es ist einfach so - Sie können das auch nicht wegdiskutieren -, dass sich Niedersachsen in einer schlimmeren Situation befindet als alle anderen Bundesländer. Darüber hinaus ist es so, dass Sie die Personalkostenquote in der mittelfristigen Finanzplanung schon gar nicht mehr angeben. Sie kann aufgrund der Ausgliederung in Landesbetriebe und der dortigen Budgetierung auch kaum noch ehrlich abgebildet werden. Es ist leider aber auch so, dass Sie durch bilanzverlängernde Maßnahmen, durch das Einstellen fiktiver Miet- und Pachtzahlungen die Personalkostenquote und auch die Kreditfinanzierungsquote herunterrechnen. Würden Sie das nicht tun und auf diesen Effekt in jedem Einzelplan verzichten, hätten Sie eine deutlich höhere Personalkostenquote, als dies schon ietzt ohnehin der Fall ist.

Wenn Sie die Situation Niedersachsens mit der Situation anderer Bundesländer vergleichen, dann werden Sie feststellen, dass Niedersachsen allerspätestens im Jahr 2003 an dem Punkt angelangt sein wird, an dem vor einigen Jahren auch Bremen und das Saarland gewesen sind, als sie Bundeshilfen, die man ja nicht freiwillig bekommt, eingeklagt haben. Das war die damalige Situation, in der Bremen und das Saarland bei allen wichtigen Haushaltsdaten gegenüber allen anderen Bundesländern einen so großen Abstand hatten, dass sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Finanzprobleme aus eigener Kraft zu bewältigen. In Niedersachsen stehen wir jetzt vor exakt der gleichen Situation.

Wenn Sie immer wieder darauf herumreiten, dass Sie in dieser Legislaturperiode mehr als 5 500 Stellen gestrichen hätten, dann sage ich Ihnen: Das stimmt zwar. Gleichzeitig haben Sie aber noch mehr neue Stellen geschaffen. Ich will hier nicht nach der Sinnhaftigkeit von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, wohl aber nach der Sinnhaftig-

keit von 500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten fragen.

Der entscheidende Punkt aber ist: Wir haben das auch gewollt. Zu jedem einzelnen Vorschlag, den wir hier vorgelegt haben, haben wir aber immer seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung unterbreitet. Wir haben Ihnen jedes Mal vorgeschlagen, das Haushaltsvolumen um bis zu 200 Millionen Euro - damals um bis zu 300 oder 400 Millionen DM - herunterzufahren. Wir hätten heute weniger Zinsausgaben, wir hätten einen größeren Gestaltungsspielraum. Natürlich sind wir jetzt auch in der Lage, Einsparvorschläge bis zu 250 Millionen Euro zu unterbreiten, aber wir sind auch so ehrlich zuzugeben, dass das bei Weitem nicht reichen wird, um das finanzielle Desaster, das Sie hier angerichtet haben, auszugleichen.

Deshalb sagen wir auch: Ohne Bundeshilfen, seien sie zweckgebunden für die Ganztagsschulangebote oder seien sie allgemein für den Etatausgleich, wird dieses Land strukturell handlungsunfähig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich sehe mich jetzt in der Lage, die Beratung zu schließen. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Wer ihr zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, erhält Herr Möllring die Möglichkeit zu einer persönlichen Bemerkung nach § 76 unserer Geschäftsordnung. Bitte sehr!

(Wegner [SPD]: Er beschwert sich jetzt, dass Herr Wulff gesprochen hat! - Heiterkeit bei der SPD)

## Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Möhrmann, Sie haben zwei Vorwürfe gegen mich erhoben. Den einen mache ich mit der Zeitung bzw. außerhalb des Parlaments ab. Zweitens haben Sie gesagt, ich hätte keine Ahnung, wie das bei Aldi geht. Grundsätzlich haben Sie ja Recht, dass

es der Kunde bezahlen muss, wenn ich etwas verkaufe und die Mehrwertsteuer erhöht wird. Verträge bei Aldi für Blumen, Lebensmittel und Milchprodukte lauten aber anders.

> (Schurreit [SPD]: Jetzt erkläre doch einmal, was du sagen wolltest! -Weitere Zurufe von der SPD)

# Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick bitte, Herr Möllring. Sie haben nur Angriffe zurückzuweisen.

# Möllring (CDU):

Herr Möhrmann hat gesagt, ich hätte keine Ahnung, wie das bei Aldi läuft.

(Lachen bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Ich war schon fast fertig, Herr Präsident. - Da wird dem Lieferanten ein Vertrag gemacht, den er zu unterschreiben hat. Dieser hat für einen Endverkaufspreis zu liefern. Ob ihm zwischendurch Kosten, Steuern oder sonst etwas erhöht werden, interessiert den Abnehmer nicht. Deshalb ist es für den Lieferanten eine Katastrophe, wenn Sie die Mehrwertsteuer zwischendurch erhöhen.

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Gilt das für Lidl auch? - Möllring [CDU]: Für Lidl gilt das auch! - Unruhe)

## Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, das Präsidium freut sich über die rege Anteilnahme hier im Hause. Es wäre noch dankbarer, wenn Sie Ihre Aufmerksamkeit jetzt dem Tagesordnungspunkt 15 zuwenden könnten.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 15: Einzige (abschließende) Beratung:

Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge an niedersächsischen Hochschulen - Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/2776 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 14/3731

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Darum kann ich gleich dem Kollegen Klare das Wort in der Aussprache erteilen.

## Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute ein bisschen spät geworden. Aber auch noch um diese Zeit fordern wir die Landesregierung auf, die Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge an unseren niedersächsischen Hochschulen aufzuheben.

> (Dr. Domröse [SPD]: Stellen Sie die Personalstellen zur Verfügung! Was kostet das? Dann bezahlen wir es!)

- Wenn Sie weniger dazwischenrufen, kann ich in Ruhe und auch kurz vortragen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zuhörten.

Es geht um eine Detailfrage, die wir hier aufwerfen und über die wir gerne diskutieren wollen, verbunden mit einer Aufforderung an die Landesregierung. Tatsächlich geht es um ein Riesenproblem für die Schule.

> (Mientus [SPD]: Tatsächlich? In der Schule gibt es nur Probleme! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

#### Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Mientus, Sie sind mir gerade im Blickfeld. Darum möchte ich Sie und nicht die anderen ansprechen, die im Augenblick für Unruhe sorgen. Ich möchte Sie bitten, Ihren Erfahrungseinfluss geltend zu machen, damit die anderen genauso ruhig sind, wie Sie es jetzt sein wollen. - Bitte sehr!

## Klare (CDU):

Aber er macht immer aufbauende Zwischenrufe. - Dafür bedanke ich mich, Herr Mientus.

Es geht um das Problem: Wie und mit welchen Mitteln begegnet man dem fehlenden Lehrernachwuchs? Nicht Ihnen persönlich, Frau Ministerin, aber den Kultusministern der SPD-Zeit werfe ich vor: Dieses Problem besteht schon lange, nicht nur in Niedersachsen, aber hier in Niedersachsen wird viel zu wenig und viel zu wenig nachhaltig an dieser Frage gearbeitet.

Die Situation ist heute schon äußerst angespannt. Das merken wir daran, dass viele Stellen nicht mehr besetzt werden können, dass Schulen bei vielen Stellen gar nicht die gewünschten Fächerkombinationen zugewiesen bekommen.

(Dr. Domröse [SPD]: Nach der Wahl kommen Sie doch zurück in den Schuldienst!)

Das führt dazu, dass man in den Schulen große Probleme hat, die Stundenpläne noch vernünftig zu stecken.

Ganz besonders dramatisch macht sich der fehlende Lehrernachwuchs in den naturwissenschaftlichen Fächern bemerkbar. Aber auch in Musik und in Fremdsprachen sieht es ähnlich schlecht aus. Wenn man ein wenig differenzierter hinschaut, dann merkt man, dass einige Schulformen - die Sonderschule und auch die Hauptschule - besonders betroffen sind. Auf den Punkt gebracht, werden wir in relativ überschaubarer Zeit dazu kommen, dass an den Sonderschulen und Hauptschulen ein Fachunterricht in bisheriger Form überhaupt nicht mehr stattfinden kann. Das ist leider die Folge, und das ist berechenbar, da die Anzahl der Lehrer berechenbar ist, da die Altersstruktur berechenbar ist und da die Anzahl derer, die ausscheiden, in etwa berechenbar ist. Deshalb, meine Damen und Herren, muss hier eingegriffen werden, und zwar schnell. Die Situation wird noch weiter eskalieren, weil - auch das sind bekannte Zahlen in den nächsten acht bis zehn Jahren 44 % der Lehrer aus Altergründen ausscheiden werden. Es gibt noch ein besonderes Problem: Das sind die Frühpensionierungen, die man natürlich auch einbeziehen muss und die auch dramatisch sind. 68 % der Lehrer scheiden schon mit 56 Jahren aus dem Dienst aus. Das ist ein fiskalisches Problem, über das man auch einmal reden muss.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns die Worte des im Kultusministerium für diese Fragen zuständigen Mitarbeiters kurz vor Augen halten. Er hat im Kultusausschuss folgenden Satz gesagt: Wir gehen einer Katastrophe entgegen, und zwar auf das Jahr 2005 bezogen. - Das sind nicht meine Worte, sondern die des Mitarbeiters, der dafür zuständig ist. Wir werden uns in dieser Frage alle noch umgucken. Was wir heute noch als Notlösungen bezeichnen - Seiteneinsteiger oder andere, die demnächst unterrichten werden -, werden künftig noch die freundlichen Wege sein. Wir werden Notprogramme bekommen, weil wir sonst in manchen Fächern den Unterricht überhaupt nicht mehr gewährleisten können. Dann werden wir uns wahrscheinlich gegenseitig keine Vorwürfe machen müssen. Wir müssen vielmehr darauf eingehen, wie wir die Probleme lösen. Besser, ein Unterricht findet statt, als dass wir ihn nicht stattfinden lassen. Deshalb wird man noch über alle möglichen Maßnahmen reden. Wir haben in den 60er-Jahren ähnliche Probleme gehabt.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank wollen junge Leute wieder Lehrer werden. Das ist ein gutes Zeichen. Sie wissen, dass sie jetzt eingestellt werden. Das ist möglicherweise der Grund, der dahintersteht. Hier setzt unser Antrag an. Wir müssen denen, die das jetzt machen wollen, sofort einen Studienplatz geben. Genau das ist unsere Bitte. Es sollte so schnell wie möglich gehandelt werden. In Hannover haben sich 1 613 junge Leute beworben und wollten ein Lehrerstudium aufnehmen. Nur 295 konnten aufgenommen werden.

## (Zuruf von Minister Oppermann)

Das haben Sie als Pressemitteilung veröffentlicht.
Das ist ein gutes Zeichen. Aber wir müssen alle nehmen, weil wir sie alle aufgrund der dramatischen Situation brauchen werden.

Im Sonderschulbereich - Frau Ministerin, das haben wir auf der Veranstaltung der Sonderschullehrer auch gehört - ist das Problem am dringlichsten. Dort kann der Fachunterricht schon fast nicht mehr durchgeführt werden. Die Sonderschullehrer haben das auf ihrer Verbandstagung in einer wirklich sachlichen Form problematisiert, sodass man eine Antwort geben muss. Derzeit werden im Sonderschulbereich zwei Drittel der Bewerber abgelehnt. Das kann keine Perspektive für die Sonderschulen sein. Dort besteht heute schon eine dramatisch schlechte Unterrichtsversorgung. Diesen Schulen können wir nicht sagen: Wir haben keine Antworten auf eure drängenden Probleme. Wir müssen vielmehr Antworten finden. Das kann man auch, indem man mehr Leute zum Studium zulässt.

## (Zustimmung bei der CDU)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Sie haben das Problem über Jahre nicht ernst genommen, jedenfalls nicht so ernst, wie es sich gehört hätte. Sie haben es zum Teil ausgeblendet. Mit unserem Antrag bitten wir Sie dringend, sofort umzusteuern, damit wir dem Nachwuchsproblem gerecht werden können. Das heißt: Menschen, die Lehrer werden wollen, sollen es auch werden. Wir brauchen sie für unseren Staat und für unsere Kinder.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jahn:

Frau Dr. Andretta hat das Wort.

## Frau Dr. Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Nachhaltigkeit, mit der sich die CDU weigert, die Wirklichkeit in diesem Lande zur Kenntnis zu nehmen, hat uns heute schon des Öfteren in Erstaunen versetzt.

(Rolfes [CDU]: Was soll eigentlich Ihre Polemik?)

Herr Klare, Ihre Argumentation ist abenteuerlich.

(Rolfes [CDU]: Abenteuerlich ist die Art, wie Sie hier reden!)

Wir freuen uns, dass Sie im Lande nicht mehr behaupten, an Niedersachsens Schulen gingen die Lichter aus, weil niemand mehr bei uns Lehramt studieren will. Es ist noch nicht allzu lange her, dass dies Gegenstand Ihrer Argumentation war.

(Rolfes [CDU]: Woher kommt nur diese Arroganz? Bei uns würde die an der 5-%-Hürde scheitern!)

Nun fordern Sie uns auf, alle Zulassungsbeschränkungen umgehend aufzuheben, weil Massen von Studienbewerbern für das Lehramt an den Pforten unserer Hochschulen abgewiesen würden. Hätten Sie, Herr Klare, sich die Mühe gemacht, sich die von Frau Mundlos im Wissenschaftsausschuss umfangreich angeforderten Statistiken anzusehen, dann wüssten Sie, dass mit der Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen kein einziges Problem gelöst wird; im Gegenteil. Richtig ist vielmehr: Im Wintersemester gab es für den Studiengang "Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen" mehr Bewerbungen als Studienplätze. Genau gab es

4 176 Bewerbungen auf die landesweit vorhandenen 2 457 Studienplätze. Die meisten allerdings wollten in Hannover studieren. Weniger begehrt dagegen waren Braunschweig und Vechta. In Hannover - das ist richtig - mussten viele Bewerber abgelehnt werden. An den Standorten Hildesheim und Vechta dagegen - das haben Sie hier verschwiegen - blieben 95 Studienplätze unbesetzt. Ginge es nach Herrn Klare, hätte Hannover alle 1 159 Bewerberinnen und Bewerber aufnehmen müssen, obwohl nur 280 Anfängerplätze zur Verfügung standen.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Stapeln!)

Die Folge wären völlig überfüllte Hörsäle und Labore in Hannover - ganz zu schweigen von den zusätzlichen Überlastmitteln, die nach Hannover gingen -, andererseits leere Seminare und nicht ausgelastete Professuren an anderen Standorten gewesen. Dieser bildungsökonomische Unsinn - anders kann ich es nicht nennen - würde noch dadurch getoppt werden, dass bereits bestehende fächerspezifische Engpässe, auf die Sie zu Recht hingewiesen haben, weiter verschärft würden; denn wir wissen doch, an Haupt- und Realschulen werden Lehrer für Physik, Chemie und Technik gesucht, nicht aber zum Beispiel für Deutsch und Erdkunde. An Gymnasien werden Latein-, Spanisch- und Mathelehrer gesucht, nicht aber Lehrer für Deutsch und Politik. Dennoch führt das Fach Deutsch ungebrochen die Hitliste bei der Studienwahl an. Ohne Zulassungsbeschränkung für Deutsch hätten wir ein wachsendes Heer von Deutschlehrern, das zukünftig niemand braucht, wir hätten aber immer noch keinen einzigen zusätzlichen Latein- und Mathelehrer, davon sogar weniger.

> (Dr. Domröse [SPD]: Kannst du es ein bisschen langsamer sagen, damit Herr Klare es versteht?)

- Ich glaube, das ist ohnehin nutzlos.

(Rolfes [CDU]: Ich weiß nicht, was diese Arroganz soll!)

Gerade nach der heute geführten Haushaltsdebatte kann es sich das Land Niedersachsen meiner Ansicht nach nicht leisten, Studierende in Fächern auszubilden, für die später kein Bedarf an den Schulen besteht.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Studiengänge einfach nur volllaufen lässt - das war Ihr Plädoyer - und sich hinterher einen feuchten Kehricht um die Berufschancen dieser jungen Leute kümmert, der handelt verantwortungslos. Das geht mit uns nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Ein bisschen mehr Sachlichkeit!)

Wir brauchen die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und flexiblen Lehrerausbildung sowie eine zügige Übernahme der Absolventen in die Schulen. Auf diesem Gebiet hat die Landesregierung längst gehandelt. Die Studienplatzkapazitäten wurden an sämtlichen Standorten deutlich ausgeweitet. Gleichzeitig hat die Landesregierung aufgrund großer Nachfrage dafür gesorgt, dass die Stellen im Vorbereitungsdienst aufgestockt worden sind. Im Jahre 1990 wurden insgesamt 2 800 Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet. Heute sind es fast 2 000 mehr. Wir haben die jungen Lehrer und Lehrerinnen in die Schulen gebracht. Um die Mangelfächer jetzt und nicht erst in acht Jahren besetzen zu können, haben wir die Möglichkeit des Quereinstiegs geschaffen. So kann z. B. ein Diplom-Physiker ohne Lehramtsausbildung als Referendar eingestellt werden. Zusätzlich ermöglicht der neu eingerichtete Intensivstudiengang Schulpädagogik und Didaktik in Göttingen und neu jetzt auch in Lüneburg - Uwe Inselmann, das war an dich gerichtet -, den Magister oder das Diplom aufzustocken und hochqualifizierte Lehrkräfte in Rekordzeit auszubilden, die den Schulen bereits nach einem Jahr zur Verfügung stehen.

(Dr. Domröse [SPD]: Will Uwe Lehrer werden?)

Meine Damen und Herren, daran sehen Sie: Diese Hochschulen beschreiten völlig neue Wege in der Lehrerausbildung.

(Frau Mundlos [CDU]: Hätten Sie 1994 reagiert, dann hätten wir heute diese Probleme nicht!)

Dies werden wir in der Zukunft nicht nur in Göttingen und Lüneburg tun. Um den bekannten Schweinezyklus, den auch Sie zu Recht beklagen, beim Lehramtsstudium zu durchbrechen, werden wir die Lehrerausbildung grundlegend reformieren. Hierzu hat die SPD-Fraktion bereits im Sommer ein Positionspapier vorgelegt,

(Frau Mundlos [CDU]: Welche Katastrophe!)

das wir zurzeit in den Hochschulen und Schulen diskutieren. Mit dieser Reform wollen wir nicht nur eine praxisbezogenere Ausbildung sicherstellen, sondern wir wollen durch eine polyvalente Ausbildung, wie sie der Wissenschaftsrat schon längst fordert, auch mehr Flexibilität schaffen. Wir wollen nicht, dass der Student oder die Studentin sich schon im ersten Semester auf ein bestimmtes Fach und eine Schulform festlegen muss, um fünf Jahre später festzustellen: falsches Fach, falsche Schulform, falscher Job. - Wir können und wollen es uns nicht länger leisten, so mit den knappen Ressourcen umzugehen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die Frage, wie wir sicherstellen, dass wir heute die Lehrer und Lehrerinnen ausbilden, die wir morgen in unseren Schulen brauchen, ist keine Frage, die sich mit "NC ja oder nein?" beantworten lässt. Manchmal sind die Dinge eben doch etwas komplizierter. Der CDU-Antrag verspricht wieder einmal Scheinlösungen für Scheinprobleme. Wir bleiben in der Wirklichkeit und lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Nun hören wir Frau Kollegin Litfin.

## Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kollegin Andretta hat Recht: Bedarfsgerecht und flexibel, so sollte die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung in Niedersachsen sein. Sie hat auch Recht mit Ihrem Hinweis darauf, dass wir nicht zulassen können, dass Heere von Deutschlehrern und -lehrerinnen ausgebildet werden, die dann an den Schulen nicht einstellt werden können. Überhaupt nicht erwähnt aber hat sie die Ausbildung der Sonderschullehrer und -lehrerinnen.

(Zustimmung bei der CDU)

An der Stelle haben wir ein Riesenproblem. An der Stelle müssen wir etwas ändern. An den Sonderschulen haben wir die mieseste Unterrichtsversorgung, die es in Niedersachsen, bezogen auf alle Schulformen, überhaupt gibt.

(Frau Mundlos [CDU]: Bei den Schwächsten, Frau Andretta!)

An den Sonderschulen gibt es reihenweise unbesetzte Stellen, weil es keine Bewerber und Bewerberinnen gab. Wir haben immer noch die Situation, dass Studienbewerber abgelehnt werden, dass sie keinen Studienplatz bekommen, obwohl auch die Pensionierungszahlen im Sonderschulbereich besonders hoch sind. Es ist für mich verräterisch, dass die SPD-Fraktion darauf nicht mit einer Silbe eingeht,

## (Beifall bei den GRÜNEN)

dass sie offensichtlich wieder einmal nicht an diejenigen denkt, die unser aller Hilfe besonders bedürfen. Für mich bemisst sich der Wert einer guten Schulpolitik noch immer an dem Umgang mit den Schwächsten.

(Zustimmung von Frau Mundlos [CDU])

Hier beweist sich, dass die Schwächsten wieder völlig negiert werden. Sie kommen in der Argumentation noch nicht einmal vor.

(Frau Mundlos [CDU]: Werden ausgeblendet!)

Wir hätten gemeinsam die Möglichkeit gehabt, aus dem Antrag der CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag zu machen. Ich denke, auch die CDU-Fraktion wird einsehen, dass wir keine Heere von Deutschlehrern und Deutschlehrerinnen ausbilden wollen. Wir hätten gemeinsam unseren politischen Willen artikulieren können und hätten gemeinsam dafür sorgen können, dass insbesondere im Sonderschulbereich bessere und angenehmere Situationen geschaffen werden. Deshalb wird meine Fraktion die Ablehnung des CDU-Antrages nicht unterstützen. In seiner Pauschalität wäre er zwar abzulehnen. Aber wir hätten die Chance gehabt, aus diesem Antrag etwas zu machen, was dringend nötig wäre. Diese Chance jedoch haben wir nicht ergriffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

# Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat noch einmal Frau Andretta.

#### Frau Dr. Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch gerne etwas zu der verpassten Chance sagen. Wir hatten im Wissenschaftsausschuss dazu eine Beratung, an der sich die Grüne-Fraktion leider nicht beteiligt hat. Im Kultusausschuss ist auf Wunsch von Frau Mundlos dieser Punkt noch nicht einmal mitberaten worden. Wo war denn hier die Chance für eine gemeinsame Beratung? Wir müssen doch einmal bei der Wahrheit bleiben.

(Rolfes [CDU]: Unglaublich!)

Das sind schlichte Wahrheiten.

Zu dem Problem der Sonderpädagogik. Es ist richtig, dieses zu thematisieren. Wir haben die Kapazitäten ausgeweitet, allerdings nicht ausreichend. Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Hochschulen über das Instrument der Zielvereinbarung zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Das werden wir auch in Angriff nehmen.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Frau Mundlos hat das Wort.

(Frau Körtner [CDU]: "Um bei der Wahrheit zu bleiben", Heidi, fang einmal mit diesen Worten an!)

# Frau Mundlos (CDU):

Frau Dr. Andretta, ich kann in der Tat nur die Kollegin Körtner zitieren: Man sollte bei der Wahrheit bleiben. - Auf meinen Wunsch hin würde in einem solchen Ausschuss vermutlich gar nichts geschehen. Wir haben einvernehmlich, und zwar auch Ihre Kollegen, gesagt: Da wir dieses Thema im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur ausführlich beraten haben, brauchen wir es nicht im Kultusausschuss weiter zu beraten. Das war der einzige Grund.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Jahn:

Ich schließe nunmehr endgültig die Beratung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU ablehnen möchte, den bitte um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Stimmenthaltungen. - Ich stelle fest, das Erste war die Mehrheit.

Es könnte sein, dass wir es schaffen, noch zwei Tagesordnungspunkte zu erledigen, und zwar zunächst den Tagesordnungspunkt 16 und danach den Tagesordnungspunkt 20. Bei dem Tagesordnungspunkt 20 sind die Fraktionen übereingekommen, dass wir keine Debatte mehr führen, sodass das sehr schnell gehen kann. Ich hoffe auf die Disziplin auch bei Punkt 16, damit wir die heutige Sitzung etwa gegen 19.30 Uhr schließen können.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 16: Einzige (abschließende) Beratung:

Psychiatrie-Entwicklung fortschreiben - Psychiatrische Versorgung differenzieren - Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 14/3331 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen - Drs. 14/3743 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3805

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Darum können wir gleich in die Beratung eintreten. Das Wort hat Frau Elsner-Solar.

## Frau Elsner-Solar (SPD):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir hatten uns schon gefreut, dass wir mit unserem Thema einmal in die Morgenstunden rutschen würden. Nun werden wir die Beratung heute Abend führen.

Es geht bei Psychiatrieerfahrenen um eine Bevölkerungsgruppe, die keineswegs so klein ist, wie die meisten denken. Neuere Studien gehen davon aus, dass 25 % der Bevölkerung im Laufe ihres Lebens psychiatrisch oder mit psychotherapeutischen Verfahren behandelt werden müssen. Das ist also ein nicht unerheblicher Teil.

(Unruhe)

## Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick, bitte. - Meine Damen und Herren, machen Sie es bitte der Rednerin zum Schluss nicht zu schwer, sondern nehmen Sie den Geräuschpegel etwas zurück, wenn Sie sich unbedingt hier im Saal unterhalten müssen. - Bitte sehr!

# Frau Elsner-Solar (SPD):

Dabei bin ich immer davon ausgegangen, dass ich eine tragende Stimme habe.

(Klare [CDU]: Manchmal kommt es auf den Inhalt an!)

Es geht um einen großen Teil unserer Bevölkerung, nämlich um Menschen, die psychisch erkrankt oder psychisch behindert sind. Ein nicht unerheblicher Teil bleibt dies nach der Erkrankung. Wir haben einen Antrag zur Beratung und zur Abstimmung vorgelegt, der auf einer Fachtagung des letzten Herbstes basiert und sich mit der Bewertung der Psychiatrieentwicklung in den letzten 25 Jahren beschäftigt. In dem Antrag wird weiterhin die Erfahrung einer Fachtagung aus diesem Sommer in Loccum und insbesondere eine Petition aus dem Raum Hannover aufgegriffen, die sich mit den Problemen bezüglich der Zuweisung von psychisch behinderten Menschen in Heime beschäftigt.

Der Änderungsantrag, der im Ausschuss von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt wurde, würdigt die erreichte fachliche Qualität und fordert die Weiterentwicklung und die Korrektur von Fehlentwicklungen ein. Fehlentwicklungen sehen wir gemeinsam in der Anzahl und in der Verteilung der stationären Hilfen für Menschen mit psychischer Behinderung. Diese Bevorzugung der stationären Hilfen hat ihre Ursachen. Wir haben festgestellt, dass es eine Bevorzugung der stationären Einrichtungen durch Helfer gibt. Es ist sehr praktisch und sehr bequem für Menschen, die eine Betreuung von psychisch Kranken übernommen haben, Menschen - statt ihnen in einer Wohnung oder in einer ambulanten Maßnahme zu helfen - in einer Einrichtung unterzubringen, weil man damit mit einem Schlag alle Probleme los wird.

Wir haben außerdem eine Bevorzugung dieser stationären Hilfen durch die Finanzierung unseres Hilfesystems festgestellt. Abhilfe hat das Land Niedersachsen begonnen zu schaffen mit der Einführung des so genannten Quotalen Systems. Hilfen für psychisch Kranke mussten früher von der Landesebene bezahlt werden, und ambulante Maßnahmen für solche Menschen mussten von den kommunalen Trägern finanziert werden. Mit der Einführung des Quotalen Systems haben wir die

Erwartung verbunden, dass sich die finanzbedingten Zuweisungen verändern. Wir stellen fest, dass die Information darüber in der Fachwelt noch nicht so weit herumgekommen ist, wie wir es uns wünschen.

Wir schlagen daher in unserem Antrag vor, die fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter in den Stellen, die die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen bewilligen, fortzusetzen und sie dadurch zu stützen, dass wir in den Städten und Gemeinden die so genannten Hilfekonferenzen, die sich schon ziemlich weit etabliert haben, verstärken. Außerdem regen wir an - diese Bereiche berühren natürlich die Selbstverwaltungsmacht der Städte und Gemeinden -, die Städte und Gemeinden aufzufordern, die Kostenanerkenntnisse für Menschen mit psychischen Behinderungen an die Durchführung von Hilfekonferenzen zu binden. Bei den bisherigen Modellversuchen konnten wir beobachten, dass bis zu 50 % der in Hilfekonferenzen beratenen psychisch Behinderten nicht in ein Heim eingewiesen wurden, sondern mit ambulanten Maßnahmen bedarfsgerecht ausgestattet werden konnten.

In dem Antrag wird aber auch darauf verwiesen, dass nicht nur die Hilfekonferenzen notwendig sind, sondern dass vorausgesetzt werden muss, dass in den Städten und Gemeinden funktionierende sozialpsychiatrische Verbünde existieren. Diese sozialpsychiatrischen Verbünde sind mit einer Anschubfinanzierung durch das Land eingerichtet worden. Wir haben damit die Erwartung verbunden, dass den Städten und Gemeinden in dieser Zeit auffallen wird, welche finanziellen Effekte sie dadurch erzielen können, dass sie diese sozialpsychiatrischen Verbünde unterstützen, sodass es dann zu Umschichtungen aus den Mitteln für die stationären Bereiche kommt und dadurch die sozialpsychiatrischen Verbünde weiter am Leben gehalten und ordentlich ausgestattet werden können.

Ich sehe, dass mir meine Redezeit wegläuft. Ich bin nicht dazu gekommen, auf den wichtigen Aspekt der Arbeit einzugehen, die für die psychisch Kranken noch immer allzu häufig nur in Werkstätten für Behinderte angeboten wird. Das möchten wir nicht unterschätzen. Es hat uns enorme Anstrengungen gekostet, dies flächendeckend aufzubauen. Es ist jedoch nötig, auch in andere Bereiche hineinzugehen. Ich nenne als Beispiele Integrationsfirmen und andere Modelle geschützter Arbeit. Wir glauben, dass durch die Umstellung im Arbeitsförderbereich, beispielsweise durch Lohn-

subventionen, ein enormer Zuwachs erreicht werden kann.

Warum gibt es hier zwei Anträge?

(Frau Zachow [CDU]: Das erkläre ich Ihnen!)

Die CDU-Fraktion hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Wenn Sie sich den anschauen, werden Sie feststellen, dass die Veränderung eigentlich nur auf wenige Punkte zielt. Ich freue mich und sage: Willkommen im Club.

(Frau Zachow [CDU]: Nein!)

Für die Psychiatrieerfahrenen in Niedersachsen ist es vielleicht ein Stück weit beruhigend zu wissen, dass wir in eine einheitliche fachliche Richtung marschieren wollen. Wir sind jedoch darauf angewiesen, dass wir unsere Vorstellungen konkretisieren, damit sie besser überprüft und an den Zielvereinbarungen gemessen werden können. Wir hatten in der Vergangenheit viele Absichtserklärungen. Wir wollen mit unseren konkreten Hinweisen darüber hinausgehen. Sie können das nachlesen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Jahn:

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Zachow.

## Frau Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier im Haus besteht sicherlich große Einigkeit darüber, wenn es um die Ziele der Psychiatrie geht. Wir können uns auch sehr schnell darauf verständigen, dass psychisch kranken Menschen geholfen werden muss, sich zu integrieren, und zwar in die Gesellschaft und nicht in irgendwelche Heime. Wir können uns auch über die meisten Einzelpunkte dieses Antrages sofort verständigen. Wir hätten gerne, dass die ambulante Krankenpflege in den GKV-Leistungskatalog aufgenommen wird. Darin sind wir uns einig. Die Frage der Finanzierung ist allerdings offen. Wir sind uns sicherlich auch einig, dass wir den Bedarf und das Angebot an ambulanten und stationären Plätzen feststellen müssen und dass wir die ambulante der stationären Behandlung vorziehen.

Ich sage Ihnen aber, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Das alles ist nicht neu. Sie sagten mir dankenswerterweise gerade, dass es bisher Absichtserklärungen gab und dass Sie jetzt etwas tun wollen.

1992 hat die Fachkommission Psychiatrie viele Empfehlungen ausgearbeitet. Es gibt Forderungen nach Arbeitsplätzen, Werkstätten, Integrationsarbeitsplätzen, nach niedrigschwelligen Angeboten und vor allem nach Wohnangeboten. Meine Damen, meine Herren, hätten Sie davon etwas mehr verwirklicht, bräuchten Sie Ihren Antrag heute nicht zu stellen. Hätten Sie die Zeit bloß genutzt.

## (Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen, meine Herren, was uns geärgert und es uns nicht möglich gemacht hat, diesem Antrag zuzustimmen - das haben wir im Ausschuss schon gesagt -, ist die Einleitung, die einfach nicht der Wahrheit entspricht. Sie sagen, dass mit dem Regierungswechsel 1990 im Hinblick auf die Krankenhauspsychiatrie endlich gehandelt worden sei.

## (Zuruf von Groth [SPD])

Wir haben 1976, als die CDU damals die Regierung übernommen hat, Anstalten mit riesigen Schlafsälen und völlig unzureichenden sanitären Einrichtungen vorgefunden. Sie alle wissen genau, dass sehr viel Geld aus dem Krankenhausinvestitionsplans in diese Landeskrankenhäuser geflossen ist.

(Unruhe bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Das waren die ganz großen Anliegen unseres früheren Sozialministers Schnipkoweit. Das hat nicht erst 1990 angefangen. Auch die Reduzierung der Belegung der Krankenhäuser hat in den 80er-Jahren begonnen - aber auch nur begonnen -; das musste weitergeführt werden; das ist ganz klar.

Dann erwecken Sie zumindest den Eindruck, dass die sozialpsychiatrischen Dienste erst seit 1990 eingerichtet worden sind. Nein, es gab sie schon 1986 flächendeckend. Auch das ist eindeutig.

Das sind Dinge, die schlichtweg falsch sind. Solche falschen Behauptungen können wir nicht mittragen. Das goldene Zeitalter der Psychiatrie hat nicht 1990 mit dem Regierungswechsel angefangen. Wir haben noch einiges zu tun, bis wir dahin kommen.

Lassen Sie mich erklären, was wir etwas anders sehen als Sie. Das sind keine gravierenden Dinge. Es geht um die Frage des Abbaus von Heimplätzen. Hier fordern Sie, mit dem Abbau von Heimplätzen anzufangen, und nennen 10 % als Vorgabe. Wir hingegen sind der Meinung, dass wir erst einmal qualitativ hohe Strukturen unten brauchen. Unsere Befürchtung ist nämlich, dass wir bei einem Abbau von Heimplätzen angesichts des Bedarfs an ambulanten Plätzen zu früh entlassen und dadurch wieder verstärkt Drehtüreffekte bekommen.

Die Strukturqualität der ambulanten Angebote muss also erst erhöht werden. Nur dann können wir wohl etwas machen.

Wir sind nicht gegen Hilfekonferenzen. Es gibt ein paar Datenschutzprobleme; ich meine, die lassen sich regeln. Allerdings ist es eine rechtliche Verpflichtung nach § 46 BSHG, dass Gesamtpläne für Hilfsbedürftige aufgestellt werden. Auch das ist nichts ganz Neues.

Am kritischsten sehen wir die Passage, in der Sie sagen, dass die Krankenhäuser, die für die psychiatrische Versorgung zuständig sind, auch die Aufgabe von Schwerpunktkrankenhäusern wahrnehmen könnten. Wenn Sie das konsequent zu Ende denken, wäre das das Ende der Landeskrankenhäuser. Nun kann man unterschiedlicher Meinung sein. Wir sind der Meinung, wir brauchen die Landeskrankenhäuser; denn sie leisten die Schwerpunktversorgung für psychisch Kranke, und zwar für die gesamte Bandbreite der Psychiatrie bei Kindern und Jugendlichen, bei Erwachsenen, in der Gerontopsychiatrie und auch im Maßregelvollzug. Meine Damen, meine Herren, das wollen wir nicht ändern. Wir wollen die Landeskrankenhäuser erhalten.

In der großen Zielsetzung sind wir uns einig. Deshalb haben wir in unserem Antrag die gemeinsamen Punkte wiederholt und die Differenzen herausgearbeitet. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Frau Elsner-Solar [SPD]: Die Landeskrankenhäuser tauchen in Ihrem Antrag doch gar nicht auf!)

## Vizepräsident Jahn:

Frau Pothmer hat das Wort.

# Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Zachow, im Ziel sind wir uns einig. Das stimmt. Ich glaube, wir hätten es möglicherweise auch hingekriegt, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Das hätte allerdings erfordert, dass Sie Ihren Änderungsantrag in die Ausschussberatung eingebracht hätten. Das ist leider nicht der Fall.

## (Zustimmung bei der SPD)

Frau Zachow, nichts für ungut. Ich kann an Ihrer Argumentation überhaupt nicht verstehen, dass Sie einerseits darauf hinweisen, dass in den vergangenen Jahren die SPD die Zeit nicht genutzt hat, um einen entsprechenden Umbau, über den wir uns immer einig waren, auch voranzutreiben, dass Sie andererseits gleichwohl aber jede Konkretisierung, die wir genau aus dieser Einsicht heraus in die Beschlussempfehlung aufgenommen haben, mit Zahlen und ganz deutlichen Zeit- und Zielvorgaben, vermeiden. Sie geben der Landesregierung genau den Spielraum, von dem Sie sagen, die Landesregierung habe ihn nur unzureichend genutzt.

Obwohl wir uns im Ziel einig sind, haben wir leider in Niedersachsen eine Fehlentwicklung in der Versorgungsstruktur für psychisch kranke Menschen. Das ist historisch gewachsen. Der Umbau ist dringend notwendig. Wir haben in Niedersachsen fast dreimal so viele stationäre Angebote und stationäre Plätze wie in anderen Bundesländern.

Das Drama ist: Das Angebot an Heimplätzen nimmt von Jahr zu Jahr weiter zu, obwohl die Heime ganz offensichtlich einen ihrer zentralen gesetzlichen Aufträge, nämlich psychisch behinderte Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren, nicht erfüllen. Mit der Heimeinweisung ist nicht die Wiedereingliederung vorgesehen. Faktisch ist die Heimeinweisung für viele Menschen leider die Endstation.

Schon nach ein bis zwei Jahren gibt es den dramatischen Prozess, dass die Menschen stärker an die Situation des Heimes angeglichen werden, als dass sie auf die normale Realität vorbereitet werden. Sie verlieren in ein bis zwei Jahren Lebenstüchtigkeiten und Kenntnisse, die sie vorher hatten.

Ambulante Behandlung muss jetzt endlich mit klaren Zielvorgaben vor stationärer Behandlung Realität werden. Wir schlagen in unserem gemeinsamen Antrag deswegen vor, dass in der nächsten Legislaturperiode - ich betone: als erster Schritt - mindestens 10 % der stationären Angebote in ambulante umgewandelt werden.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einmal etwas zu Ihrer Strategie, Frau Zachow, sagen. Ihr Vorschlag lautet, wir bauen erst ambulante Angebote auf, und dann bauen wir stationäre ab. Diese Strategie, Frau Zachow, ist genau die, mit der die Landesregierung uns mindestens in den vergangenen acht Jahren immer getröstet hat. Sie hat gesagt: Das wird sich entwickeln. Wenn sich das entwickelt hat und es dann noch das Quotale System gibt, dann wird quasi alles gut.

So funktioniert es eben nicht. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir parallel das ambulante Angebot aufbauen müssen, weil das natürlich auch nicht umsonst zu haben ist. Das heißt, es darf da nicht und muss auch nicht - das zeigen alle Untersuchungen - um zusätzliche Mittel gehen. Es geht darum, die Ressourcen, die wir im stationären Bereich haben, in den ambulanten Bereich umzuleiten.

Wir wissen, wenn wir umbauen, haben wir erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven. Unser Problem ist doch: Wenn wir jetzt nicht sehr schnell in den Umbau einsteigen, dann werden wir vor dem Hintergrund wirklich sehr begrenzter Haushaltsmittel auf der einen Seite, aber einer ständig wachsenden Anforderung von Angeboten auf der anderen Seite nur immer mit Leistungskürzungen reagieren können. Meiner Ansicht nach sind wir in Sachen Leistungskürzung aber an einem Punkt angelangt, wo man wirklich fragen muss, ob das noch verantwortbar ist.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann also nur um eine Umleitung von Mitteln gehen.

Meine Damen und Herren, dafür müssen wir natürlich wissen, wie die Angebotsstruktur im stationären und ambulanten Bereich in Niedersachsen überhaupt ist. Wo haben wir eine Überversorgung? Wo haben wir eine Unterversorgung? Wo kommen die Menschen eigentlich her? Warum und wofür erhalten sie Eingliederungshilfe? Wir brauchen also Transparenz. Mir ist nicht klar, warum diese Zahlen der Landesregierung nicht vorliegen. Ich halte das für ein großes Versäumnis.

Mein Eindruck ist, Frau Ministerin Trauernicht - das ist auch an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion gerichtet -, dass die gescheiterte Enthospitalisierung bei Wahrendorff geradezu zu einer Traumatisierung geführt hat, in diesem Bereich noch etwas zu tun. Ich hoffe, dass wir Sie mit diesem Antrag da ein bisschen herausholen und wieder Bewegung in die Sache bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU ab und, falls er abgelehnt wird, dann über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wer dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Lachen bei der SPD - Mühe [SPD]: So ein Häufchen Unglück!)

Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die Ausschussempfehlung ab.

(Zurufe)

- Ich darf den Kollegen, die das nicht mitbekommen haben, sagen: Ich bin mitten in der Abstimmung und möchte nicht gestört werden.

(Heiterkeit)

Wer der Ausschussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist dem Antrag entsprochen.

Auch über Nummer 2 der Beschlussempfehlung muss noch abgestimmt werden. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozialund Gesundheitswesen in der Drucksache 3743 zustimmen will, die in die Beratung einbezogenen Eingaben der Landesregierung als Material zu überweisen und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, den bitte ich ebenfalls

um ein Handzeichen. - Da gibt es wohl überwiegend Zustimmung. Gibt es auch Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 20, dem letzten Punkt für heute:

Tagesordnungspunkt 20:

Zweite Beratung:

Abbau der Überbelegung niedersächsischer Justizvollzugsanstalten für Frauen - Keine vorzeitige Freilassung von Strafgefangenen, kein Aufschub des Strafantritts - Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/3453 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/3752

Die Berichterstatterin, Frau Körtner, hat mir mitgeteilt, dass sie den Bericht zu Protokoll gibt, was hiermit geschieht.

## (Zu Protokoll:)

Wie der Vizepräsident bei Aufruf dieses Tagesordnungspunktes soeben vorgetragen hat, ist der mit der Überschrift "Abbau der Überbelegung niedersächsischer Justizvollzugsanstalten für Frauen -Keine vorzeitige Freilassung von Strafgefangenen, kein Aufschub des Strafantritts" versehene Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in der 111. Plenarsitzung am 14. Juni 2002 erstmals beraten worden. Wer in das Protokoll hineinschaut, wird feststellen, dass dabei sowohl die Sprecher der Fraktionen als auch der Justizminister sowohl ihre Standpunkte bezüglich der Gründe der Überbelegung niedersächsischer Justizvollzugsanstalten als auch Überlegungen hinsichtlich etwaiger Abhilfemöglichkeiten dezidiert dargestellt haben. Auch war bereits zu diesem Zeitpunkt erkennbar, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen den Antrag ablehnen würden.

Deshalb wird es nicht verwundern, dass Ihnen der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit eben diesem Stimmverhältnis und ohne weitere Aussprache die Ablehnung des Antrages empfiehlt.

Meine Aufgabe als Berichterstatterin ist es deshalb lediglich, Sie namens des Ausschusses zu bitten, dieser Empfehlung zu folgen. Eine Aussprache soll auch nicht stattfinden. - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechtsund Verfassungsfragen zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Stimmenthaltungen. - Ich stelle fest: Das Erste war die Mehrheit. Der Ausschussempfehlung ist gefolgt.

Ich soll Sie noch darauf aufmerksam machen und tue das sehr gern, dass wir morgen früh mit den Dringlichen Anfragen fortfahren und dass sich danach Punkt 17 der Tagsordnung anschließt. Jeder möge nachsehen, ob er da gefordert ist. Ich nehme an, alle fühlen sich gefordert.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.36 Uhr.